

15. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

Untersuchungsausschuss „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M. K.“

7. Sitzung

Freitag, 20. Februar 2015, 10:00 Uhr

Stuttgart, Kunstgebäude, Plenarsaal, öffentlicher Teil

Stuttgart, Königin-Olga-Bau, Raum 433, nicht öffentlicher Teil

Beginn: 10:02 Uhr (Mittagspause: 12:55 bis 14:02 Uhr) Schluss: 18:22 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Teil I – öffentlich

Beweisaufnahme: Anhörung von Sachverständigen

Sv. Andrea Röpke	S. 2
Sv. Professor Dr. Hans Joachim Funke.....	S. 35
Sv. Thomas Moser	S. 60
Sv. Wolfgang Schorlau	S. 82

Sv. Rainer Nübel S. 97

Teil II – nicht öffentlich

Teil I – öffentlich (Beginn: 10:02 Uhr)

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 7. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des NSU in Baden-Württemberg und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M. K.“. Ich darf Sie alle recht herzlich begrüßen.

Die Vertretungsanzeige: Verhindert ist Herr Professor Dr. Goll, und Vertreter ist Herr Kollege Dr. Bullinger.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt:**

Beweisaufnahme: Anhörung von Sachverständigen

Andrea Röpke, Journalistin

Professor Dr. Hans Joachim Funke, Politikwissenschaftler

Thomas Moser, Journalist

Wolfgang Schorlau, Autor

Rainer Nübel, Journalist

Ich darf Sie alle recht herzlich begrüßen. Vier Sachverständige sind heute Morgen schon anwesend. Vielen Dank, dass Sie unserer Einladung Folge geleistet haben.

Sachverständige Andrea Röpke

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wir kommen als Erstes zur Vernehmung der Frau Sachverständigen Röpke zu den Erkenntnissen bezüglich des Untersuchungsauftrags.

Ich stelle zunächst fest, dass die geladene Sachverständige zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß erschienen ist, und ich würde jetzt die Belehrung für Sie, Frau Röpke, vornehmen, aber auch gleichzeitig für den anwesenden Herrn Professor Dr. Funke, für Herrn Moser und Herrn Schorlau, weil die umfangreich ist, und da mache ich alles zusammen. Ich frage Sie natürlich vor jeder Vernehmung, ob Sie dazu noch Fragen haben. Aber die Belehrung erfolgt jetzt für alle vier, besonders natürlich für Sie, Frau Röpke, weil Sie in meinem Blickfeld sind.

Frau Röpke, vor Ihren Ausführungen als Sachverständige habe ich Sie zunächst formal zu belehren. Das ist kein Misstrauen, sondern das müssen wir bei allen Sachverständigen und Zeugen machen, die zu uns kommen. Sie müssen als Sachverständige die Wahrheit sagen, dürfen nichts hinzufügen, nichts Wesentliches weglassen. Nach dem Untersuchungsausschussgesetz besteht die Möglichkeit, dass Sie als Sachverständige vereidigt werden. Ob die Vereidigung zulässig ist, ist mittlerweile rechtlich umstritten. Die damit zusammenhängenden Fragen müssen aber heute nicht erörtert werden, denn üblicherweise wird über eine Vereidigung erst am Ende der Beweisaufnahme des Ausschusses entschieden. Eine vorsätzliche unrichtige oder unvollständige Aussage vor dem Untersuchungsausschuss ist aber immer strafbar, und zwar auch dann, wenn Sie nicht vereidigt werden.

Gemäß § 17 Absatz 3 des Untersuchungsausschussgesetzes und den §§ 72 und 55 der Strafprozessordnung können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Daneben möchte ich an dieser Stelle auch auf den § 53 StPO hinweisen. Hierzu hat zwar von Gesetzes wegen keine Belehrung zu erfolgen. Mir ist es aber trotzdem wichtig, dies ausdrücklich anzusprechen. Journalisten und Mitarbeiter der Presse haben das Recht, eine Quelle zu verschweigen. Es besteht daher ein Zeugnisverweigerungsrecht über die Aufdeckung der Identität von Informanten selbst und allen anderen Informationen, die die Aufdeckung mittelbar ermöglichen. Wir sind Ihnen aber dankbar für alle Informationen, die Sie uns freiwillig zu geben bereit sind. Soweit Sie Quellen schützen möchten, respektieren wir das selbstverständlich, bitten aber dennoch, so weit wie möglich Angaben zu Ihren Erkenntnissen zu machen, ohne die Quelle aufzudecken. Ich gehe davon aus, dass die Aufarbeitung der Mordserie des NSU und die Einbeziehung von Erkenntnissen, die bislang nicht von behördlicher Seite behandelt wurden, nicht nur in unserem, sondern vor allem natürlich auch in Ihrem Interesse liegt.

Soweit Sie bezüglich einzelner Tatsachen aufgrund des Quellenschutzes wünschen, in nicht öffentlicher Sitzung Angaben zu machen, können wir auch einzelne Fragen zurückstellen und in einer nicht öffentlichen Sitzung behandeln. Ich bitte Sie, dann das entsprechend mir gegenüber anzuzeigen, wenn Sie das möchten.

Die Beweisaufnahme erfolgt nach § 8 des Untersuchungsausschussgesetzes öffentlich. Ich schlage vor, das so zu handhaben, dass während der Beweisaufnahme Ton-, Bild- und Filmaufnahmen durch die akkreditierte Presse grundsätzlich zulässig sind, es sei denn, Sie wünschen während Ihrer Vernehmung keine derartigen Aufnahmen zum Zwecke der Veröffentlichung. Sind Sie damit einverstanden?

Sv. Andrea Röpke: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wir kommen jetzt zur Anhörung selbst von Ihnen. Ich darf Sie zunächst bitten, dem Ausschuss Ihren Vor- und Zunamen, Ihr Alter und Ihre Berufsbezeichnung mitzuteilen und uns ergänzend mitzuteilen, ob die für die Ladung verwendete nach wie vor aktuell ist.

Sv. Andrea Röpke: Mein Name ist Andrea Röpke. Ich bin 49 Jahre alt, freie Journalistin, und die Anschrift ist in Ordnung.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. Vielen Dank.

Sie haben vorab signalisiert, dass Sie zunächst von sich aus im Zusammenhang berichten wollen, und dann können anschließend Fragen gestellt werden. – Bitte.

Sv. Andrea Röpke: Guten Morgen und herzlichen Dank für die Einladung. Es ist für Professor Funke und mich ein bisschen stressig, weil wir erst gestern gerade in Hessen geladen wurden und heute in Baden-Württemberg. Wir haben uns aber sehr intensiv vorbereitet, oder ich habe mich sehr intensiv vorbereitet. Da ich als Fachjournalistin zum Thema Rechtsextremismus schon während des Studiums, aber auch vor allem in 20-jähriger journalistischer Tätigkeit mit dem Thema Rechtsextremismus als speziellem Thema vertraut bin, würde ich mich gern auch heute darauf konzentrieren. Ich bin keine Kriminalistin, und die dreijährige Recherche zum NSU war bei mir eben auch schwerpunktmäßig davon geprägt, dass ich die Verbindungen und auch die Ideologien, die dem rechtsextremen Milieu entstammen, ausgewertet und analysiert habe.

Offiziell gibt es in Baden-Württemberg nur 2 000 Rechtsextreme. Davon sollen 670 gewaltbereit sein. Allein in den letzten Jahren die Enthüllungen vor allem aus dem journalistischen, aber auch antifaschistischen Bereich haben gezeigt, dass es durchaus ein Bundesland ist wie natürlich auch alle anderen, in denen Neonazis durchaus sehr militante Strukturen haben und eine starke Affinität zu Waffen und zu Sprengstoff.

Gruppierungen für Baden-Württemberg, die ich als besonders wichtig erachte, sind u. a. die Hammerskin Nations, 1987 in Dallas gegründet. Der Europachef sitzt in Ludwigshafen, M. R., ein langjähriger Neonazi mit mehreren Geschäften, Unternehmungen; er führt diesen Geheimbund von militanten, rassistischen, elitären Skinheads an. Die Hammerskin Nations sind in Chapter gegründet, aufgeteilt, und sie sind sehr stark an die Rockerszene angelehnt. Sie benutzen ähnliche Codes. Genauso wie die Hells Angels z. B. AFFA benutzen, benutzen die Hammerskins dann HFFH, also „Hammerskins forever, forever Hammerskins“. Zahlencodes wie 38 werden benutzt, Kutten getragen zum Teil. Es gibt Ausschluss von Mitgliedern – „good standing, bad standing“, ähnlich wie bei den Rockern –, und es gibt interne Beschlüsse, sich mit den Rockern vor Ort in den jeweiligen Regionen zu arrangieren. Die Rocker sind teilweise, wie ein Beispiel in der Schweiz jüngst zeigte, sogar bereit, den Hammerskins zu helfen, bei konkurrierenden Firmen oder konkurrierenden Gruppierungen, Geheimbünden tatsächlich dann die niederzuzwingen.

Die Hammerskin Nations haben an Bedeutung gewonnen seit dem Verbot von „Blood & Honour“, einem der einflussreichsten und gefährlichsten Musiknetzwerke, das bis hin mit seinem militanten Arm „Combat 18“ – Kampf 18, also Kampf Adolf Hitler – international auch für Anschläge und Gewalttaten sorgte. Die Hammerskin Nations haben unfreiwillig für Schlagzeilen gesorgt zuletzt, als einer ihrer Full Members, ihrer Vollmitglieder, in den USA einen Amoklauf verübte und sechs, „six“, erschoss aus ideologischen Gründen. Er hatte wenige Tage vorher seine Mitgliedschaft bei den Hammerskins aufgekündigt. So sehr ist diese Bruderschaft denen verinnerlicht.

Viele der NPD-Leute waren zuvor Hammerskins. Viele Hammerskins geben sich nicht als solche zu erkennen. Ich als Norddeutsche mit meinem norddeutschen Schwerpunkt habe sehr häufig in Jamel zu tun. Sie kennen vielleicht dieses kleine Dorf in Mecklenburg-Vorpommern mit S. K. als dortigem Neonaziboss, und auch er ist einer der Anführer der Hammerskins gewesen.

Die Hammerskins verstehen sich ebenso wie „Blood & Honour“ nicht als nationalistisch. Ihnen ist der Rassenkrieg wichtig. Ihnen ist ganz wichtig, die White-Power-Bewegung zu vertreten, und sie propagieren geradezu diesen militanten Rassenkampf. Immer wieder tauchen Fotos auf von Hammerskins mit Waffen. Immer wieder werden sie damit in Verbindung gebracht. Nicht zuletzt arrangierte sich auch R. z. B. mit dem Anschlag, 1995 in Oklahoma City auf ein FBI-Gebäude begangen von einer Gruppe namens ARA, die als mutmaßliche finanzielle Unterstützer galten. Die bezeichnete er als Geheimbund von Überzeugungstätern. Das heißt, Sympathien werden in dieser Szene nicht nur zu „Combat 18“ bekundet, zu diesem militanten Arm in Europa, sondern auch zu militanten amerikanischen Gruppen.

Lange Zeit galten die Hammerskins in Baden-Württemberg als kaum existent. Allerdings existieren die Chapter Baden und Württemberg. Was ich besonders markant fand, unabhängig von – – Dazu komme ich gleich; ich werde meine Neonazibezüge immer auch zum NSU richten und zu deren Kontaktleuten; aber noch mal vorab aktuell

auch gesagt –: Genau in diesem Umfeld der Hammerskins spielte eine Band, die ich sehr beachtenswert finde, die kaum in den Medien wahrgenommen wird. Die heißt „Blitzkrieg“. „Blitzkrieg“ ist eine Band aus Chemnitz, deren Mitglieder, u. a. T. R., genannt „Dackel“, zu den ersten Helfershelfern des NSU-Trios in Chemnitz gehörten. R. war einer der Ersten, der ihnen seine Wohnung zur Verfügung stellte. Diese Band „Blitzkrieg“ aus Chemnitz trat in Lütchenbach 2012 auf. Und vor allem muss man jetzt wissen: „Blitzkrieg“ gehört wie viele andere, auch besonders militante rassistische Nazibands tatsächlich zu den Bands, die einen Solidaritäts-Sampler für u. a. den NSU-Angeklagten Ralf Wohlleben produziert haben und dort Geld sammeln für die Unterstützer des nationalsozialistischen Terrors. – Sie sehen also durchaus bis heute auch diese Kontinuitäten hier bei Ihnen.

Die Hammerskins sind nicht völlig losgelöst. Die meisten von ihnen kommen tatsächlich aus politischen Strukturen. Z. B. der Chef des Chapter Württemberg, F. S., war vorher JN-Stützpunktleiter. Sie haben ja hier in Baden-Württemberg Schwerpunktregionen, die sehr, sehr stark mit militanten Neonazistrukturen durchsetzt sind. Wir haben in unserem Buch „Blut und Ehre“ auch sehr stark über die Stuttgarter Region, vor allem über den Winterbach-Prozess usw., berichtet.

Einen kleinen Sprung zurück: 1996 berichtete Uwe Mundlos, der sehr viele Briefe schrieb, sehr viele Kontakte pflegte, der politische Mentoren hatte, die ihn immer wieder auch weiter führten – Z. B. einer der Mentoren war der „Blood & Honour“-Vize in Sachsen, T. S.. Inzwischen wissen wir, dass er auch Spitzel war. T. S. empfahl dem Mundlos z. B.: „Nimm mal Kontakt zur HNG auf.“ – Das ist eine Knastorganisation, Hilfsorganisation für nationale Gefangene. – „Die sind ganz, ganz wichtig. Wir müssen die Gewalttäter, die Verbrecher“ – z. B. die Brandstifter von Mölln und Solingen mit vielen toten Menschen als Opfern, den Polizistenmörder Kay Diesner – „die müssen wir betreuen. Für die musst du dich einsetzen.“ Mundlos hat das gemacht. Mundlos hat die Kontakte aufgenommen. Er wurde unentbehrlich. Man hat ihn angeschrieben, hat ihn gefragt: „Kannst du das mal redigieren? Kannst du den Text mal überlesen? Kannst du dich darum kümmern?“ Man merkt, dass diese politischen Protégés aus Sachsen, aus dem „Blood & Honour“-Umfeld, ihn seit den Neunzigerjahren, das heißt, schon vor dem Abtauchen in den Untergrund 1998, wirklich in die Bahnen wiesen. Da gehörte dann auch der T. S. und sagte dann z. B.: „Nimm mal den Kontakt auf zu dem und dem in Baden-Württemberg, oder versuch mal, den und den kennenzulernen.“

1998, beim Abtauchen des Trios – Sie hatten vorher einige Rohrbomben platziert. Man hatte sie dann gesucht, es ist alles fahrlässig gewesen, sie haben das mitbekommen. Es gab keinen Haftbefehl. Sie sind nur 100 km weiter nach Chemnitz gefahren, sind dort untergebracht worden im Heckertgebiet, einer Bastion von „Blood & Honour“ in Chemnitz. Und tatsächlich hat Uwe Mundlos – das wurde dann gefunden – eine Garagenliste angelegt mit, ich glaube, 35 Namen und Telefonnummern, und wenn ich mich nicht täusche, waren sogar allein vier Namen und Telefonnummern aus Baden-Württemberg dabei.

Einer der langjährigen Freunde von Uwe Mundlos ist der inzwischen verstorbene M. E. gewesen aus der Nähe von Ludwigsburg. E. – und das ist sehr typisch; deshalb gehe ich auch besonders auf diese Szene ein – war Musiker der Szene. Anscheinend – das ist wenig beleuchtet worden – hat für Uwe Böhnhardt z. B. auch der Handel mit indizierten Tonträgern von Anfang an in den Neunzigerjahren eine genauso wichtige Rolle gespielt wie z. B. auch der Waffenbesitz. Beate Zschäpe auch, die selber Waffen an ihrer Wohnzimmerwand hatte in den Neunzigern, aber Mundlos und Böhnhardt waren ja ganz begeistert von den Waffen – aber eben die Musik, auch die Kontakte ins Musikmilieu, ins militante rassistische Musikmilieu. Das ist einerseits natürlich – das wird immer übersehen – ein Millionengeschäft, andererseits wird durch die Musik eben diese Radikalität transportiert. Das heißt, wir sprechen da durchaus auch von der Begleitmusik zum Terror. Wir hören das immer wieder. Bei Morden, Übergriffen wurden z. B. vorher einheizende Songs gehört, die dann natürlich die ganze Aggression noch verschärften.

Mundlos hat sich in diesem Milieu bewegt. Er hat für Sites geschrieben auch. Er war Autor der „Blood & Honour“-Site in Sachsen und pflegte dann in den Neunzigern diesen Kontakt nach Ludwigsburg. Man fuhr da hin. Er schwärmte in den Briefen von den Waffen, die man dort gekauft habe, und die Kontakte verfestigten sich. Es gab neben M. E. noch eine „Uschi“, es gab den S., und die „Uschi“ – damals der Kontakt – sagte sogar aus, dass man Mundlos noch um 2000 getroffen habe. Also da waren sie schon zwei Jahre im Untergrund. Da hatten sie schon ihren ersten Mord begangen an E. S. in Nürnberg, und auch dann sind sie noch immer zu den alten Kameraden gefahren.

Wir haben ähnliche Verbindungen auch in Rostock. Wir haben auch Verbindungen, Anzeichen dafür, Indizien, die nach Kassel und Dortmund weisen, und ich habe gestern auch im Untersuchungsausschuss gesagt: Wenn sie tatsächlich einen Anschlag, wie es ja auch scheint – Sie waren ja 2003 in Stuttgart, sie haben sehr, sehr viel Kartenmaterial aus Baden-Württemberg gehortet, sie haben sehr viele Notizen gemacht. Es gibt viele, viele Fotos von ihnen 2003. Sie haben sich auf dem Cannstatter Wasen in Stuttgart eingemietet auf einem Campingplatz, natürlich unter Aliasnamen. Das heißt, es hätte mich nicht gewundert, wenn tatsächlich ein Anschlag in Stuttgart dazugekommen wäre. Denn gerade diese Städte – mit Ausnahme von Rostock, also Rostock als einzige im Osten –, die Städte Nürnberg, München, Kassel, Dortmund sind Schwerpunktgebiete, und auch Stuttgart und die Region natürlich gehört leider dazu. Das sind Schwerpunktgebiete mit guten, guten Beziehungen zur militanten Szene, zu den Hammerskins, zu den „Blood & Honour“-Funktionären, die es ab 2000 oder im Zeitrahmen 2000 vor allem gab.

Einer der wichtigen Kontakte, der weniger in Erscheinung getreten ist, stammt auch von der Garagenliste von Uwe Mundlos: ein Bekannter, ein Freund, wo es sich lohnte, ihn zu notieren. Das ist der Sohn eines Wäschereibesitzers aus Chemnitz, erst mal nicht auffällig, M. F.. Wenn man sich mit Herrn F. etwas intensiver beschäftigt, dann erfährt man, dass er Mundlos seit 95 kannte, viel über Böhnhardt und Zschäpe

wusste, eigentlich sogar die ganzen Verhältnisse kannte, den Cousin – auch selber in der rechten Szene – von Beate Zschäpe, und nebenbei kam dann heraus, dass dieser M. F. ein ganz aktiver Neonazi war in Chemnitz mit guten Kontakten auch nach Thüringen, ständig in Thüringen unterwegs.

Sie müssen sich das so vorstellen: Diese Landesgrenzen, wie wir sie kennen, zwischen den einzelnen Bundesländern sehen Neonazis nicht. Das heißt, wenn man zu Konzerten fährt, wenn man sich trifft, wenn man Veranstaltungen hat, dann spielen Ländergrenzen keine Rolle. Dann pendelt man zwischen Jena, zwischen Gera, zwischen Chemnitz, zwischen Dresden. Damals war Chemnitz eines dieser Mekkas von 98 bis 2000, und dieser M. F. pendelte ständig hin und her. M. F. hatte seine ganze Verwandtschaft, wie er wohl ausgesagt hat gegenüber der Polizei, in Heilbronn, und er selber hat eine Ausbildung in Stuttgart gemacht. Das hieß, er hielt sich dort eine ganze Zeit auf, und er war auch dann ab 98 eine Zeit lang in Haft, das heißt, auch politische Delikte – durchaus jemand, der sehr militant ist.

Neben A. G. ist der M. F. sicher einer der Wichtigen aus dem Umfeld dieses Trios. Auch A. G. kannte das Trio. Er relativiert das. Anderen Aussagen zufolge gehört er wohl eher zu den Intellektuelleren der Chemnitzer „Blood & Honour“-Szene. Er war so ein bisschen verpönt, weil er nicht in der klischeemäßigen Kleidung herumlief, er so ein bisschen was Besseres sein wollte. Dieser A. G. spielte in der Chemnitzer Band „AEG – Auf eigene Gefahr“. Er gehörte zu „Blood & Honour“, und er wurde – das wissen Sie alle – ja bekannt durch diese angebliche Aussage, die er heute natürlich revidiert oder sich nicht mehr erinnern kann, wo er der heutigen baden-württembergischen Vorsitzenden des „Ring Nationaler Frauen“ der NPD, E. S., und einigen anderen dann erzählte, es gehe den dreien gut, man müsse sich nicht weiter kümmern – was natürlich vermittelt und von uns auch so aufgenommen wird, dass A. G., dieser Chemnitzer „Blood & Honour“-Aktivist, tatsächlich gewusst hat, was mit den dreien im Untergrund passiert, und es weitergegeben hat als Flüsterbotschaft.

Die Szene selber hat ja von 98 an eigentlich ihre Netzwerke, die ohnehin schon als militant galten, alle in Bewegung gesetzt. Es ist eigentlich wahnsinnig, dass diese drei genau in das Zentrum der Szene nach Chemnitz gefahren sind. Ich bin jetzt sehr oft da gewesen. Gerade das Heckertgebiet ist heute noch das Zentrum. Das war damals das Zentrum von „Blood & Honour“-Aktivisten. Die hatten fünf oder sechs Neonazi-Wohngemeinschaften dort, und genau in diesem Gebiet sind sie untergetaucht. Also es ist natürlich ein bisschen verwunderlich. Wir haben es damals als Journalisten nicht gewusst, aber die Beamten, der Verfassungsschutz haben es gewusst. Die waren da. Die haben auf der Lauer gelegen. Dass sie ihnen durch die Maschen – – Das ist ja einer der Bestandteile auch der anderen Untersuchungsausschüsse.

A. G., dieser Mann aus Chemnitz, der genau aus diesem Heckertgebiet, aus diesem Szenario stammt, zog dann tatsächlich nach Baden-Württemberg und machte Karriere – für ihn natürlich ein wahnsinniger Aufstieg in dieser politischen Szene

von AEG, der kleinen Chemnitzer Band, die keiner kannte, einen Auftritt hatte, dann zu „Noie Werte“. „Noie Werte“: tatsächlich die Pionierband, die intellektuelle Band der Szene mit den Anwälten als Musikern, mit den internationalen Kontakten, mit den großen Geschäften, mit den – ich habe es gestern in Kassel auch wieder gesehen – German-British-Friendship-Geschichten. Alles Pionierhafte Anfang der Neunziger, was „Blood & Honour“, was dieses große Netzwerk dann auch tatsächlich ausmachte, ging über „Noie Werte“, ging über Baden-Württemberg, und der G., dieser Chemnitzer Neonazi, stieg da dann mit ein. Das heißt, G. hat natürlich diese Schiene auch hergestellt von dem „Blood & Honour“-Mekka, damals diese ganz wichtige Abteilung in Sachsen, hin nach Baden-Württemberg zu den ganz, ganz wichtigen Leuten dort.

Und wenig später zog – und das ist auch beachtlich – der Chef von „Blood & Honour“, Chemnitz, J. W., auch nach Besigheim bei Ludwigsburg. Also immer wieder auch diese Verbindung. Wir haben das auch in anderen Regionen in der Naziszene, dass, wenn ein Nazi irgendwo siedelt – wir kennen das ganz massiv auch von den Ansiedlungen gerade von Neonazis –, und es funktioniert gut, man kommt gut an, man kann Jobs besorgen, man hat die Logistik, man kann – – Die Familien, die Frauen kennen sich untereinander, man kann die Kinder abgeben. Dann zieht es meistens andere Neonazis hinterher. Das ist eine sehr, sehr und eigentlich schon seit Jahrzehnten beliebte Methode, und ich denke, es ist wirklich kein Zufall, dass ausgerechnet G., F. und J. W. dann auch in die Region in Baden-Württemberg zogen.

2003 dann – ich habe mir natürlich auch den Kopf zerbrochen, warum ausgerechnet dieses Datum. Warum haben sich vom 24. bis 26. Juni 2003 Mundlos und Bönnhardt dann wieder in Stuttgart aufgehalten? Für mich ist es natürlich genauso wie für viele andere von Ihnen auch klar, zu sagen: Sie waren mit Fahrrädern unterwegs, sie haben sich fotografieren lassen, sie waren am Nordbahnhof, sie waren in genau den Regionen, wo sie in anderen Orten auch die Anschläge verübt haben. Aber meistens – und das ist in Dortmund und Kassel auch ganz deutlich geworden – sind die Anschlagziele auch nicht nur in Migrantenstadtteilen – oder auch in Köln beim Anschlag in der Keupstraße – gelegen, sondern es sind meistens auch noch Regionen, in denen sie Kameraden kennen, in denen sie sich bewegt haben.

Aber wir haben mittlerweile – – Bisher ist es noch kein Indiz, warum dieses Datum. Ich bin natürlich da auch weiterhin auf der Suche. Wir checken da gerade alles auch in der Region ab, aber es ist natürlich sehr schwierig.

Interessant vielleicht noch als kleiner Nebenlink: Bei diesem Gespräch zwischen E. S., heute immer noch eine der einflussreichsten Neonazistinnen bei Ihnen in Baden-Württemberg – – Ich habe viel über Frauen und Kindererziehung recherchiert, und E. S. ist da eine der wirklich völkischsten, radikalsten Frauen, die durchaus sehr stark das Sagen hat, und ihr wurde eben gesagt – so hat der V-Mann Tino Brandt es dann weitergegeben, der da bei diesem Gespräch dabei war –, der G. habe gesagt, es sei alles in Ordnung mit denen, er sei bei einer Schulungsveranstaltung gewesen.

Und interessant ist: Bei dem Gespräch war auch C. K. dabei. Jetzt ist C. K. nicht irgendwer, sondern ist ein Bekannter des Trios aus Jena. C. K. ist der kleine Bruder von A. K. – A. K.: lange Zeit bester Freund von Ralf Wohlleben, einem der mutmaßlichen Waffenbeschaffer des NSU und Mitangeklagten –, und dieser C. K. will heute nicht mehr so genannt werden. Ich bitte Sie dann auch, wahrscheinlich aus juristischen Gründen werden Sie ihn abkürzen müssen, wenn Sie über ihn schreiben. C. K. war Sänger des Duos Eichenlaub.

Das Duo Eichenlaub machte 1998 sich dadurch bekannt, dass es nach der Flucht von Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe eine CD produzierte mit völkischen Liedern, und eines der Lieder – es wird auch unter dem Titel „Warum“ gekennzeichnet – hieß „5. Februar“. K. als Songwriter hatte wohl angenommen, dass sie nicht am 26. Januar geflohen seien, sondern am 5. Februar, und dieses Lied ist dem Trio gewidmet, das in den Untergrund gegangen ist. Das Markante ist, dass die beiden, dieses Duo Eichenlaub, dann sofort mit der Hilfe von H. G., einem der Mitangeklagten im NSU-Prozess, dann auch einen Auftritt bekamen, und Sie glauben natürlich – – Wo war der Auftritt? Bei „Blood & Honour“ in Niedersachsen. Das heißt, sofort wieder zu „Blood & Honour“. Das ist ja das Unterstützerumfeld in Chemnitz gewesen. Die Band tritt dann bei „Blood & Honour“ in Niedersachsen auf. Man bringt damit per Musik wiederum dann tatsächlich diese Flucht, diesen Gang in den Untergrund, dieses nationale Märtyrertum unter die Leute, vermarktet es.

Und jetzt der Link nach Baden-Württemberg: Die Sängerin, die sich damals ganz schüchtern gerierte – es gibt altes Filmmaterial von diesem Auftritt –, nannte sich Jecha, und sie pendelte zwischen Jena zum Proben und Baden-Württemberg bzw. Südhessen. Sie lebt in xxxx, und diese C. W., mittlerweile verheiratet mit einem hochrangigen Neonazi, ehemaligem Funktionär, ist durchaus von Beachtung, weil sie eines der Neonazizentren mit in Sachsen-Anhalt betreiben. Das heißt, diese kleine, schüchterne Sängerin, die damals die Flucht des Trios besang, zog dann in den Grenzbereich Hessen/Baden-Württemberg. Sie wirkten sehr stark politisch zusammen mit ihrem engagierten Neonazimann dann nach Baden-Württemberg hinein und kauften dann auch noch einen Bauernhof in Sachsen-Anhalt, der als eines der Zentren gilt, wo immer wieder auch Schulungsveranstaltungen, vor allem auch mit Kindern, stattfinden.

Also das heißt, die Kontinuität ist durchaus zu sehen. Sie sehen genauso wie bei „Blitzkrieg“ den Sänger der Chemnitzer Band, der eben, wie gesagt, erst die Wohnung zur Verfügung stellte und 2012 den Sampler mit verabschiedete. Sie haben es da mit Kontinuitäten bis heute zu tun. Das sieht man auch an den Freundschaften, die diese hochrangigen Neonazis immer noch pflegen.

Es gibt noch eine ganze Menge anderer Leute. Ich möchte nur gern noch auf zwei Leute zu sprechen kommen, die mir wichtig sind. Das eine ist natürlich die Anwältin von Ralf Wohlleben, dem mutmaßlichen Waffenbeschaffer und Mitangeklagten des NSU, N. S., ehemalige S.. N. S. ist mir schon lange ein Begriff gewesen, weil wir natürlich uns intensiv mit dem Thema beschäftigen und die Rechts-

anwälte – – Wir haben das mal so überschlagen im Kollegenkreis. Also wir gehen mittlerweile davon aus, dass die Neonaziszene so rund hundert eigene, sympathisierende, aber auch durchaus offen auftretende, nationalistisch gesinnte Anwälte hat, und N. S. ist ja gewiss eine von ihnen.

S., selber aus Baden-Württemberg, dann hat sie studiert in Jena, war stellvertretende NPD-Vorsitzende im Kreisverband Jena. Das heißt, es ist wirklich für mich immer wieder schwierig, wenn ich im Prozess sitze und ich sehe die S. neben dem Wohlleben – ich kenne die, ich habe die lange dokumentiert bei Naziveranstaltungen –, und die S. macht keinen Hehl daraus, dass sie die alle persönlich kennt. Sie unterhält sich angeregt mit den anderen, mit dem E., mit dem Angeklagten. Die S. verkehrt privat. Es gibt Mitteilungen, dass sie dem Wohlleben auch anbot, doch zu ihr zu kommen und sich zu erholen. Sie wohnte in einer Nazi-WG, nachdem sie aus Jena zurückkehrte, in Mannheim auch mit sehr, sehr bekannten Neonazis.

S. hat diesen Kontakt nie abgebrochen. Sie hat im Winterbach-Prozess verteidigt zusammen auch mit u. a. dem Sänger der Band „Noie Werte“, und, was mir auch noch aufgefallen ist oder vielleicht auch bekannt ist: 2005 reiste S. mit ihrem Ehemann, der auch aus der Szene stammt, zum Salemmarsch nach Schweden, und ausgerechnet dieser Salemmarsch mit dem Jahr 2005 tauchte als eine Filmdatei auf dem PC in Zwickau bei Mundlos, Bönnhardt, Zschäpe auf. Die Polizei hat bis heute nicht geklärt, wie sie an die Filmaufnahmen gekommen sind, ob sie die selber erstellt haben, womöglich selber 2005 beim Salemmarsch in Stockholm dabei waren, oder das Filmmaterial bekommen haben. Aber auf jeden Fall war Frau S. dort. Markant auch: Genauso wie Uwe Mundlos, der natürlich ein ganz großes Faible für diese Knasthilfe- und Knastorganisationen wie die HNG hatte – der Nationalsozialistische Untergrund hatte ja auch Geld gespendet an die Szene –, war auch Frau S. anscheinend Mitglied der Hilfsorganisation für nationale Gefangene. Das heißt nicht, – – Sehr viele Kontinuitäten. Sie kannte einige aus der Szene.

Und ich glaube, man muss dazu wissen – wir haben das gestern noch mal betont, oder ich habe das gestern noch mal betont –: Ich glaube, den Nationalsozialistischen Untergrund – – Man darf das nicht vergleichen mit linkem Terror. Das ist der große Fehler der Sicherheitsbehörden gewesen. Rechter Terror ist ein ganz spezieller Terror. Dem Nationalsozialistischen Untergrund war besonders wichtig, eine Bekennung nach innen zu schicken. Sie haben immer wieder auch aufgerufen: „Macht mit! Schließt euch uns an!“ Und diese DVDs, die sie erstellt haben, die Beate Zschäpe dann als letzte Bekennung eigentlich quasi vor ihrem sich Stellen oder während ihrer Flucht dann noch mal abgeschickt hat – übrigens ja auch nicht alle selbst; es ist bis heute nicht geklärt, wer die restlichen DVDs zeitgleich abgeschickt hat –, aber diese Bekennung nach innen, das ist ein besonderes Markenzeichen rechten Terrors, dass man sagen will: Hier ist diese Bewegung. Ihr könnt euch um den parlamentaristischen Kram kümmern, ihr könnt euch um die kommunale Verankerung kümmern, ihr könnt euch um das Geld kümmern – wir kümmern uns um den Kampf. Wir führen diesen propagierten Rassenkampf, setzen ihn

in die Tat um, die Propaganda der Tat. Und, ganz, ganz wichtig, dann Schreiben, diesen sogenannten NSU-Brief, nach innen zu schicken und vor allem an die Organisationen, die Kult sind in der Szene. Das ist die HNG eben auch, oder „Der Weiße Wolf“, eine Knastzeitung, die dann tatsächlich – und das war ja dann auch so 2002 – anzuschreiben, zu sagen: Wir sind da, wir sind der Nationalsozialistische Untergrund, wir sind da, wir machen, wir führen den Kampf für euch, und wir geben euch Geld.

Das heißt, man muss diese besondere Art des rechten Terrors wirklich analysieren, und das ist meines Erachtens völlig falsch gelaufen. Man hat es auch später durch die Bekenner schreiben und die Bekenner-DVD auch zu wenig wahrgenommen, dass sie sich selber auch als Netzwerk bezeichnen. Das heißt, sie sehen sich bis zuletzt als Teil der Bewegung.

Anders als vielleicht in den Medien auch dargestellt, hat der Nationalsozialistische Untergrund, dieser sogenannte Dreierbund, bis zum Schluss Kontakte in die Szene gehabt. Die beiden Mitangeklagten A. E. und H. G. – das ist nachweisbar – haben bis 2011 aktive Kontakte ins militanteste Spektrum gehabt, und ich finde es, ehrlich gesagt – ich weiß nicht, ob Sie es mitbekommen haben –, eine absolute Provokation, wenn der A. E., dieser Chemnitzer bzw. später Zwickauer Helfershelfer, der die 13 Jahre lang geholfen hat, der da war, zuletzt bei der Flucht, dass dieser A. E. sich im Gerichtssaal beim OLG München tatsächlich ganz frei bewegt und dann tatsächlich mit einem weiteren verurteilten Rechtsterroristen, dem K. S. – – Das ist einer, der 2003 zusammen mit der „Kameradschaft Süd“ – Martin Wiese – verurteilt wurde. Die hatten Sprengstoff gehortet. Da geht ein Mann, der wegen Terrorismus vor Gericht steht in München, mit einem verurteilten Rechtsterroristen einer Münchner Zelle in den Prozess, der übernachtet bei dem, der zeigt sich ganz offen mit diesen Anhängern dieser verurteilten Zelle.

Also diese Kontinuitäten, die muss man beachten, und man muss sich auch nicht wundern, wenn dann die ganzen Kameraden im Oberlandesgericht München natürlich das Gericht nicht achten. Das ist keine Hierarchie für sie, die sie achten. Das ist keine Institution, die sie tatsächlich ernst nehmen. Das heißt, sie lügen mit System, sie schweigen mit System. Wenn dann der Angeklagte E. im Gericht sitzt und einen Pullover anhat, da steht drauf: „Brüder schweigen“ – – „Brüder schweigen“ kommt nicht nur aus der Rockerszene, ist die Omertà – man schweigt –, sondern es ist eine Botschaft. Es sind Botschaften, die ausgestrahlt werden, und das ist ganz massiv natürlich auch passiert – bis heute.

Also das heißt, immer diese tatsächliche Begrenzung, der Nationalsozialistische Untergrund habe nur bis 98 oder 2000 aktive Unterstützung gehabt, ist so nicht wahr. Sie haben bis zuletzt Kontakt in die aktive militante Szene, auch bei uns, z. B. nach Niedersachsen, gehabt.

Ganz wichtig zum Schluss noch: Ich möchte „Blood & Honour“ noch etwas analysieren, weil ich das wichtig finde: Auch wenn „Blood & Honour“ 2000 verboten wurde, hat es

nachweislich bis 2006 weiterexistiert. Es gab Folgeprozesse, und ich muss sagen – das gilt auch für uns Fachjournalisten –, wir haben ganz viele von den Anführern, darunter übrigens auch einige Frauen, nicht auf dem Schirm gehabt. Wir haben auf die geachtet, die in der Öffentlichkeit aufgetreten sind, die uns zugänglich waren. Wir haben natürlich nicht die Asservate gehabt, die die Polizei zur Verfügung hat oder der Verfassungsschutz. Wir haben nicht die Schriften alle gehabt. Das heißt, wir haben nicht gesehen: Wer sind die wirklichen Drahtzieher? Wer sind die Männer, die da im Hintergrund wirken?

Und da ist einer bei Ihnen hier sehr, sehr wichtig in Baden-Württemberg, auf den man durchaus auch in dem Zusammenhang achten sollte: ein Deutschkroate – was vielleicht auch nicht ganz unwichtig ist – namens M. – ich hoffe, ich spreche den Namen richtig aus – F.. Er ist mittlerweile 42 Jahre alt, wohnt in Kirchheim am Neckar, und er galt nicht nur als bezüglich „Blood & Honour“ wichtiger Mann, sondern sceneintern galt er auch als äußerster Sympathisant von „Combat 18“, das heißt von dem terroristischen, militanten Ableger von „Blood & Honour“. F. gründete 98 bei einer Spaltung von „Blood & Honour“ die eigene baden-württembergische Gruppe „Furchtlos & Treu“, und das zeigt auch wieder die Kontinuität. Als 2004 – da war „Blood & Honour“ schon lange aus dem Visier der Sicherheitsbehörden verschwunden – es eine Razzia gab gegen „Furchtlos & Treu“, diesen baden-württembergischen Ableger, da hat man Razzien durchgeführt, und man hat tatsächlich einen Verstoß gegen ein Kriegswaffenkontrollgesetz festgestellt, und die Polizei stellte Munition – Moment, jetzt muss ich mal gucken –, Sprengmasse, Übungshandgranaten usw., also ein ganzes Waffenarsenal dann sicher, und dieser M. F. war inmitten dieser Ermittlungen.

F. gilt noch heute als fanatischer Neonazi, ist gut bekannt auch mit N. S., und – ich finde das auch ganz markant, muss man einfach mal sagen – die beteiligten sich 2003 an einem Fußballturnier – für uns alle nicht ungewöhnlich, aber dieses Fußballturnier war im Elsass, und das hieß „Swastika-Cup“, Hakenkreuz-Cup. Das heißt, das gehört zur Erlebniswelt rechts, die Wochenenden werden gestaltet, man fährt da zusammen, auch die Dame, die Frau S., die Rechtsanwältin, dann zusammen mit dem „Blood & Honour“-Anführer bzw. mit dem militanten Neonazi M. F..

Gerade wichtig sind vielleicht auch diese deutschkroatischen Neonazis, die es immer wieder auch in der Szene gibt, weil natürlich auch Kroatien eines der Gebiete war, das von deutschen Neonazis im Jugoslawienkrieg massiv unterstützt wurde. Ich glaube, es waren europaweit 7 000 Neonazis, die für die kroatischen Ustascha-Truppen gekämpft haben, die dann als Söldner natürlich mit Tötungserfahrung, mit Waffenerfahrung wiederkamen. Wir haben heute noch mit Neonazis zu tun, gerade jetzt wieder bei den Pegida- und Hogesa-Geschichten, wo viele in der Rockerszene gelandet sind, im OK-Milieu, aber die ehemalige Söldner waren und tatsächlich in diesen faschistischen kroatischen Gruppen gedient haben.

Wir haben das ein bisschen aus den Augen verloren mit Ende der Neunziger, dass diese Söldnergruppen, diese Söldner, die zurückkehrten, hier wirklich auch Schulungen durchführen konnten, dass die denen beibringen konnten, wie geschossen wird. Die konnten Wehrsportübungen durchführen. Das waren natürlich Helden in der Szene. Da gibt es einige von denen.

Einer von ihnen – das muss man ironischerweise einfach sagen – hat es ja hoch hinaus gebracht in der politischen radikalen Szene. Das ist der A. N.. Der war nicht nur Söldner, sondern hat auch noch eine Bank überfallen, auch ein Markenzeichen seit 1979 für rechten Terror. Er hat eine Bank überfallen, und heute ist er NPD-Chef in Baden-Württemberg.

J. P. ist auch noch ein letzter Name, den ich nennen möchte, und dann bin ich auch durch. J. P. ist ein alter Bekannter von Ralf Wohlleben, von der ganzen politischen Szene in Thüringen um das Trio herum: „Thüringer Heimatschutz“, „Freie Kameradschaft Jena“ usw. J. P. war jemand, der in Erfurt wohnte, aus Baden-Württemberg stammte, der sich in diesem Umfeld bewegte, der zu diesen Neonazistrukturen gehörte, aber immer auch jemand war, der sehr früh schon sich in dem Bereich OK bewegte, das heißt organisierte Kriminalität, Kampfsport, Türstehermilieu und dann auch natürlich Rockermilieu.

Und markant ist – das wurde von der Polizei festgehalten –, dass J. P., der mittlerweile auch wieder in Baden-Württemberg lebt – ich habe mir es extra aufgeschrieben –, als Iron Bull Karriere machen möchte oder Geld verdienen möchte, indem er mit Muskelkraft Autos zieht bei Kirmesfesten. Dieser J. P. wird als Waffenhändler in Thüringen gehandelt. Er wurde stark belastet von Neonazis aus Thüringen, die gesagt haben: Dieser J. P. besorgt Waffen für die Szene in Thüringen. Er besorgt sie über die Schweiz, und er war z. B. einer, der im Bus saß zu einem „Blood & Honour“-Konzert nach Budapest, und in dem Bus mit ihm saß auch A. S., einer, über den die Ceska besorgt wurde, der zum Laden „Medley“ in Jena gehörte.

Das heißt, dieser Mann aus dem Thüringer Neonaziumfeld, der immer wieder – das lässt sich nachweisen – direkt zum Umfeld von Wohlleben und dem Trio gehörte, dieser Mann zog dann wieder zurück nach Baden-Württemberg, und – das weiß ich aber nur von Kollegen, da müssen Sie vielleicht die Kollegen noch mal fragen, die das vielleicht ein bisschen genauer wissen könnten – er bewegte sich nicht nur im Thüringer Umfeld, sondern tatsächlich soll er als Türsteher auch in einer der Diskotheken beschäftigt gewesen sein, in denen M. K. dann als Lockvogel eingesetzt wurde.

Und damit komme ich auch zum Ende und möchte eigentlich eine Hoffnung an Sie hier im Untersuchungsausschuss auch loswerden. Ich finde, ein Bereich ist in der ganzen dreijährigen Recherche viel zu kurz gekommen. Wir haben uns auf die Zeit 98 konzentriert, dann auf 2000 in Chemnitz. Über Zwickau gibt es wenig Erkenntnisse; es ist ein großer weißer Fleck. Aber worüber wir ganz wenig wissen – und das ist es wirklich wert, da genauer hinzugucken, auch im Hinblick auf den Mord in Heilbronn –, das ist

tatsächlich der Bereich „Organisierte Kriminalität“. Tatsächlich ist es so, dass in dem Wohnort von M. K. mehrere Neonazikneipen oder von Neonazis, Skinheads und Hooligans frequentierte Kneipen waren, nicht nur die „Rennbahn“. Ich kannte diese Kneipe, wir haben da Naziveranstaltungen mit F. R. dokumentiert, natürlich von außen, wir kamen nicht rein. Aber es gab dort weitere Gaststätten, die „Schwedenschanze“, und es gab dort weitere Kontakte, und die Kontakte führten immer auch in den Bereich „Organisierte Kriminalität“.

Genauso wurde auch erwähnt – und da hat die Polizei anscheinend nicht nachgehakt –, dass M. K. durchaus eine Zeit lang mit einem Türsteher aus Oberweißbach in Thüringen liiert war. Es ist anscheinend nicht weiterverfolgt worden. Der Name ist nicht aufgeklärt worden. Diese Szene aus diesem Milieu ist durchaus auch eine Recherche wert, weil auch gerade Beate Zschäpe ja auch von sehr glaubwürdigen Zeugen in Bandidos-Prozessen gesehen wurde und weil natürlich auch gerade dieses Rockermilieu nach dem Verbot von „Blood & Honour“ diese Anführer aufgefangen hat. Viele dieser neonazimilitanten Neonazis sind in die Obhut der Rockerszene gegangen und sind natürlich dort dem Verfassungsschutz erst mal aus den Augen gekommen.

Das heißt, dieses Milieu, diese Zusammenhänge, diese Mischszenen – Hooliganszenen, Türsteher Szenen, Rotlichtmilieu, Rockermilieu, Neonazimilieu – müssten meines Erachtens noch viel genauer beleuchtet werden, um vielleicht wirklich endlich auch ein bisschen mehr Licht in den Mordfall K. zu bekommen.

Danke schön.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Frau Röpke.

Sie sagten, ein Fehler war, den rechten Terror gleich zu behandeln wie den linken Terror, da dieser anders strukturiert sei – jetzt vorher in Ihrem Vortrag. Haben Sie denn konkrete Ansätze, wie man dann damit umgehen sollte, nachdem Sie das kritisieren? Oder wie kann Ihrer Meinung nach mit der Bekennung nach innen jetzt im Rechtsradikalismus umgegangen werden?

Sv. Andrea Röpke: Im Nachhinein sind auch wir als Fachjournalisten, die wir natürlich auch viele Fehler gemacht haben, schlauer geworden. Wir haben das auch versucht in unserem Buch zu analysieren. Also der Verfassungsschutz und auch gerade die Landeskriminalämter haben ja massenhaft von beschlagnahmten Schriften der Szene gehabt, um 98 bis 2000 herum, und man hätte vielleicht weniger manipulierende oder auch ethisch zweifelhafte V-Leute beschäftigen sollen auf Kosten des Staates, sondern vielleicht weitaus intensiver wirklich diese ideologischen Schriften auswerten sollen, weil in diesen Schriften das ganze Spektrum von „Combat 18“ über „Blood & Honour“ bis hin zu „The Order“, zu den „Turner Diaries“ usw., die „Werwolf“-Schriften.

In diesen Schriften ist eigentlich genau beschrieben gewesen, wie sie gehandelt haben. Das heißt bürgerliche Abtarnung, das heißt ein Leben in Zwickau in einer Wohngemeinschaft, sie haben den Müll runtergebracht, sie sind zu den Kellertreffen gegangen, haben dort Sekt getrunken, sie sind zu den Stadtteilstreffen gegangen. Das heißt, wichtige Abtarnung. Andererseits Kleinzellenbildung, und das ist ja propagiert worden, scheinbar führerlose Strukturen, genau das, was in diesen Schriften propagiert wurde, wovon auch gewarnt wurde teilweise aus Fachjournalisten- und antifaschistischen Kreisen. Das kann man nachlesen 2000. Genau das haben sie eigentlich ganz praktisch dann auch umgesetzt.

Das heißt, wir müssen meines Erachtens nach diese Schriften viel intensiver auswerten. Ich würde mir natürlich wünschen, diese Schriften viel eher auch zu bekommen, oder auch, dass sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und nicht vielleicht in den Asservatenkammern verstauben, wie es ja leider jetzt auch sehr stark passiert ist.

Das heißt, wir müssen diese spezielle Art des rechten Terrors erkennen. Der rechte Terror – das hat ein Professor Virchow ganz schön beschrieben; er hat es gesagt – ist ein stiller Terror. Das ist kein Terror, der langatmige Bekenner schreiben losschickt. Das ist kein Terror, der dem Staat den Krieg erklärt mit Pamphleten, sondern meistens sind die Opfer rechten Terrors Opfer, die keine Lobby haben. Das heißt, es sind natürlich immer die Schwächsten der Gesellschaft.

Aber – und das ist ganz markant – es sind auch Polizisten. Ich glaube, die rechte Szene hat in den letzten Jahren fünf Polizisten auf dem Gewissen; fünf Polizisten sind ermordet worden. Der markanteste Mord ist vielleicht von Michael Berger in Dortmund gewesen, der noch heute in der Szene kultisch verehrt wird. Man schreibt – es gibt Aufkleber; es ist an Zynismus nicht zu überbieten –: „3 : 1 für Deutschland“, „Drei tote Polizisten, ein toter Michael Berger, ein toter Nationalist“, und damit geht diese Neonaziszene in Nordrhein-Westfalen los. Das heißt, Polizisten sind natürlich massiv im Visier. Bönhardt und Mundlos haben schon früh in Jena die Fahrzeuge der Staatsschützer, also die nicht kennbar gemachten Fahrzeuge notiert, haben dort auf der Lauer gelegen, haben sich diese Listen angefertigt, haben immer lange schon Polizei-Scanner dabeigehabt. Das heißt, dass Polizisten sterben mussten. Die gehören genauso ins Visier rechten Terrors – eine Spezialität auch.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. – Da schließe ich meine andere Frage an: Wie beurteilen Sie denn heute auf Grundlage welcher Fakten die Auffassung der Bundesanwaltschaft, dass das Attentat von Heilbronn gegen die beiden Polizeibeamten als Vertreter der Staatsgewalt gerichtet war und ihm kein anderes Motiv zugrunde lag? Sie haben ja im Untersuchungsausschuss des Bundestags auch über den Kay Diesner mal die Einstellung klargemacht, die man folgendermaßen zuspitzen kann:

*Er ist einfach ein Feind. Journalisten sind Todfeinde, Polizisten sind Todfeinde.
... Auf die schießt man ...*

Das war am 22. März 2012. Wie beurteilen Sie denn heute aufgrund weiterer Fakten diese Annahme der Bundesanwaltschaft?

Sv. Andrea Röpke: Also ich glaube, ich habe mir das auch genau angeschaut. Ich habe mir den Fall Diesner, ich habe mir den Fall Berger angeschaut. Wenn M. K. nicht aus Oberweißbach gekommen wäre, hätte ich gesagt, sie war ein Opfer, weil sie Polizistin war, genauso wie M. A. Aber sie kam aus Oberweißbach, und dieser Ort Oberweißbach ist eben einer der Orte, die im sehr zentralen Spektrum der Neonaziszene standen. Wenn der Schwager von Ralf Wohlleben in diesem Ort tatsächlich eine Gaststätte betrieben hat, wenn es heißt, die M. könnte doch die M. gekannt haben, könnte doch die Szene gekannt haben – – Also wie gesagt, ich bin da genauso unwissend wie Sie. Wir versuchen zu recherchieren, vernünftige Arbeit zu leisten. Aber ich gehe wirklich davon aus: Thüringen – – Seit langen Jahren recherchiere ich in Thüringen, und man kennt sich dort. Die Szene kennt sich, die Szene hasst gemeinsam. Andere übernehmen die Arbeit wiederum für andere. Es gibt immer Delegationen, es gibt immer Seilschaften. Deshalb auch der Hinweis, auf die organisierte Kriminalität dort genauer zu gucken. Ich kann es eigentlich nicht glauben, dass sie wirklich dieses Zufallsopfer ist. Ich gehe nicht davon aus. Ich glaube, dass man sich noch sehr viel intensiver mit ihrer thüringischen Herkunft beschäftigen muss.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Sie haben dann u. a. auch im Bundestag zu Ihren Erkenntnissen über rechtsextreme Netzwerke – das haben Sie jetzt gerade ja teilweise auch gemacht – auch einen militanten Rechtsextremen aus Baden-Württemberg als Beispiel angeführt. Haben Sie denn konkrete Erkenntnisse über die Verbindungen dieser Szene zum NSU oder sein Umfeld über die bekannten Ermittlungen bisher hinaus, auch insbesondere der EG „Umfeld“ hinaus? Also gibt es da zusätzliche Informationen von Ihnen?

Sv. Andrea Röpke: Die Verbindung habe ich Ihnen ja eben aufgezeigt. Das waren ja diejenigen, die tatsächlich aus dem Helfermilieu in Chemnitz kamen. Also dieses Helfermilieu war ja durch und durch strukturiert. Man hat sich in diesem WG-Umfeld im Heckertgebiet bewegt, und später sind ja die Wohnungen in Zwickau auch über die Helfer angemietet worden. Das waren ja diese Szenen, das waren ja die Vernetzungen zum militanten, aktiven Spektrum. Und darüber hinaus – – Wie gesagt, ich kann es nur aufzeigen, dass es diese Kontakte zu den „Hammerskins“ gibt, natürlich auch durch T. G. Kontakt zum Waffenhändler L. usw. Also es gibt da sehr, sehr viele Namen, die eine Rolle spielen. Aber es ist wirklich eine mühsame, akribische Recherchearbeit; das ist schon klar. Aber es gibt durchaus diese direkten Verbindungen von denen, die die Polizei – oder die in der Presse häufig als die Hunderterunterstützerliste gehandelt werden, die tatsächlich dann auch die direkten Verbindungen einerseits zum NSU, andererseits ins militante Spektrum – –

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Pröfrock.

Abg. Matthias Präfroock CDU: Frau Röpke, herzlichen Dank für die Ausführungen bislang.

Sind Sie denn – Sie beschäftigen sich ja seit vielen Jahren mit dem Thema – vor dem 4. November 2011 jemals auf die Abkürzung NSU oder Nationalsozialistischer Untergrund oder auch NSS – „Neoschutzstaffel“ – gestoßen?

Sv. Andrea Röpke: Nein, nein. Also ich kannte die drei. Ich kannte die Fluchtgeschichte. Wir hatten das auch in einem unserer Bücher thematisiert. Aber ich kannte sie nicht, den Begriff auch nicht.

Abg. Matthias Präfroock CDU: Sie haben hier ausgeführt, linksorientierter Extremismus oder Terrorismus und rechtsorientierter lässt sich ...

Sv. Andrea Röpke: Ist unterschiedlich, ja.

Abg. Matthias Präfroock CDU: ... nicht gleichsetzen. Da sind Unterschiede da. Hatten Sie denn eine Art von Rechtsterrorismus oder die Möglichkeit, dass es einen organisierten Rechtsterrorismus in Deutschland gibt, vor 2011 auf dem Schirm?

Sv. Andrea Röpke: Ja.

Abg. Matthias Präfroock CDU: Also hatten Sie dafür Anzeichen, dass es eine solche Struktur gibt?

Sv. Andrea Röpke: Also diesen Hass, diese vielen Anschläge, dieses Horten von Sprengstoffen, das war für uns immer ein alarmierendes Zeichen. Wir haben ganz massiv auch in unseren Büchern davor gewarnt. Wir haben auch die Aufklärung über die Münchner Zelle kritisiert, weil die nicht ausreichend war. Man hat die Herkunft z. B. von vier Waffen niemals geklärt. Man hat niemals genau geklärt, woher der Sprengstoff kam. Und diese Seilschaften haben immer funktioniert. Die waren von Süd nach Nord und von West nach Ost. Das heißt, wir haben ganz massiv diesen rechten Terror vor allem 2003. Jetzt natürlich, Gott sei Dank, nach 34 Jahren kommen die Ermittlungen zum Oktoberfest wieder in Gang. Wir haben auch das immer wieder thematisiert.

Aber was mich natürlich persönlich am meisten erschrocken hat, waren wirklich dieser wahnsinnige Hass und immer wieder diese Aufrufe, endlich zu kämpfen. Wenn dann ein zeitweiliger NPD-Vorsitzender Udo Pastörs sogar sagt: „Wir sind eine Kampfgemeinschaft“, und man weiß, da sind militante Zellen in der sogenannten Bewegung, dann ahnt man natürlich, dass da immer wieder auch welche dabei sind, die das sehr wohl sehr ernst nehmen. Und wenn man dann noch sieht, wie sehr sie sich in dieses Mischszenenspektrum bewegen, das heißt, eben auch mit Söldnern, mit Rockern, mit Drogenleuten zu tun haben, dann wird diese Szene natürlich weitaus unberechenbarer und gefährlicher. Und das sind natürlich Warnungen, die wir auch schon seit Jahren

abgeben, wo wir sagen – – Aber wir haben natürlich in der Form das so nicht geahnt und natürlich auch nicht diese – – Aber man hätte – – Das war vielleicht auch – – Ich habe natürlich diese Asservate nicht gehabt, die 98 gefunden wurden, auch nicht die Garagenliste, aber man hätte dieses Abtauchen vielleicht ernster nehmen sollen, weil sie einfach schon gezeigt haben, wie ernst sie es meinten vor 98. Dieser wahnsinnige Hass und dieser Hang zu Waffen und dieses – – Uwe Mundlos und Beate Zschäpe hätten nicht abtauchen müssen. Sie hätten sich auch mehrmals immer wieder stellen müssen. Aber dieses bewusst im Untergrund – in Führungsstrichen – zu leben, dieses Wollen, dazu sind einige Neonazis bereit, und die gibt es auch heute noch, und das müssen wir einfach viel, viel ernster auch nehmen.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Sie haben vorhin ausgeführt, dass es ja bei den Besuchen in Baden-Württemberg auch wohl einen Besuch von Mundlos bei S. gab, der sich begeistert gezeigt haben soll über das Waffenarsenal, was da war. Aus dem, was wir wissen von dem S., der uns bekannt ist, war das nun wohl nicht ein wirklich großes Arsenal, sondern eher Schreckschusspistolen, ein bisschen Schwarzpulver, also nichts, was einen – in Führungszeichen – Waffennarr jetzt irgendwie zu Begeisterungstürmen hinreißen ließe. Haben Sie aus Ihren Recherchen irgendwelche Erkenntnisse, dass es sich möglicherweise um einen anderen S. (oder S.) oder um einen anderen Personenkreis handelt? Also wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?

Sv. Andrea Röpke: Also ich glaube, Sie müssen ja immer sehen, das war Mitte der Neunziger. Die waren ja auch noch relativ jung. Also die haben sich angefixt. Die sind nach Tschechien gefahren, die haben in Rostock sich mit Gaspistolen eingedeckt. Das heißt, diese Szene war über diese jugendliche Begeisterung erst mal für kleinere Waffen – – Heute begeistern sich die jugendlichen Neonazis für Pumpguns, spielen Gotcha, Paintball. Das fängt ja an, das hat ja eine Kontinuität, eine Radikalisierung, und ich vermute, dass dieses Besorgen in den Waffenläden, diese Begeisterung von Mundlos, die er da auch zum Ausdruck bringt, natürlich auch so eine Entwicklung war.

Aber mehr darüber hinaus zu dem S. weiß ich auch nicht. Ich denke, da haben Sie auch noch Ihre hier angesiedelten Kollegen, die sich weitaus besser damit auskennen, die da sicher regional auch noch weitere Erkenntnisse haben. Aber man muss das, glaube ich, in dieser Kontinuität sehen.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Eine letzte Frage: Als einen Unterschied zwischen dem Linksterrorismus und dem Rechtsterrorismus konnte man, glaube ich, auch herauslesen, dass es eben doch sehr starke Bezüge gab in Richtung organisierter Kriminalität, Rotlichtmilieu, Waffenhandel und anderes. Können Sie da vielleicht noch mal was – – Sie haben den Namen P. erwähnt. Können Sie noch mal sagen oder vielleicht noch mal erwähnen, welche Personen da gewisse Schnittmengen haben könnten mit Bezug aus Baden-Württemberg?

Sv. Andrea Röpke: Jetzt hier in Baden-Württemberg zum Rockermilieu?

Abg. Matthias Präfrock CDU: Ja.

Sv. Andrea Röpke: Ja, mir fällt als Beispiel – – Ich muss mal schnell schauen. Das hatte ich mir noch herausgesucht. Wir haben eine sehr schwächelnde NPD zurzeit, eine sehr umstrittene NPD. Die freien Netzwerke, die Kameradschaften als solche formieren sich neu. Die Szene ist unheimlich in Bewegung. Man hat durch diese Hogesa-, also „Hooligans gegen Salafisten“-Entwicklung und auch durch die Pegidas, wo gerade ausgerechnet man den Bock zum Gärtner machte und die Rocker und Türsteher der Stadt dann die Securitys machten – – Ich bin da auch viel unterwegs gewesen. Wir haben da eine Entwicklung, die sehr dynamisch und sehr unklar noch ist.

Neonazis formieren sich in Bruderschaften. Sie tragen Kutten, sind aber keine Motorradgangs, benutzen die Bezeichnungen – wie die „Hammerskins“ auch – Chapter usw., und sie mischen sich teilweise auch in den Frauenhandel, in die Prostitution, in den Drogenhandel mit ein. Das haben wir ganz massiv auch in Norddeutschland. Und einer der Angeklagten im NSU-Verfahren – jetzt muss ich noch mal schnell gucken –, der A. E., taucht eben seit Längerem auch in Kutte auf, in Lederkutte, trägt die Zeichen. Das ist mir damals schon aufgefallen bei der Recherche seit 2011, dass der sich einem Motorradclub in Thüringen annähert, da auch Verbindung hat. Das ist nachgewiesen. Der nennt sich Stahlpakt. Der MC Stahlpakt ist ein Motorradclub, wo mittlerweile auch die Behörden sagen, das sei ein sehr stark von Neonazis durchsetzter Motorradclub, der eine sehr starke Dominanz dort hat, in Thüringen sich gerade über Altenburg nach Sachsen ausweitet.

Und hinzu kommt ein weiterer Motorradclub. Das ist der Motorradclub „Kreuzzeuge Germania“. Dieser Motorradclub „Kreuzzeuge Germania“ z. B. taucht im Umfeld von A. G. wieder auf, also diesem „Blood & Honour“-Aktivisten aus Chemnitz, der hier nach Ludwigsburg oder in die Nähe gezogen ist, und diese MC-Kreuzzeuge-Treffen sind immer auch ein Treffen von „Blood & Honour“-Leuten, z. B. 2011. Das hatte ich mir herausgesucht. 2011 hat dieser MC Kreuzzeuge auch wieder so ein Turnier gemacht. Ich glaube, das war auch ein Fußballturnier. Das sind immer so Cups, wie gesagt, wie dieser „Swastika-Cup“. An dem nahmen dann tatsächlich zwei „Blood & Honour“-Aktivisten teil, die mal den Sprengstoff besorgt haben. Es nahm der H. L. teil, einer der wichtigsten Neonazis aus Chemnitz, und es nahmen eben auch Leute aus Baden-Württemberg teil aus dem Umfeld von G., also auch Neonazis.

Das heißt, diese Verbindungen, diese Clubs, die nicht jedem – – Ich weiß nicht, ob Sie vielleicht schon mal von Kreuzzeuge oder Stahlpakt gehört haben; ist vielleicht nicht jedem so geläufig. Darüber haben wir wenig Erkenntnisse, und das ist genau ja auch das gewesen, wo ich meine, dass wir einfach diese Zusammenhänge zwischen Neonaziszene und Rockerszene noch viel genauer beleuchten müssen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Herr Filius.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Frau Röpke, guten Morgen!

Sv. Andrea Röpke: Guten Morgen!

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Das ist ja noch recht von der Zeit.

Sie erwähnten vorher das Jahr 2003, dass Böhnhardt und Mundlos sich im Stuttgarter Raum aufgehalten haben, und Sie sagten auch, Sie sind da noch weiter am Recherchieren. Es wäre zwar alles sehr, sehr schwierig – kann ich mir sehr gut vorstellen, es sind ja ein paar Jahre ins Land gegangen –, auch von der Belastbarkeit, was dann möglicherweise von Aussagen halt auch vorliegt. Können Sie dazu noch etwas sagen?

In dem zweiten Zusammenhang erwähnten Sie ja auch, dass Personen im Untergrund sich bewegen, auch heute aktuell. Gibt es dort auch Bezüge nach Baden-Württemberg, Vermutungen oder vielleicht auch belastbare Dinge, dass sich hier Rechtsradikale im Untergrund befinden?

Sv. Andrea Röpke: Da bin ich wahrscheinlich dann doch wieder zu norddeutschlandlastig. Also da im Untergrund – – Natürlich, Sie haben es bei den „Hammerskins“ immer mit Geheimaktionen zu tun. Also die „Hammerskins“ mit ihren Chapters Württemberg und Baden, da muss man genau hinschauen. Die haben eine starke Affinität zu Waffen. Die haben Geld. Das sind oft sogenannte „Hammerskins“, aber sie haben ein Doppelleben. Das heißt, sie sind Unternehmer, sie sind Akademiker, sie sind Handwerker. Also da muss man wirklich ganz genau hinschauen. Das ist genau diese Halbillegalität.

Also das heißt, Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt usw. haben sich ja auch nicht völlig in diesem sogenannten Untergrund bewegt, sondern sie sind ja auch sechs Wochen lang nach Fehmarn in Urlaub gefahren, und sie haben ja durchaus auch sich ganz bürgerlich gegeben. Also dieser halblegale – oder dieser Untergrund existiert natürlich einerseits. Ich würde, wie gesagt, als Beispiel dafür eben auch diese Strukturen der „Hammerskins“ benennen. Der Verfassungsschutz hat diese Strukturen völlig meiner Ansicht nach – ich weiß nicht – unterschätzt, aber auf jeden Fall nicht thematisiert, nicht davor gewarnt. Das ist auch eines der großen Probleme, dass über diese Geheimbünde, diese Strukturen viel zu wenig aufgeklärt wird.

Jetzt habe ich Ihre erste Frage gerade – –

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Das war 2003.

Sv. Andrea Röpke: 2003. Also mir ist nur aufgefallen, dass dieser „Swastika-Cup“ 2003 im Juli war, aber der Besuch in Stuttgart war im Juni 2003. Also da müssen wir wahrscheinlich noch mal genauer, tiefer in die Archive gehen und einfach schauen. Meistens haben sie das wirklich verbunden. Also sie haben diese Besuche in der Region oft mit Konzerten, oft mit Veranstaltungen – – Sie haben mit den Kollegen Darts gespielt. Also das heißt, sie waren meistens nicht alleine irgendwo da, sondern ich könnte mir wirklich vorstellen, dass sie auch Leute getroffen haben. Aber wir müssen natürlich

noch mal genau schauen: Was hat an diesem Wochenende, an diesem Datum tatsächlich auch stattgefunden in der Region? Aber da kann ich Ihnen leider auch noch keine befriedigende Antwort geben.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Beim Untersuchungsausschuss im Bundestag haben Sie ja auch nochmals erwähnt, dass Beate Zschäpe mehrmals Urlaub gemacht hat in Baden-Württemberg, und das haben Sie so geschildert: Das kann doch nicht ein Zufall sein. – Ist das jetzt in dem Zusammenhang, in diesem Kontext zu sehen, oder ist das nochmals eine andere Dimension?

Sv. Andrea Röpke: Der Bundestagsuntersuchungsausschuss ist ja schon etwas länger her. Wir hatten natürlich noch nicht so viele Kenntnisse, und ich bin natürlich so als freie Journalistin immer ganz das Ende der Kette, bis ich dann Informationen bekomme. Mittlerweile wissen wir natürlich, dass es diese Ludwigsburg-Connection war, dass sie natürlich das Schloss usw., ich glaube, 2002 bis 2003 – das kann man wohl an den Schlüsselaufnahmen erkennen – besucht haben. Das sind keine neuen Erkenntnisse. Das sind damals einfach Hinweise gewesen, die wir geltend machen wollten und wo noch nicht das Material bei uns angekommen war, die Informationen, die wir dazu heute haben.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Sie erwähnten dann auch noch im Zusammenhang mit M. K., dass sie ein Lockvogel gewesen sei. Können Sie dazu noch nähere Angaben machen?

Sv. Andrea Röpke: Na ja, da weiß ich auch nur das, was Sie wahrscheinlich auch schon oder viele von Ihnen wissen. Ich finde es beachtlich, so eine junge Polizistin, die dann wirklich anscheinend schon sehr, sehr häufig eingesetzt wurde, in Diskotheken als Lockvogel – sie hat dann wohl erzählt, so berichteten es Zeugen wohl – gegen die Russemafia eingesetzt wurde, dass sie Drogendeals – – Sie sei einmal knapp nur rausgekommen, einmal sei sie mit verhaftet worden. Also ihr sind da wohl durchaus auch schon sehr gefährliche Dinge im Alleingang zugemutet worden. Sie muss da durchaus auch sehr ehrgeizig gewesen sein. Also das ist, glaube ich, nicht unbedingt der normale Polizistenweg, den sie dort gegangen ist. Da müsste man sich auch noch mal intensiver mit auseinandersetzen.

Aber ich selber war überrascht, was aus den Aussagen ihres Umfelds, auch der Beamten dann hervorging, dass sie doch da schon eine anscheinend auch sehr belastbare Persönlichkeit war, die auch für solche Aktionen Nerven gehabt haben muss. Ich glaube, das gehört ja nicht zum Trainingsprogramm der Bereitschaftspolizei oder besonderer Einheiten, dann solche Dinge zu machen. Also es hat mich, ehrlich gesagt, sehr, sehr überrascht. Aber ich habe da auch nicht die Möglichkeit, intensiver – – Also da müsste man auf jeden Fall noch mal nachhaken, denke ich.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Jetzt noch zum Ende des Trios: Dort haben wir ja zwei ganz verschiedene Bereiche. Wir haben hier Wohlleben/Bönnhardt, wo es dann zu die-

ser Konstellation auch kam, dass das Wohnmobil gebrannt hat und sie tot waren. Jetzt sagten Sie vorher, dass in der rechten Szene ein Polizistenmord ganz obenan steht. Das ist jetzt für mich nicht ganz in Einklang zu bringen, weil ja, wenn man dann quasi die Gewalt gegen sich selbst richtet, in dieser Konstellation, dann passt dies nicht zu diesem Bild. Und als Nächstes, wenn es ein Trio war, ist ja die Situation von der Frau Zschäpe eine ganz andere, die sich dann freiwillig bei der Polizei gemeldet hat.

Sv. Andrea Röpke: Also erst mal gehe ich nicht mehr von einem Trio aus. Es ist eine Kerngruppe, die drei. Tatsächlich, dieser Selbstmord in Eisenach, wie es offiziell heißt, ist durchaus nicht sehr typisch für die Szene. Selbstmord zu begehen ist in der historischen Betrachtung rechten Terrors häufiger. Also es beginnt 68 mit Josef Bachmann, der auf Rudi Dutschke geschossen hat, der sich umgebracht hat. Es geht dann weiter die ganze Reihenfolge über den Forstmeister Lembke usw., die dann Selbstmord begehen. Aber die hatten ja ein ganzes Waffenarsenal zur Verfügung. Das heißt, sie hatten Scanner, sie hatten Kameras am Wohnmobil. Es waren nur zwei Polizisten, die gar nicht wussten, auf was sie sich einließen. Es wäre eigentlich ein Leichtes gewesen, diese Polizisten zu beschießen, sie anzugreifen. Das ist nicht nachvollziehbar. Das kann ich so auch nicht. Sich selber zu richten, sich nicht in die Fänge der verhassten Polizei zu begeben, das ist ein Bekenntnis, das ist Teil der Ideologie. Das glaube ich schon.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Ist es dann ein Unterschied Mann und Frau?

Sv. Andrea Röpke: Beate Zschäpe – –

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Sie haben ja gerade den Punkt auch – –

Sv. Andrea Röpke: Da muss ich Ihnen widersprechen. Also Beate Zschäpe ist für mich eine Frau – ich beobachte das ja, wie gesagt, auch im Prozess –, die ganz klare Bekenntnisse abgegeben hat zu diesem Terror, zu diesem Terrornetzwerk, zum Nationalsozialistischen Untergrund. Beate Zschäpe hat nicht nur in den Neunzigern schon immer wieder in Zeugenaussagen gelogen, in die Szene abgetarnt, geholfen, unterstützt. Sie hat die Garage angemietet, in der der Sprengstoff, 1,4 kg TNT, gehortet wurde. Sie ist bewusst mit in den Untergrund gegangen. Sie hat die Abtarnung. Ihre Handschriften sind auf den Videodateien zu finden.

Und jetzt kommt das Markante: Sie hat irgendwie erfahren, dass ihre beiden engsten Mitstreiter am 4. November tot waren. Wir wissen bis heute nicht genau, wie. Vielleicht sind es verabredete Zeichen, vielleicht war es eine Meldung, die nicht erfolgte, die ihr den Anlass gab, jetzt diese Wohnung in Brand zu stecken. Das hätte sie nicht tun müssen. Sie hat die Wohnung in Brand gesteckt, sie hat alles vernichtet, sie hat DVDs eingesteckt. Es sollen 15 sein. Heute räumt das BKA ein, dass sechs nur nachgewiesen sind, die von ihr stammen. Die hat sie eingeworfen im Postbereich Leipzig/Schkeuditz. Sie ist dann auf die Flucht gegangen. Zeitgleich wurden woanders auch DVDs eingeworfen. Man weiß bis heute nicht, von wem. Sie ist geflohen. Sie hat sich noch kurz helfen lassen.

Und dann kommt das, was ich auch als ganz markantes Zeichen ihres Bekenntnisses empfinde: Seitdem schweigt sie. Das heißt, sie schweigt nicht zur eigenen Verteidigung. Ich glaube, es würde ihr viel mehr helfen, wenn sie da durchaus mal lächeln würde, wenn sie vielleicht Mitleid zeigen würde. Es wird von der Nebenklage auch bestätigt. Die sagen auch: In der Geschichte der Justiz gibt es kaum jemand, der so hartnäckig und so knallhart geschwiegen hat. Und dieses Schweigen kann man als Bekennung auffassen. Also meines Erachtens hat Beate Zschäpe ganz klar deutlich gemacht, dass sie auch nach dem Tod ihrer beiden Mitstreiter durchaus zu dieser terroristischen Zelle steht.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Schon. Aber sie hat sich ja – und das ist der Unterschied – zumindest in diese Polizeigewalt dann halt begeben.

Sv. Andrea Röpke: Sie hat kein Geld mehr gehabt. Sie war völlig heruntergekommen. Sie ist fast vor die Straßenbahn gelaufen. Ich glaube, sie war einfach am Ende. Sie konnte nicht mehr. Wir vermuten auch, sie hat sich ja in Hannover acht, neun Stunden aufgehalten, und genau zu dem Zeitpunkt, wo sie wahrscheinlich den H. G. gekontak­tet hat, der in Hannover lebte, war der schon in Untersuchungshaft, weil mit seinem Namen eben das Wohnmobil angemietet worden war. Das heißt, sie hat keinen Ansprechpartner in dem Moment gefunden. Davon gehen wir aus. Das heißt, sie ist durch die Gegend geirrt, und in dem Moment, wo jemand so hilflos in der Szene ist – das ist eine knallharte Szene, da schützt jeder, jede sich in dem Moment, und dann ist es mit der Solidarität wahrscheinlich nicht so weit her – – Ich glaube einfach, in dem Moment hat sie keine andere Chance mehr gesehen. Also das war einfach eine Hilflosigkeit. Aber seitdem – –

Und eine weitere Bekennung von Beate Zschäpe ist ja auch noch mal ganz klar. Sie pflegt nicht Brieffreundschaften zu irgendwelchen engagierten, zivilgesellschaftlichen Menschen, sondern sie pflegt eine Brieffreundschaft zu R. S.. Das ist einer, der sich zu „Combat 18“ bekannt hat und der einen Ausländer fast erschossen hätte aus Dortmund. Das heißt, auch im Gefängnis noch hat sie Kontakt zu militanten Neonazis. Also meines Erachtens nach sind das ganz klare Botschaften, die sie ausstrahlt.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Vielen Dank.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Sakellariou.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Frau Röpke, wir sind ja in Baden-Württemberg. Deswegen interessieren mich vor allem die Bezüge zu Baden-Württemberg, und Sie haben vorher gesagt, der T. S. als Mentor des Uwe Mundlos hätte ihm gesagt – ich habe es mir aufgeschrieben –: Nimm mal zu dem oder dem in Baden-Württemberg Kontakt auf.

Das inspiriert mich zu der Frage, ob Sie zu „dem oder dem“ auch Namen nennen können über die hinaus, die Sie schon genannt haben, die explizit von T. S. auf Uwe Mundlos geführt haben.

Sv. Andrea Röpke: Da gibt es auch einen als Beispiel. – Sekunde, ich muss mal eben – – Das sind mittlerweile so viele Namen. – Aus den Briefen geht hervor, dass Herr S. Uwe Mundlos dazu aufgefordert hat und auch sehr energisch aufgefordert hat, Kontakt zu S. F. aufzunehmen aus Metzingen. Er schreibt bereits – – Ach, Entschuldigung! Nein, das ist der T. S. gewesen. Das war ein anderer politischer Mentor, der ihn aufgefordert hat. Entschuldigung, das war nicht S.. S. hat ihn auch zu mehreren Sachen – – Aber dieser T. S. war auch einer der politischen Mentoren, der mit ihm den Kontakt gemacht hat, und der schrieb ihm am 24. März 96, der F. habe im Knast Flugblätter hergestellt, gehöre zu diesem „Stoßtrupp Nagold“, und der Kamerad S. sei eben ein ganz Wichtiger, und zu dem solle doch Kontakt aufgenommen werden. Das war einer der Aufrufe. Aber das war – Entschuldigung – nicht von S., sondern von dem T. S.. Einer, der auch immer wieder – – Das geht aus diesen Briefkontakten auch sehr intensiv hervor.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Gut. – Dann haben Sie geschrieben, dass auch – ich zitiere – ein Thüringer zum KKK nach Schwäbisch Hall kam, und nennen auch keine Namen. Können Sie da Namen nennen oder nachliefern? Weil das ist immer so: Wenn ich höre, da gibt es eine Person, die nicht benannt wird, da möchte ich immer gern wissen, um wen es sich da handelt, dass wir da womöglich ihn auch als Zeugen vernehmen können.

Sv. Andrea Röpke: Ich habe persönlich so ein bisschen Probleme mit dem KKK in Deutschland. Ehrlich gesagt, habe ich ihn im Laufe der Jahrzehnte gelernt – – Nicht richtig – – Also jetzt, wo ich weiß dass C. S. mitgemischt hat und jemand wie T. R., also der verstorbene V-Mann „Corelli“, sehe ich das ein bisschen anders. Aber es war so eine Geschichte bei uns, dass wir immer so ein bisschen gesagt haben: Das ist nicht dasselbe, das ist nicht diese christlich-fundamentalistisch fanatische, rassistische Truppe wie in den USA, und die finden auch nicht den Zuspruch; das kommt hier nicht so gut an, wenn die sich dann auch noch inszenieren wie in Königs Wusterhausen. Das haben wir dann immer so ein bisschen mit spitzen – mit Handschuhen angefasst, und wir haben dann gesagt, wir befassen uns wirklich mit den militanten, gefährlichen terroristischen Strukturen, die greifbar sind, die vernetzt sind und die nicht so viel Show veranstalten. – Aber den Thüringer Namen kann ich natürlich noch mal nachschauen; klar.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Der ist ja auch deswegen wichtig, weil im KKK in Schwäbisch Hall, da waren eben auch Polizeibeamte, die dann die Vorgesetzten von der M. K. waren.

Sv. Andrea Röpke: Klar.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Und Sie haben ja diesen Satz gesagt: Wenn die M. K. nicht aus Oberweißbach gekommen wäre, hätten Sie womöglich den Schluss gezogen, sie ist als Polizeibeamtin ermordet worden ...

Sv. Andrea Röpke: Klar.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: ... und nicht aufgrund ihrer Herkunft. Insofern wäre mir das ganz wichtig, wenn ich da noch was bekäme.

Sv. Andrea Röpke: Ja, ich glaube, es war ein Musiker sogar auch, der aus Thüringen dazukam. Ich gucke das noch mal nach. Das kann ich auf jeden Fall noch nachliefern.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das wäre nett.

Wir hatten am Montag auch das Thema „Motiv für den Mord an der M. K.“, und da hat das Thema Waffen eine Rolle gespielt, ob solche Waffen womöglich als Trophäen besorgt werden sollten. Und jetzt haben Sie gesagt, dass Frau Zschäpe wohl Waffen an der Wand hängen hatte – das wäre ja so etwas, eine Trophäe – und dass auch der Uwe Mundlos und der Uwe – –

Sv. Andrea Röpke: Das waren aber historische.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Okay. Deswegen frage ich, ob Sie quasi aus diesen Berichten und dem, was wir am Montag diskutiert haben – nämlich ein Motiv gesucht haben, weil man da ja auch im Dunkeln schwebt – etwas dazu sagen können, ob diese Frage aus Ihrer Erfahrung und mit Ihren Kenntnissen – diese Affinität zu Waffen, dass man die sogar an die Wand hängt – – Können Sie diese These stärken?

Sv. Andrea Röpke: In der Geschichte des Rechtsterrorismus gab es gerade in den Siebziger-, Achtzigerjahren mehrere Versuche, Waffendepots zu überfallen. Da waren natürlich die NATO-Truppen. Wir haben das gerade in Niedersachsen, auch die Lüneburger Heide, wo natürlich viele stationiert waren. Da hat man Waffen beschafft. Also Waffen zu beschaffen und sie den Sicherheitskräften abzunehmen, das ist natürlich ein Indiz dafür. Aber in der Form wirklich also – – Das weiß man eigentlich auch von Diesner, von Berger usw., von denen, die Polizisten getötet haben, nicht, dass sie tatsächlich kurz vor ihrem Tod oder ihrer Verhaftung noch die Waffen genommen haben; so in der Form ist es mir nicht bekannt.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Mir fällt es halt deswegen auf, weil ja diese erbeutete Waffe in einem Bekennervideo eine besondere Rolle spielt und ich jetzt zum ersten Mal höre, Waffen werden an der Wand präsentiert. Da macht sich für mich so ein kleines Bild auf.

Sv. Andrea Röpke: Ja, sicher, so eine Trophäensammlung zu Hause. Wie gesagt, diese Anerkennung innerhalb der eigenen Bewegung, das ist denen schon ein wichtiges Kriterium. Also der G. hat ganz ehrfurchtsvoll von Böhnhardt und Mundlos gesagt: Das waren Macher. Und das waren natürlich sicherlich auch Macker. Also von daher ist es natürlich auch wichtig, dann tatsächlich solche Trophäen zeigen zu können. Das sieht man auch an den Aussagen in Thüringen, dass die immer wieder sagten: Der und der hat die Knarre. Und das waren natürlich die Polizistenwaffen. Aber dazu kann ich Ihnen leider auch nichts Genaueres sagen.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Und eine letzte Frage – die hat auch am Montag eine Rolle gespielt –: Sie haben ja uns aufgefordert, zu gucken in den Bereich „Organisierte Kriminalität und Rechte“. Und da gibt es ja Definitionsprobleme. Deswegen wollte ich von Ihnen noch mal genau wissen: Was verstehen Sie unter organisierter Kriminalität? Ausschließlich die organisierte Kriminalität, die mit Rockerkriminalität in Verbindung gebracht wird, also eine spezielle Truppe, oder haben Sie da noch andere organisierte Kriminalität im Blick?

Sv. Andrea Röpke: Nein, ich meine schon diese Schnittmengen. Wir hatten gestern in Hessen so ein Beispiel. Da ist der besagte und berühmte V-Mann-Führer A. T. aus Hessen, der selber den Präsidenten der Hells Angels in Kassel gut kannte. Und dann war er einmal der Präsident der Hells Angels in Kassel bzw. Offenbach, wo er früher wohnte – der geriet in eine Hausdurchsuchung, und man fand dann als völlig geheim eingestuftes Material der Behörden bei ihm. Daraufhin gab es dann Ermittlungen gegen Herrn T..

Ich will damit sagen: diese Schnittmengen zwischen dem Protagonisten der Ermittlungen – also Herr T. ist vielleicht da als V-Mann-Führer, aber er ist ja durchaus umstritten, er war am Tatort –, aber natürlich die Schnittmengen zwischen den Protagonisten der militanten Neonaziszene und eben dem Umfeld dort. Wenn tatsächlich in einem Nebensatz in der Vernehmung gesagt wird, M. K. war 2005 mit einem Türsteher befreundet, der dann aber wieder in den Westen gegangen sei, und man nur den Vornamen ermittelt und die Polizisten nicht nachhaken: „Wer ist der Typ eigentlich?“ – sie haben es ja bei dem Polizisten gemacht; aber bitte schön, Türsteher heißt: der gehört wahrscheinlich zu einer Gang dort in der Region, zu irgendeiner Gruppierung –, dann ist das für mich natürlich ein Indiz auch, dass sie durchaus vielleicht auch in ein Milieu Zugang hatte – oder vielleicht jemandem auf die Füße getreten ist oder wie auch immer –, das man durchaus analysieren sollte.

Also es sind mehrere Indizien, auch im Zusammenhang mit Zschäpe, die eben darauf hinweisen, dass es durchaus bis zuletzt auch diese Rockerkontakte gegeben hat.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Darauf ging meine Frage, ob Sie mit organisierter Kriminalität Rocker, Türsteher, Prostitution, Drogen meinen oder eben auch etwas darüber hinaus, weil organisierte Kriminalität ist etwas anderes.

Sv. Andrea Röpke: Ich meine schon den Bereich sehr speziell. Ich bin jetzt nicht – – Für Drogen haben wir keine Indizien bisher, wobei Drogen gegen Waffen ja auch sehr üblich ist. Aber ich meinte schon den speziellen Bereich.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das wollte ich wissen, und damit sind meine Fragen beantwortet.

Sv. Andrea Röpke: Ja, Entschuldigung.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Herr Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Röpke, Sie haben ja die ganzen Fragen hier sehr ausführlich beantwortet. Mich hat natürlich auch dieses KKK-Thema interessiert. Um noch mal nachzufragen: Wie schätzen Sie gerade vor allem hier in Baden-Württemberg die Verbindungen zur Terrorzelle ein? Das ist auch Montag nicht so klar für mich geworden, was da an Aussagen kam von dem Lokaljournalisten, soweit ich es verfolgen konnte. Die Frage: Wie schätzen Sie es ein? Gab es da eine besondere Verbindung, oder ist das ein besonderer Weg?

Und dann ein zweiter Punkt, zu den Waffen: Beschaffung der Waffen des NSU. Sie haben da gerade auch schon Ausführungen gemacht. Es gibt ja viele Möglichkeiten, Waffen zu beschaffen. Spielte Ihrer Meinung nach hier das Land Baden-Württemberg eine besondere Rolle, oder ist das ganz im normalen Umfeld der Beschaffung solcher Waffen einzustufen?

Sv. Andrea Röpke: Erfahrungsgemäß spielt Baden-Württemberg schon eine Rolle, weil es eben der direkte Kontaktweg oder direkte Weg auch in die Schweiz ist, also im Fall z. B. von – ich glaube, es war P.; nein, es war L., Entschuldigung – A. L., der dann Kontakte zu den „Hammerskins“ hatte, der Einreiseverbot in die Schweiz hatte, kurz nach seiner Haftentlassung sofort wieder in die Schweiz fuhr mit viel Geld und dort wohl Waffenläden aufsuchte und danach festgenommen wurde.

Also immer wieder natürlich diese Grenzpunkte, genauso natürlich Sachsen, Tschechien – ganz, ganz wichtig. Das sind natürlich Wege, die eine Rolle spielen, oder auch in Mecklenburg-Vorpommern. Anscheinend sind eben auch bestimmte regionale Größen, Ansprechpartner aus der Szene in diesen Grenzbereichen von Wichtigkeit. – Aber das reicht Ihnen, glaube ich?

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Frau Kollegin Gurr-Hirsch.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Uns interessieren natürlich die Verbindungen nach Baden-Württemberg. Da gibt es Tino Brandt als Chef des „Heimatschutzes“, der in der Region Heilbronn, in Hardthausen, ein Haus gekauft hat. Gibt es da für Sie eine Erklä-

rung, was mit diesem Haus geschehen sollte? Das hängt für mich ein bisschen unmotiviert in der Luft.

Sv. Andrea Röpke: Ich frage mich das auch. Man vertraut ja nicht irgendjemand so einen Deal an. Auch wenn er nur ein Strohhalm war und er ist tatsächlich nur eingesetzt worden, dann macht man das nicht mit irgendjemand. Also solche Geschäfte werden in der Naziszene sehr verstärkt gemacht. Also die machen es auch ganz stark über Zwangsversteigerungen, dass sie Strohleute einsetzen. Es ist nicht unüblich. Da haben wir einige Beispiele dafür.

Nur man muss sich natürlich fragen: Wer macht das? Wer sind diese Besitzer, diese wirklichen Besitzer des Hauses, die das Haus genutzt haben? Wenn man dann z. B. weiß, dass Tino Brandt mit einem M. F. und diesem Umfeld sehr stark verkehrt hat, und der F. sagt: „Meine ganze Verwandtschaft lebt in Heilbronn“, dann muss man sich natürlich vielleicht fragen: Wie weit geht das? Gibt es da Zusammenhänge? Also es ist auch sicherlich wert, da genau reinzuzugucken.

Man merkt auch gerade in der Praxis der Vernehmung, zumindest wie es an mich herangetragen wird oder wie ich es mitbekomme, dass zu oft an den falschen Stellen oder zu vorzeitig abgebrochen wird in der Vernehmung, anscheinend zu wenig nachgehakt wird, zu wenig interveniert wird. Neonazis haben Schulung ohne Ende im Umgang mit Polizei und Justiz. Also die sind geübt darin, sich rhetorisch zu verhalten, und da muss man einfach immer wieder bohren, nachfragen. Da, denke ich, ist sicherlich noch nicht alles erklärt. Also das ist zu einfach so gestrickt. Das kann so nicht sein.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie haben ja sehr weitgehende Kenntnisse. Wissen Sie etwa auch, von wem er das gekauft hat? Den Namen?

Sv. Andrea Röpke: Ich habe den Namen natürlich auch schon gehabt, wie alle anderen. Aber ich habe hier vor Ort da auch noch nicht weiter recherchiert. Mir ist er so nicht bekannt gewesen. Aber man müsste es natürlich noch mal im Zusammenhang – – Es ist natürlich immer schwierig, auch verwandtschaftliche Verhältnisse usw. zu recherchieren, Namen, die noch nie polizeilich aufgefallen sind, die uns nicht bei Demonstrationen aufgefallen sind. Es ist natürlich dann eine schwierige Recherche. Aber ich denke, hier vor Ort werden sicherlich noch einige sich darum kümmern.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Das kriegen wir heraus, wem der Vorbesitz gehört hat.

Sv. Andrea Röpke: Ach so, es geht um den Namen.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ja. – Dann habe ich noch eine weitere Frage. Da Sie die Szene schon lange beobachten, haben Sie vor 2011 im November schon einen

Verdacht gehabt, dass die Ceska-Morde und der Mord an M. K. in irgendeiner Weise zusammenhängen könnten?

Sv. Andrea Röpke: Nein, da war ich nicht so vorausschauend wie z. B. der Patenonkel von M. K., der ja da sofort anscheinend einen Zusammenhang – der aber selber auch Polizist ist. Nein.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Danke schön.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Frau Kollegin Haller-Haid.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Frau Röpke, Sie haben die NPD-Funktionärin E. S. erwähnt, die sich ja offensichtlich bei G. erkundigt hat, wie es dem Trio geht. Sind Ihnen Kontakte zwischen dem Trio und der E. S. bekannt? Ich habe ich schon mal gehört, dass Beate Zschäpe bei einer Schulung oder irgend so was Ähnlichem bei E. S. war und dass da auf jeden Fall Kontakte bestanden haben.

Sv. Andrea Röpke: Also E. S. ist natürlich eine Frau, mit der wir seit Jahren auch gerade im Zusammenhang mit Kindererziehung, mit rechten Frauen sehr viel zu tun haben. E. S. ist sehr einflussreich, gilt als absolute Hardlinerin, kommt natürlich in zweiter, dritter Generation. Ich habe jetzt gerade wieder mit ihrer Tochter zu tun, die auch wieder in der Szene verankert ist. Also es wird eine Generation weitergegeben.

E. S. ist natürlich jemand, die auch in diesem Umfeld der „Hetendorfer Tagungswochen“ von J. R. eine Rolle spielte. Beate Zschäpe nahm nachweislich – ich glaube, 1997 war es; Entschuldigung, da muss ich auch noch mal nachgucken – an den „Hetendorfer Tagungswochen“ in der Lüneburger Heide teil. Wir haben natürlich keine vollständigen Mitgliederlisten, weil wir nur draußen stehen konnten. Ich glaube, es war 97. Es kann durchaus sein – das sind ja sehr zentrale Lager gewesen; die Beate Zschäpe ist mit A. K. von Thüringen aus dann in dieses Neonazizentrum von R. gefahren, die „Wiking-Jugend“ ist dort immer wieder aufgetreten, die „Artgemeinschaft“ war vertreten, und erfahrungsgemäß ist das natürlich genau das Milieu, in dem sich auch E. S. bewegt hat –, dass die sich tatsächlich intensiver über den Weg gelaufen sind, wobei wir über diese völkischen Parallelen relativ wenig noch wissen, dass sich die drei – – Aber sie waren eben durch und durch gefestigte Gesinnungstäter, völlig überzeugte. Das heißt, dass sich natürlich diese Bahnen von Neonazi-Aktivisten wie F. R. oder E. S. kreuzten, das ist sehr, sehr wahrscheinlich. Und gerade auch das Umfeld, also gerade einer wie Ralf Wohlleben wird E. S. sehr gut gekannt haben oder kennen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Kollege von Eyb.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Frau Röpke, Sie sprachen davon, dass die rechte Szene in erster Linie Botschaften nach innen sendet und nicht nach außen. Gehen Sie davon aus, dass dieses Trio, wenn sie zu Besuch in Baden-Württemberg waren, von ihren Morden bei ihren Besuchen berichtet haben, um ein Zeichen nach innen zu geben, oder ist es aufgrund Ihrer Recherchen auch durchaus möglich, dass man hier zwar Genossen besucht hat – „Genossen“ ist vielleicht jetzt der falsche Ausdruck –, ...

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Der ist völlig verfehlt.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Sv. Andrea Röpke: Kameraden.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: ... Kameraden aus dieser Szene, aber diesen Umstand, der doch über das Normale auch in dieser Szene weit hinausgeht, für sich behalten hat?

Sv. Andrea Röpke: Also, ehrlich gesagt, gehen wir schon davon aus, dass sie in bestimmten Kreisen auch durchaus Bescheid wussten. Allein schon dieser – für mich ist es wirklich ein Indiz; das sehe ich etwas anders als andere Kollegen – „Döner-Killer“-Song, also dieser Song der Band „Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten“, 2010 auf den Markt gekommen, der diese Ceska-Mordserie thematisiert und ausgerechnet aus dem Heckertgebiet von PC Records produziert und herausgegeben wurde, also aus diesem Gebiet – Und der Gründer von PC Records, der war ein enger Freund von Uwe Mundlos. Das heißt, über bestimmte Schienen gehen wir einfach davon aus, dass durchaus man wusste, dass es eine Verbindung zu dieser Mordserie gibt. Aber das ist natürlich auch eine der Aufgaben, die wir weiterverfolgen müssen.

Wie das natürlich in Baden-Württemberg jetzt war, das kann ich im Einzelnen nicht sagen. Ich vermute eher, dass es erst mal darum ging: Wir sind im Untergrund, wir leben da, uns geht es gut, wir haben das im Griff, aber wir brauchen eben weiterhin auch diese legale Unterstützung.

Was auch noch wenig bekannt ist, ist ja dieser wahnsinnige Aufwand, den sie betrieben, oder dieser ganze Fundus im Brandschutt in der Frühlingsstraße 26 an Krankenkassenkarten, Ausweispapieren, und es ist mitnichten so, wie die Behörden es offiziell darstellen, dass alle der aufgefundenen Papiere nicht auffälligen Nicht-Rechten gehören. Also es gibt durchaus Beispiele dafür, dass Papiere gefunden wurden von Leuten, die ganz, ganz eng an der Chemnitzer Neonaziszene dran sind, die hoch spannend sind, und da müsste man wahrscheinlich in Baden-Württemberg auch noch genauer hinschauen. Nur weil die Leute nicht vordergründig erkennbar sind, heißt das noch nichts. Aber irgendwie müssen sie ja an diese ganzen Ausweispapiere auch gekommen sein. Und auch die vielen Kennzeichnungen auf den Karten, das sind natürlich auch Indizien.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Ich will das ergänzen, weil Sie hatten eingangs gesagt, dass man hier möglicherweise zu viel mit verdeckten Ermittlern gearbeitet habe und möglicherweise sich um andere Themen hätte verstärkt kümmern müssen. Der Gedanke, den ich hatte, war der: Wie will man denn dann im Zweifel solche Dinge – wenn sie in der Szene tatsächlich berichtet werden – herausbekommen, wenn man nicht arbeiten würde mit Menschen, die dann aus dieser Szene heraus entsprechend eben darauf hinweisen könnten, dass hier etwas geschehen soll oder geschehen ist?

Sv. Andrea Röpke: Mit Verlaub: Bevor das 2011 losging, habe ich ein einziges Mal die Chance gehabt, mit einem V-Mann zu sprechen. Das war ein V-Mann des Landesamts für Verfassungsschutz, ein langjähriger – damals, das Amt auch noch von Röder geführt –, und schon damals habe ich Zweifel bekommen. Ich habe gedacht, das kann nicht wahr sein. Der Mann wollte raus, und er wurde immer wieder angestoßen, weiterzumachen. Er hat wahnsinnig viel Geld kassiert, und mich hat das schon damals sehr zweifeln lassen.

Und jetzt, nach drei Jahren Recherche, geht es mir natürlich wie vielen anderen, auch Kollegen oder auch Betroffenen, dass es tatsächlich so ist, dass ich mich wirklich frage: Ist es ethisch vertretbar, ist es finanziell vertretbar, und was bringt es? Wie sehr lässt sich tatsächlich der Staat manipulieren durch solche Menschen?

Ich wundere mich allen Ernstes – wir hatten es gestern in Hessen –: Wenn jemand wie B. G., der geführt wurde vom Verfassungsschutz in Hessen als Informant für die Deutsche Partei – eine eigentlich seit 2005 völlig unwichtige, auch in Hessen unwichtige Partei –, sich aber in engsten „Combat 18“- und „Blood & Honour“-Kreisen bewegt und dann dazu anscheinend kaum Aussagen macht – zumindest gibt es keine Berichte –, dann frage ich mich wirklich: Was soll das? Warum werden diese Leute zweimal im Monat getroffen, warum bekommen die 250 € im Monat, wenn dann doch so am Thema vorbei gearbeitet wird und wenn man auch unterstellen muss: Der G. – das wundert mich eben auch, und das ist sehr typisch für die Szene für V-Leute – ist noch heute befreundet mit den Leuten, die er eigentlich verraten hat. Wie kann so was gehen? Das heißt doch, er hat sie gar nicht verraten.

Ich würde einfach sagen: Diese ganze V-Mann-Praxis kann so nicht weitergeführt werden. Es ist nicht effektiv. Mein Rat oder mein Vorschlag wäre wirklich: Die Asservate, die Beschlagnahmungen, die die Polizei hat, müssen vernünftig von Fachleuten ausgewertet werden. Es gibt so viel Infomaterial. Das ist jetzt klar geworden. Das war uns nicht annähernd klar, was wirklich zur Verfügung gestanden hat. Man hat doch teilweise die Rezepturen schon gehabt. Genau so haben sie doch gehandelt. Aber es ist eben auch nicht vernünftig ausgewertet worden. Wenn solche Listen wie die Garagenliste tatsächlich verstauben, dann muss man sich wirklich fragen: Sind da adäquate – – Sind da wirklich effektive, gut geschulte Kenner der Behörden am Werk gewesen, oder muss man nicht auch daran arbeiten?

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Weitere Frage, Frau Kollegin Häffner.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Danke, Herr Vorsitzender. – Frau Röpke, ich möchte zu dem Bereich Nürnberg kommen, zu dem Mordopfer S.. Es ist ja bekannt, dass er holländische Blumen verkauft hat.

Sv. Andrea Röpke: Ja.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Gleichzeitig habe ich jetzt mit Aufmerksamkeit gelesen vom Untersuchungsausschuss im Bund, dass Sie in Bezug auf A. E. gesagt haben, dass er Lkw-Fahrer war und holländische Blumen transportiert hat.

Jetzt die Frage: Kennen Sie Verbindungen zu diesen zwei Personen? Haben Sie in der Zwischenzeit Erkenntnisse darüber gewonnen? Wie ist Ihr Sachstand dazu?

Sv. Andrea Röpke: Nein. Spannend ist nur ein Umstand gewesen: Also A. E. ist, glaube ich, einer der Angeklagten, zu dem viel zu wenig bekannt ist, der für mich einer der ganz, ganz wichtigen Protagonisten ist, ebenso wie seine Frau auch. Bei A. E. ist z. B. der Umstand – – Das Einzige, was wir jetzt herausgefunden haben oder noch mal nachweisen konnten, ist, dass er tatsächlich zum Zeitpunkt eines der Anschläge in Köln 2004 mit dem Lkw vor Ort war. Er war 50 km entfernt von Köln, hat sich dort mit seinem Lkw befunden, ich glaube, in der Nähe von – – Ich muss nachgucken. Ich habe es auch geschrieben, aber mittlerweile ist es so ein Fundus. Aber tatsächlich hat er dort mit einer Kreditkarte Geld eingelöst. Er war zu dem Zeitpunkt mit dem Lkw dort. Es ist ja immer noch unklar, wie die Bombe dort hintransportiert wurde, wie die Fahrräder hintransportiert wurden. Sie hatten ja nur ein kleines Fahrzeug. Also A. E. und seine Fahrtrouten sind da durchaus auch eine spannende Geschichte. Aber im Hinblick auf die holländischen Blumen habe ich auch nicht weiter – –

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Eine weitere Frage habe ich: Haben Sie Erkenntnisse von Kommunikationsebenen von Frau Zschäpe jetzt aus der Haft raus in die Szene rein bzw. andersrum von der Szene rein? Kennen Sie da Verbindungen bzw. auch tatsächliche Kommunikationswege?

Sv. Andrea Röpke: Also bei Frau Zschäpe weiß ich natürlich auch nur von diesem Briefverkehr mit R. S., der uns wirklich schockiert hat, also ausgerechnet S., der nun wirklich einer der Hardliner ist. Das ist auch nicht schlau. Das ist einfach eine fanatische Art, zu jemand, der selber so ein Bekenntnis zur „Combat 18“ hatte, der selber geschossen hat, dann diesen Briefkontakt auch zu halten.

Aber wir wissen z. B. bei Ralf Wohlleben, dass der im Gefängnis eben auch von – das ist ja schon der Nachwuchs, die nächste Generation – militanten, also wirklich gewaltbereiten Neonazis wie S. R. auch Besuch erhält, dass es organisiert wird, dass seine Frau unterstützt wird. Dann weiß man natürlich von diesem Solidaritäts-Sampler-Tonträger für Wohlleben. Wir wissen von Kontakten des Angeklagten G.,

der unter dem Zeugenschutz des BKA Neonazis getroffen hat – also solche Dinge. Aber zu Frau Zschäpe selber auch nicht weiter darüber hinaus.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Kollege Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Frau Röpke, ist Ihnen in Ihren Recherchen schon mal der Begriff „Standarte Württemberg“ untergekommen?

Und zweite Frage: Sie erwähnten vorhin so in einem Nebensatz einen „Stoßtrupp Nagold“. Können Sie mir sagen, was es damit auf sich hat?

Sv. Andrea Röpke: Also da muss ich jetzt wirklich passen. Das tut mir leid. Ich kann Ihnen da gern noch etwas nachliefern. Also mir sind die Strukturen bekannt. Mir ist bekannt, dass sie verboten wurden, auch Nagold. Aber da müsste ich auf jeden Fall noch mal nachschauen, weil es mittlerweile eine Fülle von militanten Organisationen ist und ich mich da zu wenig auskenne.

Abg. Thomas Blenke CDU: Zu beiden?

Sv. Andrea Röpke: Ja, zu beiden. Also wie gesagt, ich kenne nur diese Verbindung zu Herrn F., der auftaucht in den Briefen und der diesem „Stoßtrupp Nagold“ nahestand. Aber zur „Standarte“, die Verbindung weiß ich leider nicht. Da kann ich auch dann vielleicht noch an die späteren Kollegen verweisen, die sich damit vielleicht besser auskennen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Kollege Sakellariou.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Frau Röpke, Sie haben erwähnt, dass die M. K. einen Türsteher als Freund hatte. Können Sie mir sagen, in welchem Zeitraum das gewesen sein soll, und wissen Sie mehr über die Person außer den Vornamen? Weil wir müssen ja in diesen Bereich wahrscheinlich genauer hinschauen.

Sv. Andrea Röpke: Mir ist es nur aufgefallen, dass es erzählt wurde von einer Freundin und dass er nur als C. bezeichnet wurde. – Moment, ich schaue noch mal genau nach. – Und dann wurde anscheinend auch nicht weiter – – Mir ist das auch nur so zugetragen worden. Es sei 2005 in etwa gewesen. Er wurde als Türsteherfreund bezeichnet, C. in Oberweißbach, und er sei dann wohl in den Westen gegangen. Das sind die Informationen, die ich bekommen habe, und da ist nicht weiter interveniert worden. Aber in der Vorbereitung für den heutigen Tag ist mir es aufgefallen. Aber ein bisschen mehr Zeit, dann kann man sich natürlich noch mal genauer damit beschäftigen.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Vielen Dank.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Jetzt habe ich zum Schluss noch eine Frage. Sie haben vorher gesagt, dass es eine historische Trophäenwaffensammlung in der Wohnung von der Frau Zschäpe gab. Haben Sie Erkenntnisse oder Einschätzungen, inwieweit die Waffen, die in Heilbronn verwandt wurden, also eine polnische Radom aus dem Zweiten Weltkrieg und eine Tokarew Modell 33, die man ja vielleicht auch schon als historische Waffen bezeichnen kann, dazu passen?

Sv. Andrea Röpke: Nein. Da habe ich keine Erkenntnisse. Ich kenne nur die Kopien. Ich habe natürlich diese Kopien gesehen von den Waffen. Das waren teilweise – – Oh Gott, ich weiß immer gar nicht, wie die heißen. Das waren so Keulen und solche Dinge. Aber es war auch, glaube ich, irgendein Gewehr, was zu sehen war, was wirklich über der Wohnzimmerecouch hing. Aber es war keine Pistole, sondern eher ein Gewehr. Tut mir leid, da kann ich auch nicht – –

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. – Keine weiteren Fragen.

Dann darf ich mich recht herzlich bei Ihnen bedanken für Ihr Erscheinen und vor allem für die geduldige Auskunft. Ich darf Sie jetzt entlassen als Sachverständige. Vielen Dank.

Sv. Andrea Röpke: Danke.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ich darf den Herrn Sachverständigen Professor Hans Joachim Funke nach vorn bitten.

Sachverständiger Dr. Hans Joachim Funke

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herzlich willkommen, Herr Professor Dr. Funke.

Sie haben vorher mitbekommen die Belehrung der Frau Sachverständigen. Haben Sie dazu noch Fragen?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Nein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. Dann kommen wir gleich zu der Anhörung selbst. Ich darf Sie bitten, dem Ausschuss Ihren Vor- und Zunamen, Alter und Ihre Berufsbezeichnung mitzuteilen und dann noch uns ergänzend mitzuteilen, ob die für die Ladung verwendete Anschrift nach wie vor aktuell ist.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ist aktuell. Mein Name ist Hans Joachim Konrad Funke. Ich bin 70 Jahre.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. Berufsbezeichnung?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Professor.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Sie haben auch vorab signalisiert, dass Sie zunächst im Zusammenhang berichten wollen und anschließend dann Fragen gestellt werden können. Ich bitte um Ihren Einstiegsbericht.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Gern. Ich danke Ihnen, dass Sie mich geladen haben und dass Sie versuchen, das Rätsel von Heilbronn und andere zu lösen.

Wie er es empfinde, dass es lange Zeit kein Ergebnis in den Ermittlungen gegeben habe, will Richter Manfred Götzl wissen. Einen Moment denkt M. A. nach: „Unzufrieden! Denn das Motiv fehlt, das ist nicht da.“

Und das führt uns in die Mitte der Probleme, die wir nach wie vor haben, und ich will auch dazu kurz Stellung nehmen.

Trotz aller Beschwörungen – oder des bisherigen Kenntnisstands – der Generalbundesanwaltschaft, in Heilbronn handelten die Täter des NSU allein, ist festzuhalten, auch wenn dies den Prozess in München infrage stellen mag: Nach wie vor sind Täter und Motiv für den Mord an M. K. und den Anschlag auf M. A. ungeklärt. Im Bericht der EG „Umfeld“ steht, dass es keine Zweifel an der Zwei-Täter-These gibt. Diese Behauptung lässt sich nicht halten. Der Bericht akzeptiert schlicht die These der Anklageschrift. Er bestreitet damit, was noch die Soko „Parkplatz“ vor 2011 an Hinweisen bietet, dass es vermutlich vier bis sechs bzw. Mittäter waren, u. a. die, die mit blut-

verschmierten Händen bzw. Kleidungsteilen von der Theresienwiese vor allem nach Süden bzw. nach Südosten flüchteten.

Es gibt, unabhängig voneinander, von ihnen gemachte und von M. A. gemachte Phantombilder, die Ähnlichkeit mit den beiden vermeintlichen Alleintätern Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt keineswegs zeigen, auch das von M. A. Das heißt, man unterstellt etwas, was so nicht ausermittelt ist. Der außerordentlich kundige Clemens Binninger hat im Bundestag, aber auch hier darauf sehr eindrucksvoll hingewiesen. Deswegen könnte es auch Gegenstand Ihres Ausschusses sein, zu fragen, warum den unabhängig voneinander gemachten Zeugenaussagen nicht angemessen nachgegangen wurde, warum Staatsanwalt M. drei oder mehr Bilder nicht veröffentlichen wollte, obwohl das LKA es wollte, und wer dafür politisch verantwortlich ist, was die Gründe sind, warum Soko-„Parkplatz“-Chef M. mit Analogien ausgeschlossen hat, dass die Blutverschmiertheit von Bedeutung sei. So habe ich es im Bundestag im Ausschuss gehört.

Weiter: Warum sind Laptop und Handys von M. K. nicht systematisch rekonstruiert worden? Auch der von Andrea Röpke eben angesprochenen Aussage von M. W., dem Onkel von M. K., hätte man mehr Bedeutung zubilligen können, und vielleicht muss das nachgeholt werden. Immerhin weiß M. W. sehr viel, nicht nur dass die ein enges Verhältnis hatten, jedenfalls zeitweise, sie und ihr Onkel, sondern er ist in einer Szene tätig, als Kriminalpolizist im Staatsschutz, die nicht nur Rechtsextremismus betrifft, sondern – was Sie eben auch diskutiert haben – den gesamten Bereich der OK, eigentlich der Prostitutionsdinge, ob legal oder nicht.

Auch hinzuweisen ist auf die Bedeutung – Andrea Röpke hat darauf hingewiesen – der Rolle des Lockvogels oder der „Lockvögelin“ von M. K. in den Monaten und Wochen vor ihrem Mord.

Am Tatort befanden sich neben gewalttätigen Rechtsextremisten Personen von Sicherheitsbehörden in nicht zureichend geklärter Funktion. Das würde ein Blick in die Heilbronn-Akte vertiefen können. Es waren Mitglieder der Einheit von M. K. da, und ich höre, auch ein oder mehrere V-Leute.

Was ist mit der nicht zureichend geprüften Spur M. B., die offenkundig vorhin schon angesprochen ist, weil sie eine der besten Freundinnen von M. K. war und weil sie mit T. G. indirekt zusammenhängt, also einem der zentralen „Hammerskin“-Leute, die auch Kontakte nach Baden-Württemberg hatten?

Man kann prüfen, wer alles da war in dieser ungeklärten Situation vor und nach dem Mord an M. K., am Beispiel der Präsenz des Polizisten D. S. Von ihm wird berichtet, dass er Personenkontrollen nach dem Mord durchgeführt hat, nur zehn Minuten, obwohl er freihatte, das heißt nicht im Dienst, ohne Waffe, ohne Schutzweste, auf der Suche nach den Mördern oder in anderer, nicht geklärter Funktion. Warum ist dieser Polizist oder Verfassungsschützer – das eine vorher, das andere nachher

oder umgekehrt – nicht angemessen befragt worden? Was hat es zu bedeuten, dass er, in welcher Funktion auch immer, diese Personalkontrollen hat durchführen sollen bzw. können?

Das gilt auch für andere Mitglieder der BFE – zu prüfen, was T. G. in diesen Stunden dieses Tattags getan und nicht getan hat, und andere.

Also wenn Sie es schaffen – wie ich lese –, dass Sie die Akten ungeschwärzt vollständig bekommen, dann können Sie das womöglich klären, und das würde den Mühlstein von Baden-Württemberg wegnehmen, dieses Rätsel nämlich doch vielleicht noch zu lösen.

F. H. ist am 16. September gestorben. Er ist verbrannt. Alles spreche dafür, so lese ich die Akten, dass es ein Selbstmord war. Aber ob aus Liebeskummer oder weil die Noten zu schlecht waren, ist vielleicht zu überprüfen mit genaueren Daten und Hinweisen. Sie werden das offenkundig, wie ich vorhin hörte, tun. Ich finde das sehr gut. Er soll, und zwar schon vor dem Aufdecken des Trios, also schon im Juli 2011, Aussagen vor der Polizei gemacht haben. Die Aussagen wurden ernst genommen. Er soll – – Jedenfalls ist das auch zu prüfen, ob es da Akten gibt.

Die Aussagen jedenfalls wurden so ernst genommen, dass ein Zeugenschutzprogramm diskutiert worden ist, dass BIG Rex ein Aussteigerangebot gemacht hat. Das sind anderthalb Jahre. Und was ist da an Berichten? Gibt es da nichts? Bisher wissen wir davon nichts. Bisher weiß der Bundestag – damals – nichts, und auch die EG „Umfeld“ berichtet nicht darüber. In Enquetekommissionen hörten wir darüber nichts. Aber da ist etwas, was Sie die Chance haben einzusehen, um vielleicht ein vollständigeres Bild über das, was in diesen Tagen und vorher, in den anderthalb Jahren vorher, mit F. H. passiert ist, zu erfahren. Und das sind Fragen, die auf die Zeit vor dem kriminaltechnisch rekonstruierten Ende von F. H. sich beziehen.

Nach meinem Stand – – Wie gesagt, das sind eher Fragen; vielleicht sollte ich es auch direkt als Fragen formulieren: Ist F. H. zur Zusammenarbeit mit BIG Rex angehalten worden? Wie kann es sein, dass er seine Handynummern gewechselt hat und am nächsten Tag von Rechtsextremen angerufen wurde? Gab es eine Falle zwischen Sicherheitsbehörden und dem Kontakt zu den Rechtsextremen, in die er psychisch geraten ist? Wuchs der Druck bis zu einem unaushaltbaren Maß, anderthalb Jahre? Gab es Drogenkurierdienste für die OK-Rechtsextremen-Szene? Ist es von Bedeutung, dass er auf einem Bild zu sehen ist mit einem der Brüder S., die wiederum als interessante Hinweisgeber für den Mord an M. K. galten und gelten in den Akten? Ist das von Bedeutung? Ist dem nachgegangen worden? Ist dem systematisch nachgegangen worden? – Das sind einige der Fragen, die es zu klären gilt.

Es gilt auch zu klären, was an dem Wochenende wirklich passiert ist. Sie versuchen es. Ich bin sehr gespannt. Jedenfalls höre ich aus dem Umfeld der Familie, dass es eine gravierende Veränderung des Auftretens von F. H. in dem Moment gegeben hat, in

dem er einen Anruf bekommen hat am Sonntagnachmittag und nicht nur die Angst und Todesangst vorher, von denen er laut Akten berichtet hat, sich wiederholt hat, sondern gesteigert hat. Wer um Gottes willen hat ihn angerufen? Ist das noch rekonstruierbar? Gibt es dazu womöglich rekonstruierbare Daten? Bisher konnte ich das nicht in meinen Zugängen erkennen. Man darf aber diese Fragen auch nicht ausschließen, solange es nicht klar ist, aus welchen Motiven und in welcher Weise im Einzelnen er gestorben ist.

Und lassen Sie sich die Ermittlungsakten geben. Es gibt zwei davon. Die eine heißt Az. 5 UJs 9675/14 und die zweite UJs 8127/13.

Dann zu den Netzwerken, einem dritten Punkt, der auch anschließt ein wenig an das, was Andrea Röpke formuliert hat. Ich hatte schon anfangs darauf hingewiesen, dass die Bestreitung von Beziehungen zwischen Rechtsextremen in Baden-Württemberg und dem NSU im „Umfeld“-Bericht Reinhold Galls vom 12. Februar letzten Jahres selbst umstritten ist. Dazu hat, denke ich, Andrea Röpke einschlägig Auskunft gegeben.

Etwas anders als Andrea Röpke bin ich durchaus der Meinung, dass die KKK-Fragen relevant sind. Das bezieht sich nicht nur auf den V-Mann des Landesamts für Verfassungsschutz, A. S. – der übrigens, als ich in einer Begegnung mit dem Landesamt war, bestritten wurde, V-Mann gewesen zu sein. Das ist ein Problem, wenn man etwas aufarbeiten will, dass es eine gewissermaßen totale Nachrichtensperre über bestimmte Bereiche gibt und man dann deswegen einfach blockiert wird. Und wenn Sie das durchbrechen in einer geeigneten Weise, ohne den oder jenen zu gefährden und ohne gleich in den Geruch des Geheimnisverrats zu kommen, dann wäre das ein immenser Fortschritt.

Und das gilt natürlich für T. R., also für „Corelli“. Auch er hatte mit KKK zu tun. Und Einzelne aus diesem KKK-Umfeld haben ja Kontakt gehabt – das hat Dirk Laabs aufgedeckt – mit Dennis Mahon, dem, der für Oklahoma verantwortlich sei. Mit anderen Worten: Diese KKK-Struktur ist zwar nicht so zentral wie B & H, also „Blood & Honour“, und „Hammerskins“, vor allem in den Tausenderjahren, aber doch von gleichem ideologischen und praktischen Schrot und Korn.

Die Kontakte haben Sie schon beschrieben, auch die Bedeutung der Blut-und-Ehre-, „Blood & Honour“-Leute um J. W. und andere, T. S., die „Hammerskins“, J. P., auch in seiner Bedeutung zur Türsteherszene in Bereichen, die vielleicht auch von M. K. gestreift worden sind. Dem ist nachzugehen.

Ich habe den Eindruck gewonnen, dass dies von Ihnen sehr ernsthaft versucht wird und Sie ein ambitioniertes Programm haben, wie Sie es formuliert haben, Herr Drexler, in der Presse, aber dass Sie es auch wollen, dass Sie aufklären wollen. Und dazu wünsche ich Ihnen Glück. – Ich danke Ihnen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Funke.

Ich habe jetzt einige Fragen. Zuerst mal zu der Frage F. H.. Sie haben da auf der „WordPress“-Seite vom 15. September 2014 ungefähr das Gleiche geschrieben, was Sie jetzt gerade gesagt haben, nämlich dass F. H. bereits im Juli 2011 Entscheidendes in einer Vernehmung preisgegeben habe. Er habe sogar u. a. auf einen kroatischen Söldner verwiesen. Und den Sicherheitsbehörden sei klar gewesen, dass er dadurch gefährdet gewesen sei, und es sei deshalb ein Zeugenschutzprogramm vorgesehen gewesen. Woher haben Sie diese Informationen?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Zum einen habe ich es in einer der Akten des Bundestagsuntersuchungsausschusses gesehen, und zum anderen aus dem Umfeld der Familie.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Aus dem Umfeld der Familie. Gut. – Sie haben dann weiter berichtet, es gebe informelle Hinweise aus Polizeikreisen, dass bei F. H. Knochenbrüche festgestellt worden seien. Haben Sie das bloß vom Hörensagen, oder haben Sie da einen direkten Kontakt mit Polizeibeamten gehabt?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ich habe das vom Hörensagen und habe das nicht weiterverfolgt, auch weil es eine – wie soll man sagen? – nicht genügend belastbare, mehrfach getestete Vermutung ist. Insofern habe ich das nicht weiter verfolgt und wieder zurückgestellt. Und es ist nicht ausgeschlossen, aber es ist fraglich.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ja, ja. – Laut Ihren Angaben soll auch der F. H. um Mitternacht noch elektronisch das Bild eines Fahrzeuges gesendet haben. Haben Sie Kenntnis davon, wer dieses Bild erhalten hat?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ich habe das Bild gesehen. Ein schnittiges – – Wie wenn man so gut drauf ist und „Macker“ ist, wie Andrea Röpke gesagt hat. Wie man ein solches Auto so nutzt, das wurde abgebildet, ohne Kommentar. Und das war in der Mitternachtszeit, also zwischen null und ein Uhr.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Also vor dem Tag, wo er sich – –

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: An dem Tag.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: An dem Tag.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Am Beginn des Tages, an dem er tot aufgefunden wurde.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Und da war das Fahrzeug drauf und er selber auch?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Bitte?

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Da war das Fahrzeug drauf und er selber auch?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Nein, nur das Fahrzeug.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Nur das Fahrzeug?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ja. Das war – –

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Aber das Bild kam von ihm?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Dann haben Sie im Artikel der KONTEXT: Wochenzeitung gesagt, die These, M. A. könne sich an nichts erinnern, sei eine bewusste Lüge. Woraus schließen Sie das?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Na ja, wenn die Akten etwas anderes sagen und die Akten da sehr deutlich sind und es ein Phantombild von ihm gibt und man dann bestreitet, dass es etwas von ihm gebe, dann habe ich es riskiert, zu sagen, das muss bewusst gewesen sein, das war kein Zufall.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Dann haben Sie in einem weiteren Artikel über eine „Standarte Württemberg“ geschrieben oder erwähnt die „Standarte Württemberg“. Können Sie uns was über diese „Standarte Württemberg“ sagen, über die Gruppierung?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ich beziehe mich da auf einen Mailkontakt und eine entsprechende öffentliche Äußerung hiesiger Landesbehörden, dass Ende Juli 2011 das LKA Baden-Württemberg in den Landkreisen Ludwigsburg, Böblingen, Sigmaringen, Heilbronn, im Rems-Murr-Kreis und in Karlsruhe 21 Wohnungen und Gartengrundstücke mutmaßlicher Rechtsextremisten wegen Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung sowie Verstößen gegen das Waffen- und das Kriegswaffenkontrollgesetz durchgesucht hat.

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart warf den 18 Beschuldigten im Alter von 17 bis 49 Jahren vor, eine kriminelle Vereinigung namens „Standarte Württemberg“ gegründet zu haben. Ziel dieser Gruppierung sei es gewesen, Ausländer mit allen Mitteln aus Deutschland zu vertreiben. Hierzu sollten auch Schusswaffen und andere Waffen beschafft werden, um sie gegen Personen ausländischer Herkunft einzusetzen.

In der Pressemitteilung des LKA hieß es weiter, die gemeinsamen Ermittlungen mit der Staatsanwaltschaft Stuttgart hätten im März 2011 begonnen und würden sich gegen Verdächtige richten, die alle wegen rechtsextremer Umtriebe bereits bekannt sind.

Nach derzeitigem Ermittlungsstand bestünden allerdings keine konkreten Anschlagplanungen. Neben Waffen, Propagandamaterial habe man mehrere noch auszuwertende Notebooks, PCs und Festplatten sichergestellt.

Im Jahresbericht 2011 des LKA über politisch motivierte Kriminalität, veröffentlicht 2012, ist über die „Standarte Württemberg“ zu lesen, dass sich die Gruppe ab November 2010 gebildet habe und dass die Ermittlungen vom LKA BW in Kooperation mit der PD Waiblingen geführt worden seien.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Danke. – Dann haben Sie in dem offenen Brief, den Sie an den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg geschrieben haben, vom 8. Januar 2015 gesagt, dass die Akten von der Soko „Parkplatz“ so verzögert beim Untersuchungsausschuss des Bundestags eingegangen seien, dass sie nicht mehr Gegenstand der Arbeit sein konnten. Haben Sie das aus der Presse jetzt, weil die Presse darüber geschrieben hat, oder haben Sie da eigene Erkenntnisse, dass das so war?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ich habe das aus den Bundestagsuntersuchungsausschussprotokollen und den Ergebnissen. Ich glaube, es war im ausführlichen Ergebnisbericht auch angedeutet. Wie jetzt die Verzögerung zustande gekommen ist, ob es sozusagen – – Weiß ich nicht. Jedenfalls konnten sie leider nicht mehr eingeführt werden, was gerade angesichts der Kompetenz der beiden Baden-Württemberger in diesem Ausschuss, also Herrn Wolff und Herrn Binninger oder Herrn Binninger und Herrn Wolff – – Beide gehörten zu den besten und intensivst Nachforschenden innerhalb des Gesamtgremiums. Sie konnten nicht mehr mitbearbeitet werden. Es ist ja auch schade, dass Herr Wolff nicht mehr weitermachen kann – in dieser Rolle, versteht sich.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: In diesem offenen Brief sprechen Sie auch einen Geheimbund in Heilbronn an, der in den Akten beschrieben, aber bisher von – Zitat: „Ihren Sicherheitsbehörden“; damit meinen Sie die baden-württembergischen Sicherheitsbehörden; Sie richten sich mit Ihrem Schreiben ja an den Herrn Ministerpräsidenten – noch nicht einmal benannt worden sei.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Jetzt bin ich bei dem „I“ hängen geblieben. Also es war ein großes I. Was war der erste Teil des Satzes, den Sie zitiert haben?

Vorsitzender Wolfgang Drexler: In diesem offenen Brief sprechen Sie einen Geheimbund in Heilbronn an, der in den Akten beschrieben, aber bisher von – Zitat – „Ihren Sicherheitsbehörden“, also von den baden-württembergischen, noch nicht einmal benannt worden sei.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Es gibt nach diesem Berichtsstand aus den Akten in beträchtlichen Zeiträumen zuvor – also ich kann das jetzt nicht in Jahren bemessen und müsste da nachblättern – eine Gruppe um einen rechten Burschenschaftler, die sich mit anderen „Geheimbund“ genannt hat.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Danke. – Herr Pröfrock.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Herr Professor Funke, Herr Kollege Drexler hat vorher schon die Frage nach den Knochenbrüchen bei F. H. gestellt. Ist Ihnen bekannt, ob im Bericht der Obduktion von Herrn F. H. etwas von Knochenbrüchen steht?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ich habe einen Bericht gelesen – ich weiß nicht, ob es mehrere gibt –, und in diesem Bericht ist vor allem von den Schädigungen durch einen

Medikamentencocktail die Rede gewesen. Es fehlt eine Untersuchung des körperlichen Zustands ansonsten in diesem Obduktionsbericht. Das hat mich gewundert. Insofern mag es sein, dass dazu in anderen Akten mehr zu lesen ist. Wie gesagt, ich habe diesen Hinweis aus Polizeikreisen indirekt vermittelt bekommen, aber es ist eine private Mitteilung. Deswegen habe ich sie dann in den weiteren Veröffentlichungen weitgehend zurückgenommen, was aber nicht heißt, dass dem nicht nachgegangen werden sollte.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Es gibt ja zwei Berichte, den Obduktionsbericht und den toxikologischen Bericht. Haben Sie beide gelesen?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Oh, entschuldigen Sie. Ich habe den toxikologischen Bericht gelesen.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Wundert es Sie, dass nichts von Knochenbrüchen in einem toxikologischen Bericht steht?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Nein, natürlich nicht.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Vielen Dank. – Sie haben in Ihrem Beitrag „Jenseits des Rechts“ ausgeführt, dass Sie von einer – ich zitiere – „systematischen Aufklärungsblockade durch das Bundesinnenministerium“ ausgehen. Besteht nach Ihrer Einschätzung eine solche systematische Aufklärungsblockade auch in und durch Behörden in Baden-Württemberg?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ich habe Ihnen eben schon gesagt, dass ich beeindruckt bin von Ihrem Versuch, das Rätsel von Heilbronn und andere Rätsel, die ich genannt habe, aufzuklären. Das war nicht immer so. Das wissen Sie viel besser als ich. Es gab im EG „Umfeld“ Hinweise, die sich als nicht bestätigt erwiesen haben. Das heißt, es hat eine Bewegung gegeben.

Ich messe nicht mir das zu, dass es diese Bewegung – – Sondern sie kommt aus der Sache – aus der Sache, dass die Aufklärung noch einige Probleme lösen können sollte. Und das bezieht sich auf dieses größte Rätsel in dem gesamten Komplex NSU, auf Heilbronn.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Sie haben in einem Gastbeitrag der KONTEXT: Wochenzeitung am 8. Januar dieses Jahres auch der Sonderkommission „Parkplatz“ einen mangelnden Aufklärungswillen vorgeworfen. Wie erklären Sie es sich, dass eine Polizeibeamtin ermordet worden ist, ein Mordversuch an einem Polizeikollegen stattgefunden hat und der Wille zur Aufklärung einer solchen Tat nur mangelhaft vorhanden ist?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Mich hat es so – ich sage es ganz ehrlich – überrascht und so irritiert, dass ich dafür keine wirklich gute Erklärung habe. Aber ich habe es beobachtet mit Herrn Binniger, mit Herrn Wolff im Bundestagsuntersuchungsausschuss,

als einfacher Gast. Ich war drei, zweieinhalb – oder wie lange das Ding ging –, anderthalb Jahre da und habe gesehen, dass Herr M. der Öffentlichkeit, aber auch den Mitgliedern des Untersuchungsgremiums nicht erklären konnte, wie man darauf verzichtet hat, den blutverschmierten Männern, die durch unabhängig voneinander gemachte Zeugenaussagen sozusagen quasi identifiziert waren über Phantombilder, nachzugehen. Ich verstehe es bis heute nicht! Verstehen Sie es?

(Heiterkeit)

Abg. Matthias Präfrock CDU: Bin ich jetzt – – Muss ich jetzt belehrt werden als Zeuge? – Nein.

(Heiterkeit)

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ich habe Sie auch nicht belehrt. Ich habe nur eine Frage gestellt.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Also wenn ich mich richtig erinnere, war das eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft und nicht der Soko, aber lassen wir es dahingestellt.

Sie haben laut einem – –

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Nein, nein, nein. Darf ich noch mal, weil das kein Missverständnis sein soll – –

Abg. Matthias Präfrock CDU: Bitte.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Soko-„Parkplatz“-Chef M. hat mich nicht überzeugt. Das war der Punkt. Soko-„Parkplatz“-Chef M. hat diesen Blutverschmiertheitsteil der Untersuchung nicht genügend ernst genommen. Ich weiß nicht, warum. So ist er – – So hat er es dargestellt, so haben die Soko-„Parkplatz“-Repräsentanten im Bundestagsuntersuchungsausschuss es dargestellt. Ich weiß es wie heute. Und das hat mich empört. Und da habe ich gefragt. Da ist eine wichtige Dimension einschließlich des Phantombilds von M. A. einfach weggenommen worden. Ich habe es nicht verstanden. Ich verstehe es bis heute nicht. Wie gesagt, meine Frage an sich bleibt.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Also wir werden beide noch hören, den Staatsanwalt und den Soko-Chef. Vielleicht kommen wir der Frage dann näher.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ja.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Laut einem Bericht der KONTEXT: Wochenzeitung haben Sie auch den Bericht der Ermittlungsgruppe „Umfeld“ folgendermaßen bezeichnet – ich zitiere –:

Eine bewusste, strategische Lüge gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit.

Könnten Sie uns noch mal erläutern, auf welchen Annahmen diese Einschätzung beruht?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Na ja, man hat schon am Ende – – Also, es bezog sich z. B. auf Thesen um F. H., es bezog sich auf die These des fehlenden Kontaktnetzes zwischen dem NSU-Umfeld und hiesigen Rechtsextremen. Es war ein Rückfall über den Stand des Bundestagsuntersuchungsausschusses. Und ich habe auch das nicht verstanden.

Deswegen komme ich zu relativ scharfen Nachfragen und Einschätzungen, die aber heute nicht mehr gelten. Ich bin sehr befriedigt darüber, dass Sie als Untersuchungsausschuss da rangehen und das überzeugend tun nach den ersten Eindrücken.

Also ich bin jemand, der gern lernt. Und ich bin froh, dass Sie weiter sind als Baden-Württemberg, als Sicherheitsbehörden – wie auch immer –, als Regierung und insbesondere als Parlament als in den letzten drei Jahren, um es sehr offen zu sagen.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Wir hatten hier u. a. die Frau Dr. Högl, die von einem „institutionellen Rassismus“ innerhalb der Polizeibehörden gesprochen hat. Sie haben in dem Beitrag „Jenseits des Rechts“ auf der Seite 237 ausgeführt, ein baden-württembergischer LKA-Beamter habe erklärt, in unserem Kulturkreis gebe es ein Tabu des Tötens. Deshalb habe man die Mörder der neun Menschen mit ausländischen Wurzeln in anderen Kulturkreisen suchen müssen.

Sie haben dann in einem ähnlichen Aufsatz in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ vom August 2013 diesen Fall noch einmal geschildert, und da war dann von einem Mitarbeiter des Landesamts für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg die Rede. Können Sie uns vielleicht noch mal erläutern, ob das nun ein Beamter des LKA war oder ein Beamter des Landesverfassungsschutzes war und bei welcher Gelegenheit, bei welcher förmlichen Aussage oder informellen Aussage diese Aussage gefallen ist?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ich glaube, jetzt haben Sie mich bei einer schweren Nachlässigkeit ertappt. Es war jemand vom LKA, es war nämlich eine Untersuchungskommission für eine operative Fallanalyse, die Anfang 2007 veröffentlicht worden ist, von, ich glaube, zehn oder elf Personen zusammengestellt. Und jetzt bin ich nicht sicher, ob da auch jemand vom LfV da war. Und wenn es der Fall ist, dass das nicht der Fall war, dann ziehe ich das gern zurück und danke Ihnen.

Aber die Sache selbst würde ich schon, ohne jetzt Eva Högl unnötig zur Seite zu springen – das braucht sie nicht –, doch bestätigen. Es ist in diesem etwa 111-Seiten-Text

immer wieder – operative Fallanalysen sind im Grunde begründete Vermutungsskizzen – dieser Subtext, aber zum Teil eben auch in direkten Formulierungen, entwickelt worden. Wir haben – – Dieses Tötungstabu ist so fest, dass – Anfang 2007 – wir nicht davon ausgehen können, dass von hiesigen Leuten – das war die Botschaft – ein solcher Mord, solche kaltblütigen Morde durchgeführt werden können.

Und das war eine, wenn ich das noch im Kontext sagen darf, ergänzende Analyse zu der OFA von Herrn H.. Und Herr H. hat den richtigen Riecher, sag ich mal. Er hat aus seinen Daten eine Interpretation entwickelt, die dem Rechtsextremismuspotenzial für eine solche Mordserie sehr nahe kam. Und in dem Moment oder in den Wochen danach gab es eine politische Entscheidung der Innenministerien von München und Baden-Württemberg, eine neue einzuholen. Das lief über diese Schiene nach oben und dann wieder runter an das LKA.

Und ich muss Ihnen vielleicht nicht ausführlich sagen, welches Problem damit entsteht. Nämlich sie hatten in 2006 die Chance – also die Behörden –, der Rechtsextremismus-Spur sozusagen Gewicht zu geben und den Fahndungsdruck, wie Schily selbstkritisch mir gegenüber im Bundestagsuntersuchungsausschuss anmerkte, zu erhöhen. Und das ist dann leider im Jahr 2007 gewissermaßen wieder zurückgenommen worden durch eine OFA im Auftrag der BAO „Bosporus“ Nürnberg durch das LKA von Baden-Württemberg. Und das war ja nicht nur ein Problem des Landeskriminalamts oder, sagen wir, dieser Entscheidung dieser Gruppe, sondern auch ein Problem des BKA, des BfV.

Das BKA hat immer wieder auf die Spur „Rechtsextremismus“ hingewiesen, aber das nicht zureichend öffentlich gemacht. Es gab in den Kreisen des BKA – – Ich habe ja vortragen dürfen nach dem Ende des NSU, also des Auffliegens des NSU besser, vor dem Bundeskriminalamt und habe da meine alten Kontakte aufgefrischt. Und mir wurde dann auch bedeutet, dass man die Rechtsextremismusspur nicht so stark gemacht hat, wie man sie hätte machen können, jedenfalls nach der OFA, aber auch schon in den Jahren zuvor durch die Formulierung von Beckstein in der Zeitung, die ja auch Gegenstand der Debatte im Bundestagsuntersuchungsausschuss war, „Gucken Sie doch nach rechts“.

Und dann ist aber in der BAO „Bosporus“ wenig dazu passiert. Das kann man im Detail rekonstruieren. Es gab Verzögerungen in der Informationsweitergabe zwischen den einzelnen Institutionen, zwischen BAO „Bosporus“ einerseits und dem LfV Bayern. Und damit hat man im Grunde ein Stück weit diese Perspektive zurückgenommen. Ich sage es ganz vorsichtig.

Gleichzeitig ist aber unter der Hand immer wieder, etwa in leitenden Sitzungen u. a. des Bundesamts für Verfassungsschutz, in der zweiten Jahreshälfte 2000 nach dem ersten Mord überlegt worden: Wollen wir das Thema Rechtsterrorismus auch öffentlich machen, davor warnen?

Und dann hat man sich mehrheitlich entschieden, das nicht zu tun. Und mehr noch: M., als einer der Strategen in der Rechtsextremismusabteilung – ja, ich habe Ihr Signal verstanden, aber nur das noch – des Bundesamts für Verfassungsschutz, hat in einer fünfstündigen Anhörung im Bundestagsuntersuchungsausschuss gesagt: Wir haben 2003, obwohl das BKA es anders wollte, das Trio aus der Liste gestrichen. – Warum Sie? – Ja, wir hatten mehr Einsicht und haben gesagt, wir haben es feinjustiert. – Eine schöne Formulierung dafür, dass man die Abwägung in einer Weise getroffen hat, die uns Probleme bis heute beschert.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Also die Fragen sind natürlich hoch spannend. Was ist da auch innerhalb des BKA passiert? Das ist nur jetzt in diesem Fall nicht Gegenstand dieses – –

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ich weiß, aber manchmal kommen – –

Abg. Matthias Präfrock CDU: Aber vielleicht war der Exkurs auch ganz hilfreich.

Ich möchte Sie zum Abschluss noch fragen: Sie haben in einer Sendung „Report Mainz“ im Januar 2005 referiert über die ideologischen Verbindungen zwischen NPD und NSU. Könnten Sie uns das noch mal kurz darstellen, wo da exakt die Parallelen oder die Einflussnahme zwischen NPD und NSU verlaufen sind und ob das nur ideologische oder auch personelle Verknüpfungen waren?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Also ideologisch ohnehin. Ich weiß jetzt nicht, wie kurz ich sein muss, aber vielleicht ganz grob und thetisch: Die NPD ist seit 1996 auf den radikalen, neonationalsozialistischen Kurs unter Voigt eingeschwenkt, zu der die Jungen Nationaldemokraten schon Anfang der Neunzigerjahre kamen.

Und sie haben damit etwas aufgegriffen, was die Gesinnungsgemeinschaft der „Neuen Front“, was Michael Kühnen, der noch immer aktive Christian Worch als ihre Radikalisierung begriffen haben, und zwar als eine neonationalsozialistische Radikalisierung, eine zweite Revolution zu machen und damit ein Bild der SA von 1933 aufzugreifen und zugleich sich aber vor 33 in der Kampfzeit zu befinden. Das heißt, die ultimative ideologische Radikalisierung, aber auch ultimative Gewalttradikalisierung.

Ohne dieses neue Bett, diese ideologische Einbettung ist das, was dann Andrea Röpke beschrieben hat, gar nicht denkbar. Nur mit einer solchen ideologischen Folie war es möglich, die „Blood & Honour“-Kontakte zu stärken und für sich selbst zu nutzen und zu aktivieren und zu organisieren und später und parallel und sehr kooperativ die „Hammerskins“-Kontakte mit den Bezügen zu Baden-Württemberg, wie schon erwähnt von Andrea Röpke, hierher.

Ein Satz noch, wenn Sie gestatten. Ein Satz noch zu der Entstehungsbedingung dieser Radikalisierung. Das waren die frühen Neunzigerjahre, als die verschiedensten neona-

zistischen Kleinstorganisationen sagten: Wir haben im Osten Deutschlands eine nationalsozialistische revolutionäre Chance, und wir kooperieren zwischen Neonazi-Kadern aus dem Westen – Worch und andere –, und den Faschos aus dem Osten. Und sie haben dadurch diese immense Steigerung der Gewaltbereitschaft in Thüringen bewirkt, angezündet, die Gewaltbereitschaft bei Gelegenheit gewissermaßen rassistisch und ideologisch aufgeladen und in die Breite führen können durch Schwächen der Politik, der Gesellschaft, der Sicherheitsbehörden, gerade in Thüringen, mit Tino Brandt als einem von der Gesinnungsgemeinschaft der „Neuen Front“ von K. D. in Bayern mentorierten Kader.

Und nur so ist dann in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre sowohl der Kontakt nach Baden-Württemberg als auch, wie wir gestern besprochen haben, nach Hessen so drastisch und so gewaltradikal ermöglicht oder – besser gesagt – erleichtert worden.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Kollege Filius.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Herr Professor Funke, Sie haben vorher auf die Frage vom Herrn Vorsitzenden im Hinblick auf die Vernehmungen, die im Mai bzw. Juli 2011 stattgefunden haben sollen betreffend F. H., gesagt, Sie haben diese Erkenntnisse sowohl aus seinem persönlichen Umfeld als auch aus den Unterlagen des Bundestagsuntersuchungsausschusses.

Jetzt habe ich bei dem letzten Punkt eine Nachfrage – der Tod von F. H. ist ja eingetreten im September 2013, und der Abschlussbericht müsste ja dann im August nach meinem Kenntnisstand schon fertig gewesen sein –, ob das jetzt etwas verrutscht ist an der Stelle.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ich habe eine Belegstelle im Kopf und liefere Ihnen das nach.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Vielen Dank. – Jetzt haben Sie Gespräche geführt mit Verwandten von F. H. in der Situation. Können Sie darüber etwas näher berichten? Weil daraus müssen sich ja entsprechende Informationen auch ergeben.

Sv. Prof. Dr. Hans Joachim Funke: Das tue ich gern, nachdem ich die Erlaubnis bekommen habe auch von dem Anwalt, dies hier heute zu tun. Und das bezieht sich vor allem auf die sehr glaubwürdig beschriebene Angst – auch von Freunden in der Akte, by the way, beschriebene Angst – des F. H. Und das hat mir erlaubt, sozusagen von dieser Angst auszugehen. Sie ist sehr glaubwürdig mir präsentiert worden. Er wollte raus, und er wurde befragt von der einen Seite, und er wurde unter Druck gesetzt von der anderen.

Dieser Teil ist für mich sehr glaubwürdig, weil wir Hinweise aus den Kreisen von BIG Rex haben, dass es da Kommunikation und Kooperation gab, und weil wir aus den Ak-

ten erschließen können, dass er Angst hatte und dass diese Angst offenkundig auch zugenommen hat. Und insofern ist es eine doppelte Sicherung. Ich beziehe mich nicht nur auf das, was mir glaubwürdig Teile der Familie mitgeteilt haben, sondern auch auf Akten.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Bei der Familie – – Wurden dort Ihnen Angaben – –

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Bitte?

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Bei der Familie – – Wurden Ihnen dort Angaben gemacht, die er den Familienmitgliedern unmittelbar erst einmal getan hat? Also, aus welcher Erkenntnisquelle schöpfen die Familienmitglieder zunächst einmal die Äußerung, die sie Ihnen gegenüber getätigt haben?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ich habe mehrere lange Gespräche, gewissermaßen Interviews, geführt und dann von ihnen nie berichtet, weil ich den Eindruck hatte, das gehört sich nicht. Und erst seit geraumer Zeit – – Es gehört sich nicht, weil die Familie selbst sich verbeten hat sozusagen, dass man zu viel öffentlich macht. Und daran habe ich mich strikt gehalten bis zu jenem Zeitpunkt, wo die Familie mir das signalisiert hat. Und erst dann habe – – Und das sind also – noch einmal – stundenlange Gespräche, aus denen ich sozusagen mir ein Bild erschlossen habe – langsam, aber sicher – über diese Person F. und den Druck, unter dem er offenkundig stand.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: In dem Zusammenhang ist es ja von großer Bedeutung, dass er ja geäußert hatte – F. H. –, er wisse, wer letztendlich mit dem Tod von M. K. in Zusammenhang stünde. Wurden dort von den Familienmitgliedern Ihnen nähere Angaben gemacht, wer zu diesem Kreis zählt? Hat er das gegenüber der Familie offenbart?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Das ist ein gewissermaßen informationelles Problem. Es wurde davon gesprochen, aber es wurde vielleicht auch aus Sicherheitsgründen gegenüber der Familie von F. H. wenig an Details weitergegeben, sodass ich dazu aus dieser Erfahrungsperspektive, Informationsperspektive nichts sagen kann, jedenfalls nichts, was ohne weitere Hinweise, also bestimmte Namen, Vornamen und dergleichen, so gesichert wäre, dass man es als Vermutung öffentlich machen kann.

Dennoch – das muss ich Ihnen aber nicht sagen – gibt es erhebliche Hinweise, vermutlich aus den Akten – das werden Sie besser wissen als ich –, dass – das weiß ich auch aus den Akten – es diese Hinweise über Dritte gegeben hat, die dann dazu führten, dass man F. H. befragt hat, aus dem Ausbildungsheim in Heilbronn. Schülerinnen wurden davon informiert, dass er was wisse, und dann gab es eine der Ausbildungsvorgesetzten, die das dann der Polizei mitgeteilt hatten, und dann gab es die Kommunikation mit F. H.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Weil bislang – das ist noch von großer Bedeutung – liegen entsprechende Vernehmungsprotokolle oder Aufzeichnungen für Gespräche im Jahr 2011 uns nicht vor, sondern nur ab 2012. Deswegen nochmals die Nachfrage, von den Familienmitgliedern, ob da Näheres dann nochmals gesagt werden kann, ...

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ach so. Ja.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: ... wann da Vernehmungen stattgefunden haben, mit wem, welche Personen das dann halt gewesen sind. Dann können wir ja dann auch in der Situation nochmals nachfassen.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: In der Richtung würde ich Ihnen gern das, was ich glaubwürdig weiterzugeben vermag, sagen. Also es gab einen Vorfall mit der Polizei, offenbar im Mai 2011, wenn ich richtig informiert bin, und dadurch gab es einen Kontakt zwischen F. H. und der Polizei vor Ort, Staatsschutz, wem auch immer in Heilbronn. Und deswegen wäre es so wichtig, dass man dann auch dort weiterrecherchiert. Und das hat mich ja auch dazu gebracht, es für glaubwürdig zu erkennen, dass Mitte des Jahres da noch mal Bewegung war mit Teilen der Sicherheitsbehörden, also gegebenfalls BIG Rex. „Müssen wir mehr tun, um ihn zu sichern?“. Und, und, und.

Also insofern: Es spricht sehr viel an den bisherigen Indizien – mehr ist das nicht – dafür, dass es vor dem Auffliegen des NSU war, dass es Auffälligkeiten gab, die die Polizei bzw. die Sicherheitsbehörden interessiert.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Vielen Dank.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ich will bloß eine Zwischenfrage einschieben. Wer war – – Nicht namentlich – – Aber wenn Sie immer Familienangehörige sagen, waren das Vater, Mutter und Schwester, oder war das Vater, Mutter, oder war das bloß der Vater?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ich habe mit den drei von Ihnen genannten Personen gesprochen, in unterschiedlicher Konstellation, allein, zu zweit, zu dritt.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. Danke. – Herr Sakellariou.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Professor Funke, ich fange jetzt mit dem Komplex an, den der Kollege gerade geendet hat, mit dem F. H. und möchte zunächst noch mal die Frage aufgreifen, die der Kollege Drexler gestellt hat. Sie haben berichtet von einem Foto von einem Auto, das der F. H. versandt hat. Aber an wen ist es denn gesandt worden?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: An die Familie. Und ich habe das Bild gesehen.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Wie, an die Familie? An die Schwester, an den Vater, an die Mutter? Dass wir das vielleicht präzise haben.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Es wurde mir von der Familie gezeigt. Ich weiß nicht, an wen.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Okay. Dann können wir dem ja nachgehen.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Genau.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Die zweite Frage: Sie haben ja vorher von Thesen gesprochen, dass die, wenn man die formuliert, auch einen Subtext oder eine Botschaft mit sich tragen. Und Sie sind in der „Heilbronner Stimme“ am 22. Juni 2014 wörtlich so zitiert worden:

Ich gehe davon aus, dass F. H. in den Tod getrieben oder sogar ermordet wurde.

Da hätte ich gern von Ihnen gewusst, sage ich mal, wie Sie das noch belegen wollen. Weil die These „Suizid“ ist ja gar nicht im Raum, sondern es gibt ja nur die Alternative „in den Tod getrieben“ oder „ermordet“, und dann müsste man natürlich auch noch sich auslassen: Wen haben Sie da im Blick?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: In den Tod getrieben durch den gegenseitigen Druck. Also, wenn dieses Telefonat von Bedeutung ist und zugleich das, was in den Akten steht, von Bedeutung ist – also das Telefonat vom Sonntag, später Nachmittag etwa –, dass er unter großem Druck steht – also es gibt da einzelne Formulierungen, die noch weiter gehen, von den Leuten im Ausbildungsheim in Geradstetten –, dann haben wir eine individuelle Konstellation eines wahrgenommenen erheblichen und offenbar kaum steigerbaren Drucks. Das ist das eine.

Der zweite Satz, den ich riskiere, ist, dass dieser Druck aus einer gegenläufigen, äußeren Drucksituation mit resultiert, nämlich dass es Sicherheitsbehörden, also etwa BIG Rex, gab, die wissen wollten und auch dann an dem Montag noch mal nachfragen wollten und vorher schon vor dem Haus und im Haus usw. am Freitag standen, das heißt auch für die rechtsextreme Szene, die es in xxxx gibt, auffällig gewesen sein mögen, und auf der anderen Seite das klare Wissen, dass die Rechtsextremen ihm hinterher sind, und zwar über einen langen Zeitraum.

Das heißt, er ist – und das meinte ich – sozusagen von beiden Seiten in eine ausweglose Situation getrieben worden. Das meinte ich. Ob er ermordet worden ist oder nicht – Die Kriminaltechnik sagt, nicht. Das muss ich erst einmal so hinnehmen, obwohl es auch weitere Untersuchungen zu machen gelten könnte, die sich auf die Zündvorrichtung, auf den Zustand vorher, auf das Ausmaß der Beschädigung des Körpers durch

den Medikamentencocktail, durch die Art und Weise der Bedingungen der Einnahme dessen, an welchem Ort und dergleichen – – Das wissen wir alles nicht. Das steht – – Ich habe nichts gesehen, nichts sehen können. Vielleicht gibt es da mehr. Wir haben ja nicht alle Akten. Ich habe ja nur die Akte einsehen können, die die Familie bekommen hat bzw. der Anwalt.

Das heißt, das ist meines Erachtens – – Man könnte auch alle Interviewpartner noch mal, die in der Akte verzeichnet sind, auch die M. – ich nenne jetzt nur den Anfangsbuchstaben des Vornamens – und ihre Rollenwahrnehmung in diesen Tagen – – Also da gibt es sehr viel mehr Fragen. Aber die These ist schon, an der ich festhalte: in eine Drucksituation gelangt, bei der er keinen Ausweg zu sehen vermochte.

Dennoch, wenn ich das zusätzlich sagen darf, warne ich davor, sozusagen – – Warnen ist vielleicht etwas zu viel gesagt. Dennoch bin ich der Meinung, dass das ein Fall ist – – Wenn man ihn klären könnte, wäre viel gewonnen, weil es ein sehr ungewöhnlicher Tod ist und ein sehr schmerzhafter und die Verzweiflung sichtbar war in den Tagen zuvor. Glauben Sie mir. Ich habe mich sehr mit der Umgebungskonstellation zu beschäftigen versucht.

Insofern – – Es geht auch um – – Diese Familie ist ein Opfer von einer Konstellation, die wir noch nicht genügend – – Und ich appelliere gewissermaßen an Sie, da das nötige Maß an Entschiedenheit und Sensibilität zu wahren, das vielleicht im Umfeld des Todes und vorher nicht immer gewahrt worden sein mag. Das ist eine Bitte an Sie.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ja, vielen Dank. – Wissen Sie, ich will ja Ihre Erkenntnisse abschöpfen. Deswegen haben wir Sie ja eingeladen.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Schöpfen Sie mich ab.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Und ich meine, wenn das Wort „ermordet“ in den Raum geworfen wird, dann gibt es da ja vielleicht etwas zum Abschöpfen. Also habe ich Sie richtig verstanden? Sie würden nicht so weit gehen, dass diese Drucksituation so aufgebaut wurde, dass der F. H. quasi das Werkzeug seiner eigenen Tötung war, sondern Sie meinen schon Dritte? Aber wenn Sie Dritte meinen, dann gehen Sie, wenn Sie von einer Ermordung ausgehen als Hypothese, von rechten Kreisen aus?

Ich muss das ja eingrenzen, was Sie mit dieser Aussage gemeint haben, um dem nachforschen zu können.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ich weiß es nicht.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Wissen Sie nicht?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Nein.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Okay.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Traue ich mich nicht, zu – –

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Okay.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Das Abschöpfen würde nicht viel bringen.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Dann habe ich noch eine weitere Frage. Sie haben ja auch die These, die ja auch gerade in diesem – – Jetzt bin ich wieder bei M. K. – die These, dass amerikanische Ermittler vor Ort waren in Heilbronn bei der Tat.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ja.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Dieses Thema haben Sie auch als belegt angesehen. Da hätte ich auch gern von Ihnen noch, sag ich mal, Anknüpfungspunkte, an denen wir weitergehen können, Belege, die Sie mir jetzt benennen, an denen wir uns dort weiter an dieser These abarbeiten können.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ich habe jetzt das Buch nicht mit. Ich erwarte da sehr viel mehr Genauigkeit in der Rekonstruktion dieser Beteiligten oder dieser Anwesenden – vorsichtig – durch Thomas Moser und vor allem Herrn Nübel.

Ich will aber dennoch sagen, dass dies ein Gegenstand war von Debatten des BND-Chefs damals, der das nicht bestritten hat, also Herrn Uhrlau, der aber zugleich gesagt hat, er will diese Präsenz der Amerikaner nicht weiter klären. Das ist im Grunde ein Aktenvorgang von einem Hin und Her von Briefen, die ich habe einsehen können.

Ich glaube, das muss dann – – Ich weiß nicht genau den Zeitraum. Jedenfalls gibt es da einen Vorgang, der dann im Grunde elegant beendet worden ist, indem man sagt: Wir lassen das so stehen. Es gab da diese amerikanischen Repräsentanten. Wir wollen das nicht vertiefen. – Das war die Haltung der Bundesregierung in Gestalt von Herrn Uhrlau als damaligem Geheimdienste-Koordinator.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Wir gehen dem noch nach. Aber jedenfalls weiß ich jetzt, wie Sie dazu stehen.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Und das kann ich natürlich nachliefern. Aber ich glaube, das können Sie alsbald bekommen.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ja. Gut. – Und dann noch eine letzte Frage, weil Sie vorher erwähnt haben – – Sie haben gesprochen von einem Geheimbund um einen Burschenschaftler herum.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ja.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das ist jetzt etwas, da würde ich mir schon erwarten, dass ich vielleicht auch einen Namen bekomme ...

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ja, ja, das muss ich jetzt – –

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: ... oder irgendwas, an dem ich mich näher abarbeiten kann.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Wenn ich das jetzt nicht – – Ja, sollen Sie. Ich will Sie ja – – Sie sollen mich ja abschöpfen. Ich muss mal gucken, ob ich das so schnell finde. Ich mache das nicht so geschickt wie Frau Röpke.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Wenn Sie mir das auf alle Fälle nachliefern, das würde mir reichen.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ich liefere es nach. Vielleicht ist das der einfachere Weg.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Dr. Bullinger.

Abg. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja, also diese Frage vom Kollegen Sakellariou war natürlich für mich auch interessant. Haben Sie denn eigentlich Beweise für diese Schlussfolgerungen? Und es gab ja hier auch von der amerikanischen Botschaft und dem FBI ein entsprechendes Einsatzprotokoll. Als Fälschung wurde das zurückgewiesen. Ist das richtig?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ich beziehe mich auf den Schriftverkehr zwischen Herrn Uhrlau und diesen amerikanischen Institutionen, und daraus wurde einiges zurückgewiesen und zugleich akzeptiert. So deute ich dieses „Wir wollen das nicht vertiefen“ und „Wir wollen keine eigenen Nachforschungen stellen“. Das ist die Botschaft von Herrn Uhrlau gewesen. Ob das zu Recht so war, weiß ich nicht, und ob es begründet war, weiß ich nicht. Jedenfalls, es gab diesen informationellen Vorgang.

Abg. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich will das nicht weiter vertiefen. – Jetzt würde mich einfach noch interessieren – –

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Bitte?

Abg. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich will das nicht weiter vertiefen. Aber mich würde mal interessieren Ihre Aussage dazu, dass Sie ja u. a. den Verzicht auf den Einsatz sogenannter Vertrauenspersonen fordern.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ja.

Abg. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Glauben Sie nicht, dass ein Verzicht auf ein solches Instrument die Beobachtung gerade der internen rechten Szene vollkommen unmöglich macht?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Das sehe ich nicht so. Den besten Beleg haben Sie jetzt anderthalb Stunden zuvor. Sie weiß in der Regel sehr viel mehr – Andrea Röpke – als viele Landesämter für Verfassungsschutz.

Aber das ist nur die eine Seite. Das ist ja klar. Es kann dennoch sein, dass man glaubt, man kommt nicht anders an die Informationen ran. Und dann kommt das V-Mann-Problem in seiner ganzen Umfänglichkeit. Deswegen muss ich zwei Sätze mehr dazu sagen.

V-Leute sind manipulativ und werden manipuliert – durch Geld, durch Druck. Deswegen ist ihr Wahrheitsgehalt nicht immer klar. Am besten und am kommunikativsten mit ihnen besprechbar ist das am Beispiel von Tino Brandt. Tino Brandt hat viel erzählt, und Peter Nocken als stellvertretender Landesamtschef von Thüringen hat gesagt: Das ist die Quelle. – Das wurde dann auch noch mal von einem Anklagevertreter in München informell an Journalisten weitergegeben: Das ist der typische, gute V-Mann. – Sinngemäß. Ich bezweifle das.

Tino Brandt hat viel informiert über Treffen, über Demonstrationen, über Demonstrationsvorbereitungen. Aber er hat nichts darüber gesagt, was nach dem Untertauchen war und er wusste. Das heißt, er hat sehr selektiv berichtet. Es gibt sogar sehr starke Indizien, dass er über den gesamten Zeitraum des Untergetauchenseins der NSU-Gruppe Bescheid wusste. Er gehört zu jenen, von denen man das am ehesten annehmen kann. T. S. ist der andere. Es gibt wahrscheinlich noch mehr, aber das ist mein begrenzter Stand.

So, und nun haben Sie eine Situation, in der sozusagen ein Tino Brandt im Grunde von Herrn Nocken als absolute Quelle beschrieben wird, und deswegen musste er – so die Logik des Landesamts – verteidigt werden. Also, es gab andere Fälle, in Kassel, wo sozusagen die Polizeiarbeit damit behindert wurde und damit ein Prozess der Aufklärung und womöglich auch dessen, was dann 2007 in Heilbronn folgte, hätte unter anderen Bedingungen verhindert werden können.

Das heißt, die V-Mann-Problematik sehe ich im Kontext ihrer Unkontrollierbarkeit. Sie haben eine doppelte Unkontrollierbarkeit. Sie haben die Person oder diese Personen, die oft nicht kontrollierbar sind. Es gibt andere Fälle aus dem Linksterrorismus, die auch beschrieben worden sind. Und zweitens haben Sie ein Amt, das so sehr unter der Geheimenschutzdiktat-Verabredung steht, dass auch die jeweiligen Ämter nicht immer sich selbst genügend kontrollieren und wissen, wann sie etwas abgeben müssen. Das heißt,

ich sehe in der Struktur des Amts – also ich nehme jetzt das Bundesamt – Schwächen in der analytischen und operativen Kompetenz.

Sie haben „Piatto“ gehabt, sie haben „Corelli“ gehabt, sie haben die CD „NSU/NSDAP“ 2005 womöglich gehabt, sie haben den Brief an den „Weißen Wolf“ im Jahr 2002 gehabt. M. hat als zentraler Repräsentant des Bundesamts im Referat Rechtsextremismus gesagt: Natürlich haben wir das gehabt. Wir haben die Briefe gehabt. Wir haben sogar noch mehr geholt. Wir wussten.

Also, die große Frage, die strategische Frage ist: Wie wird das, was man wusste oft, operativ zur Verbesserung der Sicherheit eingesetzt? Und das ist die ausgeweitete Frage nach der Bedeutung der V-Leute. Sie brauchen dazu ein Amt, das das auch kann. Und oft ist es nicht optimal – das zeigt die sicherheitspolitische Katastrophe dieser 13 Jahre –, nicht zureichend gemacht worden. Und deswegen habe ich meine Skepsis, und die Skepsis bezieht sich nicht auf alle Institutionen, aber sie bezieht sich auf diese gescheiterten Fälle. Und das sind – – Tino Brandt ist ein gescheiterter Fall. Er hat das Entscheidende nicht mitgeteilt, obwohl er Entscheidendes – nicht alles – wusste.

Und um das zu sichern, braucht es wirklich – das hat Andrea Röpke für sich vorhin beschrieben – eine andere Struktur der Ermittlung, der analytischen Erfassung, der Urteilsfähigkeit. Und da habe ich meine Fragen an die Institution, und zwar weil sie gescheitert ist in der Frage Heilbronn und des NSU.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Dr. Bullinger.

Abg. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich wollte einfach noch mal anmerken: Dass es Schwächen gibt, haben Sie dargestellt, aber einen totalen Verzicht aus Staatssicherheitsgründen und grundsätzlicher Erwägung heraus ist sicherlich der falsche Entschluss, den Sie daraus ziehen.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ich kann das jetzt noch ganz kurz ergänzen. Ich glaube – – Ja, ich muss doch antworten. Was soll ich machen?

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Natürlich, aber bitte kurz.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ich sehe die Notwendigkeit der Erfassung natürlich. Ich sehe auch die Notwendigkeit von elektronischen Maßnahmen im Zweifel. Ich glaube nur, dass dieses Institut des V-Manns sich zu oft als nicht geeignet erwiesen hat, und ich schließe gar nicht aus, dass in einer sehr viel geregelteren Weise und kontrollierteren Weise verdeckte Ermittler oder so eingesetzt werden müssen. Aber das muss dann per Richterrecht eingehegt werden. Die Gefahr ist, dass es außer Kontrolle gerät. Wir haben Beispiele des Außerkontrollegeratenseins und damit des Verzichts auf eine nötige rechtsstaatliche Einhegung.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. – Ich habe nur eine Frage. Kennen Sie die Person „Krokus“? Haben Sie die schon mal persönlich kennengelernt?

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Wenn die die ist, die Sie meinen, dann habe ich sie kennengelernt.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Geben Sie doch mal Ihre Einschätzung ab.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Gute Frage!)

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Ich höre, dass es eine gute Frage sei. – Ich habe Eindrücke nicht veröffentlicht und nicht in meine Bewertung und meine weiteren Fragen, auch an diesen Ausschuss, genutzt. – Ach so, Sie wollen es deutlicher. Sie gucken so.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ich verstehe schon, was Sie meinen, aber vielleicht können Sie noch einen Satz dazusagen.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Bitte?

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Sie können vielleicht noch einen Satz dazusagen.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Es ist mir zu undurchsichtig. Ich schließe nichts aus. Sie haben hoffentlich verstanden, dass ich versucht habe, alle Wege, auch Umwege, zu gehen, um etwas mehr zu erfahren und Ihnen auch dann zur Abschöpfung zur Verfügung zu stehen. Aber ich – – Da schweige ich gewissermaßen. Also ich kann nicht seriös etwas dazu sagen.

Lassen Sie mich noch einen Satz zu einer vorherigen – – Sie haben so gemein gefragt.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Entschuldigung!)

– Sie haben so fair gefragt.

(Heiterkeit)

Das toxikologische Gutachten ist ja nicht das über den Zustand des Körpers, wie er aufgefunden wurde. Natürlich nicht. Und ich habe darauf verzichtet, andere Eindrücke noch einzuspielen, die ich persönlich hatte.

Also ich fasse es so zusammen: Sie sollten diese anderen Gutachten, wenn sie denn vorliegen – ich habe das, wie gesagt, nicht vor mir, im Kopf nicht und, glaube ich, auch

nicht gesehen –, die den Körperzustand nicht nur toxikologisch beschreiben, zurate ziehen, und vielleicht ergeben sich dann daraus doch noch neue Erkenntnisse.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Professor, dass Sie gekommen sind, und vor allem für die geduldige Auskunft, die Sie gegeben haben, auch über das Abschöpfen. – Vielen Dank.

Sv. Dr. Hans Joachim Funke: Danke.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ich wünsche Ihnen noch einen guten Nachhauseweg.

Wir haben jetzt vier Minuten vor 13:00 Uhr. Wir haben drei Sachverständige heute Nachmittag. Wir haben noch eine nicht öffentliche Sitzung heute Nachmittag. Ich würde sagen, wir setzen dann unsere Nachmittagssitzung um 14:00 Uhr fort.

(Unterbrechung des öffentlichen Teils von 12:55 Uhr bis 14:02 Uhr)

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt.

Ich bitte den Herrn Sachverständigen Moser nach vorn.

Sachverständiger Thomas Moser

Herzlich willkommen, Herr Moser. Sie haben ja heute Morgen die Belehrung der Sachverständigen Röpke gehört. Haben Sie noch Fragen zu dieser Belehrung?

Sv. Thomas Moser: Nein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Keine. – Dann kommen wir zur Anhörung selbst. Ich darf Sie zunächst bitten, dem Ausschuss Ihren Vor- und Zunamen, Ihr Alter und Ihre Berufsbezeichnung mitzuteilen und dann noch ergänzend uns mitzuteilen, ob die für die Ladung verwendete Anschrift nach wie vor aktuell ist.

Sv. Thomas Moser: Mein Name ist Thomas Moser. Ich bin Journalist, 56 Jahre alt. Die Ladung ist richtig.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Sie haben ja vorab signalisiert, dass Sie zunächst aus dem Zusammenhang berichten wollen und anschließend Fragen gestellt werden können.

Sv. Thomas Moser: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ich bitte also um Ihr Eingangsstatement zu dieser Anhörung.

Sv. Thomas Moser: Sehr geehrte Damen und Herren! Dass Journalisten von einem Parlamentsausschuss eingeladen werden, ist ungewöhnlich. In der Regel veröffentlichen sie, was sie wissen, und ihre Unabhängigkeit verlangt Distanz zu den staatlichen Gewalten. Dass nun Journalisten und Autorinnen vor dem Untersuchungsausschuss zum Komplex „NSU“ gehört werden, ist vor allem Ergebnis jahrelanger Versäumnisse.

Wenn ich heute auf mein Zeugnisverweigerungsrecht weitgehend verzichte und Ihnen zur Verfügung stehe, dann, weil dieser Ausschuss auch eine Form der Öffentlichkeit darstellt, vor allem aber, weil der NSU-Komplex kein normaler Kriminalfall ist. Im Gegenteil: Er hat begonnen, alles zu sprengen. Er hat bereits demokratische und rechtsstaatliche Strukturen beschädigt. Mich betrifft das deshalb nicht nur als Journalist.

Was wir bisher an Hintergründen wissen und an Vertuschungen erleben, muss die Allgemeinheit alarmieren. Wir wissen nicht, wie es war, wir wissen nur, wie es nicht war. So, wie es die Bundesanwaltschaft darstellt, war es nicht. Damit sind wir mitten im Problem.

Ich will Ihnen einige Kenntnisse vortragen, Hinweise auf Spuren und Ermittlungsansätze geben, auf offene Fragen und auf Widersprüche aufmerksam machen sowie methodische Vorschläge für den Umgang mit Quellen, Akten und Zeugen unterbreiten. Meine

Informationsbasis sind u. a. der Untersuchungsausschuss des Bundestags und der NSU-Prozess in München.

Ich will mit einem Musterfall beginnen, dem Sachverhalt S., O., V-Mann „Erbse“. Im August 2003 erfuhr das Landesamt für Verfassungsschutz von Baden-Württemberg durch den Hinweisgeber T. O. von der rechtsterroristischen Vereinigung namens NSU. Der Hinweisgeber soll mit der Gruppe in Verbindung gestanden und fünf Namen genannt haben, darunter Mundlos.

Entgegengenommen hat die Information nach eigener Aussage u. a. vor dem Untersuchungsausschuss in Berlin der LfV-Beamte G. S. Der Beamte fertigte einen Bericht, den er dann im Amt auf Anweisung von oben vernichten musste. Er machte noch einen Eintrag im NADIS, dem Informationssystem der Verfassungsschutzämter, und behielt einige Notizen bei sich.

Die Version von G. S. wird vom LfV, vom Landeskriminalamt und laut LKA auch von T. O. bestritten. Das muss niemanden verwundern, wenn man sich bewusst macht, was es bedeutet, sollte die Version von G. S. stimmen. Der Informant T. O. wäre dann nämlich Unterstützer oder sogar Teil des NSU gewesen. Er müsste sich heute also schwer belasten. Mehr noch: Auch das LfV Baden-Württemberg würde schwer belastet werden; denn T. O. war einmal V-Mann des LfV, Deckname „Erbse“. Das ist bestätigt – wenn auch mit Verspätung.

Trifft also die Version von G. S. zu, hätte das LfV einen unmittelbaren Kontakt zum NSU gehabt, und zwar spätestens 2003, als bereits vier Menschen ermordet worden waren. Grund genug also für LKA und LfV, alles zu leugnen.

Das LKA erklärt, T. O. würde bestreiten, was der LfV-Beamte G. S. sage. Hier steht mindestens Aussage gegen Aussage. Verdächtig ist allerdings, dass das LKA, das LfV und das Innenministerium einem Informanten mehr Glauben schenken als einem Beamten.

Wir müssen aber nicht auf der Glaubensebene stehen bleiben. Es gibt Möglichkeiten und Kriterien der Überprüfung. Die Frage ist z. B.: Wie wurde T. O. vernommen? Als Zeuge oder als Beschuldigter? Das ist ein Unterschied. Als Beschuldigter musste er nicht die Wahrheit sagen, er musste sich nicht selbst belasten. Doch wenn er als Beschuldigter vernommen wurde, muss gegen ihn ermittelt werden. Und wenn er als Zeuge vernommen wurde, hatte er dann eine Aussagegenehmigung? Ist es vielleicht so, dass T. O. als Beschuldigter belehrt und vernommen wurde und seine Vernehmung als die eines Zeugen präsentiert wird, unter falschem Etikett sozusagen? Das muss als Erstes geklärt werden.

Lassen Sie sich die Vernehmung von T. O. geben. Laden Sie ihn selber vor, und befragen Sie ihn. Besorgen Sie sich die V-Mann-Akte von „Erbse“. Von wann bis wann

war er V-Mann? Was war sein Tätigkeitsfeld? Und wer hat ihn geführt? Hören Sie G. S. an.

Eine weitere Merkwürdigkeit in dem Fall: G. S. hat erklärt, nicht gewusst zu haben, dass der Hinweisgeber T. O. einmal V-Mann war, als er, S., von der Amtsspitze im August 2003 zu ihm geschickt wurde. G. S. war im Bereich Wirtschaftsspionage tätig, V-Mann „Erbse“ im Bereich Rechtsextremismus. „Erbse“ ist ein Mann des früheren LfV-Präsidenten Helmut Rannacher, einst Leiter der Abteilung Rechtsextremismus, sowie seiner Nachfolgerin in der Abteilung „Rex“, B. N., heute Bundesamt für Verfassungsschutz.

Beide müssen gewusst haben, dass es sich bei T. O. um den V-Mann „Erbse“ handelte. Warum wurde G. S. zu ihm geschickt? Und warum wurde die V-Mann-Tätigkeit des Hinweisgebers gegenüber dem Beamten S. verschwiegen?

Es gibt einen bedenklichen Umgang mit dem Zeugen G. S. Im Bericht der EG „Umfeld“ des Innenministers vom Februar 2014 steht, der Untersuchungsausschuss des Bundestags habe Herrn S. letztlich als nicht glaubwürdig eingestuft. Das ist unwahr. Der Ausschuss enthielt sich einer Bewertung und erklärte nur, der Widerspruch sei nicht zu lösen gewesen. Vielmehr zitiert der Ausschuss sogar einen Vermerk des BKA, in dem G. S. bescheinigt wird, einen sehr glaubwürdigen Eindruck gemacht zu haben. Wie kommt das Innenministerium also zu einer solchen falschen Behauptung?

Im Gall-Bericht steht weiter, G. S. habe angegeben, laut T. O. habe Uwe Mundlos ihn, T. O., in der Haft besucht. Doch T. O., so das Ministerium, sei zwischen 1998 und 2011 nicht in Baden-Württemberg in Haft gewesen, also habe Mundlos ihn gar nicht in der Haft besuchen können.

Das Ministerium benutzt das als weiteren Beleg für die Zweifel am Wahrheitsgehalt der Darstellung des Herrn S. Doch das Ministerium manipuliert; denn G. S. hat den dargestellten Sachverhalt so nie geschildert. Er hat nie behauptet, T. O. habe ihm berichtet, von Mundlos im Knast besucht worden zu sein. Vielmehr hat G. S. berichtet, T. O. habe laut eigener Aussage im Gefängnis Leute aus Ostdeutschland kennengelernt. Der Kontakt sei nach der Haftentlassung geblieben, und darüber sei er schließlich in Kontakt zu Leuten dieser Gruppe namens NSU gekommen, u. a. Mundlos. – Fragen Sie das Innenministerium, warum es mit solchen Unwahrheiten operiert.

Die Geschichte von G. S. ist noch nicht zu Ende. 2005 wurde er wegen der Affäre „NSU/T. O.“ vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Ich will das an der Stelle nur vermerken. Er wird wegen seiner Aussage von Vertretern der Exekutive fortgesetzt herabgewürdigt. Dennoch stellte er sich im Sommer 2013 erneut und freiwillig seiner Verantwortung. In verschiedenen Medien waren die 14 Phantombilder von Heilbronn erschienen, und G. S. will in einem der Bilder den Hinweisgeber von 2003, T. O., erkannt haben. Er ist sich so sicher, dass er dem Innenministerium in Stuttgart als pflichtbewusster Beamter Meldung macht. Dort wird der Hinweis auf unsagbare wie un-

professionelle Weise abgetan. Der Gall-Bericht dokumentiert diesen beschämenden Vorgang. Er dokumentiert die Blockade der Ermittlungen.

Der Hinweis von G. S. besagt nicht mehr und nicht weniger, als dass ein V-Mann oder Ex-V-Mann am Anschlagstag am Anschlagort gewesen sein könnte. Dieser Mann war im Beisein von drei anderen Männern, die auf etwas warteten, so der Zeuge H., dem sie damals etwa eine Dreiviertelstunde vor der Tat auf der Theresienwiese auffielen und nach dessen Angaben das betreffende Phantombild gemacht wurde. Nach unseren Recherchen haben T. O. und der Mann auf der Theresienwiese nicht nur ein ähnliches Aussehen, sondern dieselbe Körpergröße und Statur. Das gehört ermittelt – und wird seltsamerweise nicht ermittelt. Wo war T. O. am 25. April 2007? Hat er ein Alibi?

T. O. steht, wenn die Aussage von G. S. stimmt, für die zahlreichen Verbindungen der Neonaziszene von Baden-Württemberg nach Ostdeutschland, die inzwischen vielfach belegt sind – nebenbei: auch im Gall-Bericht. Der NSU nahm in Jena seinen Anfang, das Zwickauer Trio war einst ein Jenaer Trio. Auch nach Jena selber gibt es zahlreiche Kontakte von rechtsextremen Personen aus Baden-Württemberg, u. a. N. S. – das wurde heute Morgen ja schon erwähnt –, M. S., M. D., M. S. und W. D.

N. S. und M. S. verkehrten in Jena in einem Burschenschaftshaus, in dem auch die Mitglieder des „Thüringer Heimatschutzes“ Ralf Wohlleben und A. K. verkehrten. Wohlleben sitzt in München vor Gericht. Gegen K. wird wegen der Mordserie noch ermittelt. Auch er wurde heute Morgen benannt.

Im Untersuchungsauftrag dieses Ausschusses steht in Abschnitt I Ziffer 7, es sei „insbesondere zu klären,

ob Mitglieder des Trios, ein wegen der Unterstützung der Straftaten des NSU vor dem Oberlandesgericht München Angeklagter oder eine andere Person auf der sogenannten „129er-Liste“ ... als VP oder Informant baden-württembergischer Sicherheitsbehörden geführt oder eingesetzt wurden

Kompliment. Sie sind nach meinem Überblick das erste Gremium, das diese Frage so explizit formuliert. Es geht bei dieser Frage vor allem um den Angeklagten Ralf Wohlleben. Ich habe das mehrfach beschrieben und kann es, wenn gewünscht, noch einmal ausführen. Allerdings bezieht sich die mutmaßliche V-Mann-Tätigkeit Wohllebens nicht auf das LfV, sondern auf das BfV. Ich hoffe, das schmälert Ihr Aufklärungsinteresse nicht.

Zur Personalie Wohlleben gehört unmittelbar die Personalie N. S.. Die Rechtsanwältin, die in München Ralf Wohlleben verteidigt, hat zwei Jahre lang, von

2001 bis 2002, in Jena studiert und war dort – heute Morgen wurde es erwähnt – in der NPD die Stellvertreterin des NPD-Vorsitzenden Wohlleben.

Der Untersuchungsausschuss des Bundestags hat sich vom LfV Unterlagen zu S. kommen lassen. Das Innenministerium hat knapp 300 gefilterte und selektierte Seiten zusammengestellt. Sie sind zum Teil geschwärzt, und darin fehlen – wundersamerweise – die Jenaer Jahre. Beim LfV müssen aber mindestens vier ganze Ordner über N. S. vorliegen, zusätzlich beim Innenministerium ein weiterer Ordner über diese Frau. Lassen Sie sich sämtliche Ordner geben – vollständig und ungeschwärzt. Welche Kenntnisse hatte das LfV über die rechtsextreme Szene in Jena?

In den Unterlagen tauchen mehrere V-Leute auf, z. B. „VM Rose“, mutmaßlich eine V-Frau; die Abkürzung „VM“ wird auch für Frauen benutzt. Lassen Sie sich den Klarnamen von V-Frau Rose geben und die vollständige Akte. Es gibt um N. S. herum mindestens sechs bis sieben V-Leute. Lassen Sie sich die Klarnamen geben und die Akten.

Die LfV-Verantwortlichen Helmut Rannacher und B. N. haben vor dem U-Ausschuss in Berlin ausgesagt, mangels Quellen habe das Amt keinen Zugang zur rechtsextremen Szene in Baden-Württemberg gehabt. Auch der LfV-Verantwortliche Johannes Schmalzl ging in diese Richtung. Damit wollten sie erklären, warum die Taten und Kontakte des NSU im Land unentdeckt blieben. Die Aussagen der Zeugen vor dem Berliner Ausschuss stimmen nicht. Das LfV hatte entgegen deren Behauptungen zahlreiche Quellen in der rechten Szene. Konfrontieren Sie Rannacher, Schmalzl und N. damit.

Zu den Heilbronn-Ermittlungen: In den Ermittlungsakten zum Mord auf der Theresienwiese werden Sie auf bemerkenswerte Aussagen stoßen, aber auch auf irritierende, auf Widersprüche und sogar auf Aktenmanipulationen.

Verschiedene Zeugen sahen nach 14:00 Uhr an jenem 25. April 2007 drei blutverschmierte Männer nahe des Tatorts. Die Zeugin L. W. sah einem blutverschmierten Mann am südlichen Eingang zur Theresienwiese sekundenlang und nur wenige Meter entfernt ins Gesicht. Seine linke Körperseite war blutbesudelt. Sie hatte ihn frontal vor sich. Wer die Stelle in Augenschein nimmt, erkennt, warum das so war. Die Zeugin W. ist glaubhaft. Der Erste Staatsanwalt von Heilbronn, C. M., bescheinigte ihr dagegen Unglaubwürdigkeit. Die Gründe, die der Staatsanwalt angibt, sind mutwillig. Außerdem hat er dem Untersuchungsausschuss in Berlin den Sachverhalt nicht korrekt vorgetragen. Wenn gewünscht, erläutere ich das.

Von dem blutverschmierten Mann wurden zwei Phantombilder erstellt. Ein Zeuge, der an anderer Stelle, weiter südlich, einen blutverschmierten Mann sah, blutverschmiert rechts, ist eine V-Person der Heilbronner Polizei. Auch von diesem blutverschmierten Mann wurde ein Phantombild erstellt. Der verantwortliche Staatsanwalt von Heilbronn bezeichnete auch diesen Zeugen als unglaubwürdig. Der Zeuge A. M. sah einen Mann,

der im Neckar seine blutverschmierten Hände wusch und der in Begleitung einer Frau und eines zweiten Mannes war. Von dem Blutverschmierten und der Frau wurden Phantombilder erstellt.

Bei den drei Blutverschmierten handelt es sich um drei verschiedene Männer. Die Soko „Parkplatz“ ging aufgrund dieser korrespondierenden Zeugenaussagen davon aus, dass die Tat von vier bis sechs Personen begangen wurde. Auch M. A., der schwer verletzte Beamte, ließ ein Phantombild erstellen. Laut Bericht der Soko „Parkplatz“ vom April 2011 – darauf wies mein Kollege Thumilan Selvakumaran am Montag hin – zeigt dieses Phantombild mit hoher Wahrscheinlichkeit den Täter. Kein einziges der Phantombilder – insgesamt zwölf verschiedene Männer – ähnelt aber Böhnhardt oder Mundlos, das Phantombild der Frau nicht Zschäpe.

Das LKA wollte drei der Phantombilder für die Fahndung herausgeben. Der Erste Staatsanwalt von Heilbronn untersagte das. Doch die Phantombilder haben eine Relevanz. Sämtlichen Polizeibeamten aus Böblingen und Heilbronn wurden die Phantombilder vorgelegt – mit zum Teil verstörendem Ergebnis. Dazu komme ich noch.

2012 wurden den Heilbronner Zeugen, nach deren Angaben die Phantombilder erstellt wurden, Fotos von Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe und dem Angeklagten H. G. vorgelegt. Niemand erkannte unter den vieren jene Person, die ihm damals aufgefallen war.

In den Akten werden Sie dann auf eine Spur stoßen, die nicht restlich geklärt ist: Am Tattag soll ein Angler russischer Herkunft auf Höhe des Trafohäuschens, wo der Mord geschah, am Neckar geangelt haben. Er soll Bekannten gegenüber mitgeteilt haben, er wüsste, welche Nationalität die Täter hatten; denn er habe sie reden gehört, anzunehmenderweise eben Russisch.

Russisch? Das korrespondiert z. B. mit der Wahrnehmung jenes Zeugen, der einen blutverschmierten Mann, blutverschmiert rechts, in ein Auto springen sah, dessen Fahrer „Dawai, dawai!“ rief. Fragen Sie die Zielfahndung des LKA, die nach diesem Angler gesucht haben will, warum sie ihn nicht gefunden hat.

Waren beim Anschlag Polizisten in der Nähe? Der Zeuge A. K. passierte am Tattag gegen 13:45 Uhr, also bevor K. und A. auf der Theresienwiese ankamen – das war gegen 13:55 Uhr –, mit seinem Fahrrad von Böckingen kommend die Theresienwiese. Dabei bemerkte er auf dem Platz ein parkendes Polizeifahrzeug – jedoch nicht am Trafohaus, wo die späteren Opfer parkten. Ein unidentifiziertes Polizeiauto auf der Theresienwiese?

Es gibt dazu weitere Beobachtungen. Der Zeuge M. K. sah gegen 13:45 Uhr einen Streifenwagen der Polizei von der Otto-Konz-Brücke kommend in die Theresienstraße einbiegen, die an der Theresienwiese entlangführt. K. und A. konnten das

nicht gewesen sein. Sie nahmen einen anderen Weg, kamen vom Polizeirevier, fuhren durch die Innenstadt und am Bahnhof vorbei über die Frankfurter Straße zur Theresienwiese.

Der Zeuge E. R. fuhr gegen 13:50 Uhr aus Richtung Bahnhof kommend über die Theresienstraße zur Otto-Konz-Brücke. Vor der Kreuzung Theresienstraße/Karlsruher Straße bemerkte er in der Einfahrt zur Theresienwiese ein Polizeifahrzeug. Also zwei Streifenwagen am Tatort, wenige Minuten vor dem Anschlag? – Nicht ermittelte Spuren.

Nun zu den Vernehmungen der Polizeibeamten aus Böblingen und Heilbronn; sie sind reich an Auffälligkeiten. Die Polizeibeamtin Y. M., die mit M. K. zusammengewohnt hat und wie sie in Ostdeutschland aufwuchs, sagt bei ihrer Vernehmung zunächst den Satz:

Eine Tat aus den eigenen Reihen schließe ich aus.

Dann entwickelt sie ein verblüffendes Szenario:

Ich kann mir gut vorstellen, dass die Tat von mehreren begangen wurde, ich glaube sogar, von mehr als nur zwei Personen. Die Frage kam damals auch auf, ob das am helllichten Tag an diesem Ort Sinn macht. Wenn man am Tatort steht, dann merkt man, dass die Täter nicht unbedingt auffallen müssen. Es fahren ständig Züge, und es ist dann so laut, dass man einen Schuss vermutlich nicht hören wird. Wenn dann noch einige Mittäter an bestimmten Knotenpunkten als Streckenposten aufgestellt werden und die Passanten mit unauffälligen Fragen, z. B. Frage nach dem Weg, einer Straße oder so ähnlich, aufhalten, dann muss das keiner bemerkt haben. Manchmal sind es auch ganz belanglose Dinge, die so unauffällig sind, dass man sie z. B. als Zeuge gar nicht erwähnt. Wenn ich am Tattag z. B. nach dem Weg gefragt werde, dann ordne ich das nicht dem Mordfall zu. Ich denke daher auch, dass es eine geplante Tat war.

Wie kommt die Beamtin auf ein solches Szenario?

Interessanterweise passen dazu verschiedene Beobachtungen von Zeugen. Die Zeugin T. F. und der Zeuge T. B. sahen gegen 14 Uhr unabhängig voneinander drei Männer, die vom Tatort Richtung Norden, Hafenstraße, flohen. Es passt die Wahrnehmung jenes Zeugen, dem etwa eine Dreiviertelstunde vor der Tat eine Gruppe von vier wartenden Männern auffiel. Und der Zeuge P. S., der kurz nach 14 Uhr die Opfer liegen sah und daraufhin bei Taxifahrern am Bahnhof als erster Meldung über die Tat machte, berichtete vor dem Oberlandesgericht in München Folgendes: Auf dem Radweg von Böckingen an der Theresienwiese vorbei Richtung Bahnhof sei, als er die Opfer entdeckte, ungeheuer viel los gewesen. Doch als er kurz darauf vom Bahnhof zurückkam, sei kein Mensch mehr dagewesen. Und wörtlich: „Das war wie verhext.“

Ein solches Szenario, wie es die Polizistin Y. M. entwickelte, passt schließlich auch zu der Annahme der Soko „Parkplatz“ von den vier bis sechs Tätern – konservativ gerechnet. Progressiv könnten es sogar fünf bis zehn Täter gewesen sein.

Das Motiv für die Tat fehlt bislang. In den Vernehmungen der Beamten wird die Hypothese formuliert, es handle sich um einen lauten Mord. Am helllichten Tag, mitten in der Stadt, vor allen Leuten – damit sollte ein Zeichen der Stärke und Unangreifbarkeit der Tätergruppierung gesetzt werden. Die Opfer seien ein Ersatzziel gewesen, vielleicht für die Einheit. Nicht weniger als 15 Beamte der BF-Einheit aus Böblingen waren am Tattag in Heilbronn, und das, obwohl die BFEler die Anweisung hatten, Urlaub zu machen und Überstunden abzufeiern. Warum also waren dennoch so viele in Heilbronn? Und warum tat fast die Hälfte ihren Dienst in Zivil? Gab es vielleicht Hinweise auf eine bevorstehende Aktion? Waren darin Beamte verwickelt?

Allen vernommenen Beamten wurden die 14 Phantombilder vorgelegt. Der Beamte D. K. sagt, bei dem Phantombild der Frau könnte es sich um die Kollegin Y. M. handeln. Der Beamte T. K. sagt, die Phantombild-Frau mit dem Kopftuch komme ihm vertraut vor. Er komme aber nicht drauf, wem sie ähnlich sehe. Der Beamte J. R. sagt, das Phantombild des Mannes, blutverschmiert links, sieht so ähnlich aus wie der Kollege S. Er war an dem Tag im Einsatz, am Bahnhof, und zwar in Zivil. Der Beamte R. M., Polizeidirektion Heilbronn, sagt zu dem Phantombild, das der angeschossene Beamte A. erstellen ließ: Die Person gibt es. Ich würde sagen, dass der schon mal in einer Sache bei mir auf der Dienststelle war. – Es gibt noch mehr Bemerkungen dieser Art über Ähnlichkeiten von Phantombildern mit realen Personen.

Die Akten sind unvollständig. In einem Aktenvermerk vom Dezember 2010 bemängelt die Soko „Parkplatz“, dass Unterlagen der Bereitschaftspolizei Böblingen nicht vollumfänglich vorliegen. In diesen Unterlagen geht es u. a. um die NoeP-Tätigkeit von M. K.. „NoeP“ steht für „Nicht offen ermittelnde Polizistin“.

Bei drei Beamten, R. B., M. H. und P. H., stößt man auf folgende Merkwürdigkeit: Bei ihren Vernehmungen im Jahr 2010 wird ihnen ihre angebliche Erstvernehmung von 2007 vorgehalten. Alle drei erklären unabhängig voneinander, damals gar nicht vernommen worden zu sein. Die Vernehmung nun, im Oktober 2010, sei ihre erste Vernehmung. Sie bestätigen gleichzeitig aber, dass die Unterschrift auf dem letzten Blatt dieser angeblichen Erstvernehmung ihre Unterschrift sei.

Der Sachverhalt kommt offensichtlich auch der Soko „Parkplatz“ verdächtig vor. Die Sachbearbeiterin macht dazu einen extra Vermerk. Er ist „VS-NfD“ eingestuft. Warum? Weil die Manipulation geheim bleiben sollte? In den vorliegenden Ermittlungsakten wiederum finden sich diese angeblichen Erstvernehmungen von 2007, die den drei Beamten vorgehalten wurden, nicht mehr. Eine doppelte Aktenmanipulation also? Fingierte Vernehmungen von 2007, die dann aus den Ermittlungsakten herausgenommen wurden?

Der Beamte P. H. sagt in der Vernehmung 2010, er habe am Tag vor der Tat auf der Theresienwiese Pause gemacht, zusammen mit der Kollegin S. Die Kollegin S. wurde später nach Thüringen versetzt. Von ihr liegt keine Vernehmung vor. In seiner angeblichen, von ihm bestrittenen Erstvernehmung soll der Beamte H. angegeben haben, am Tatort nie Pause gemacht zu haben. Haben die Ermittler in Heilbronn Spuren verwischt?

Der Beamte R. B., der seine angebliche Erstvernehmung bestreitet, ist einer von vier Beamten, deren DNA an der Bekleidung von K. und A. gefunden wurde. Wie die dorthin kam, können die Ermittler nicht sagen. Der Polizeibeamte D. S. war am Tattag in Heilbronn; darauf hat Hajo Funke heute Vormittag hingewiesen. Laut Akten kontrollierte er nach der Tat von 14:45 Uhr bis 14:55 Uhr, also ganze zehn Minuten lang, Passanten auf der Theresienwiese. Auch von D. S. wurden DNA-Spuren an Gürtel und Hose von M. A. gefunden. Eine Vernehmung von D. S. findet sich nicht in den Unterlagen. Gehen Sie diesen Ungereimtheiten in den Akten auf den Grund.

Offene Fragen zu einigen Personen; zunächst M. A: M. A. wurde am 25. April 2007 mit seiner schweren Kopfverletzung ins Klinikum Ludwigsburg geflogen und dort mehrfach operiert. Am 15. Mai, nach drei Wochen, wurde er zur Rehabilitation nach Neresheim ins SRH-Fachkrankenhaus gebracht. Aus Ärztekreisen in Ludwigsburg stammt eine Information, dass A. drei Tage nach seiner Einlieferung in Ludwigsburg, also etwa am 28. April, kurzzeitig weggebracht worden sein soll.

Diese Information wurde vom Klinikum Ludwigsburg nicht dementiert, sondern es wurde auf die zuständigen Behörden verwiesen. Das Innenministerium verweigerte die Auskunft, ebenso die Bundesanwaltschaft. Ein Kollege erhielt allerdings auf dieselbe Frage die Auskunft, A. sei – Zitat – „kurz nach seiner Noteinlieferung in Ludwigsburg ins Fachkrankenhaus Neresheim verlegt worden“. Man kann diese Auskunft so interpretieren: Die Information, A. wurde verlegt, wird bestätigt, aber mit dem falschen Ort zur falschen Zeit vermischt. Wurde der schwer verletzte Beamte tatsächlich kurzzeitig weggebracht? Wenn ja, wohin? Wer hat das veranlasst? Und vor allem: Warum?

A. H.: Auch er war am Montag hier schon Thema. Der Vermieter des Wohnmobils aus Chemnitz, das von Bönnhardt unter dem Namen G. angemietet worden war, das am 25. April 2007 mutmaßlich in Heilbronn war und das jedenfalls bei der Ringfahndung in Oberstenfeld eine halbe Stunde nach der Tat ostwärts fahrend registriert wurde – dieser Vermieter war am 25. April 2007 in Heilbronn. Das ergab seine Befragung vor dem OLG in München. Der Grund sei gewesen, dass er einen Gebrauchtwagen angeschaut habe irgendwo in einem Gewerbegebiet. Er habe das Fahrzeug gekauft und direkt mitgenommen. Und dann auf Nachfrage von Nebenklageanwälten: Das Fahrzeug existiere aber nicht mehr, weil es bei der Überführung nach Chemnitz einen Unfall mit Totalschaden gehabt habe.

Bei seiner Vernehmung durch das BKA bzw. LKA im Dezember 2011 hatte H. dagegen erklärt, er habe in Heilbronn keine Geschäftspartner und sich dort am 25. April 2007 auch nicht aufgehalten. Die Bundesanwaltschaft hat nach H. Aussage vor dem OLG angekündigt, den Sachverhalt ermitteln zu wollen. Ob das geschah, und, wenn ja, mit welchem Ergebnis, entzieht sich meiner Kenntnis. Fragen Sie nach: Wurde ermittelt, und was ergaben die Ermittlungen? Lassen Sie sich die Unterlagen geben.

V-Frau „Krokus“ – Untersuchungsgegenstand des LfV Baden-Württemberg –: Sie macht Aussagen, die ihr ehemaliger V-Frau-Führer bestreitet. Sie will 2006 Zschäpe in Ils-hofen und Bönhardt in Erlenbach getroffen haben. Sie erklärt, von 2006 bis 2012 als V-Person gearbeitet zu haben, also schon zur Zeit des Anschlags. Ihr V-Mann-Führer R. O. dagegen behauptet, sie sei erst nach dem Mord rekrutiert worden und sei von Sommer 2007 bis 2010 als Informantin tätig gewesen. Das lässt sich überprüfen, z. B. anhand der Personaldaten im LfV.

Im Fall „Krokus“ steht Aussage gegen Aussage. Der U-Ausschuss des Bundestags in Berlin hat nur den LfV-Beamten O. gehört, nicht die V-Frau. Das muss nachgeholt werden. Der Fall zeigt nebenbei, dass es keinen Sinn macht, nur V-Mann-Führer zu hören. Im Gegenteil: An erster Stelle müssen die V-Leute gehört werden. Sie sind die unmittelbaren Zeugen.

Tino Brandt – auch schon mehrfach angesprochen –. Der Neonazi-Aktivist des „Thüringer Heimatschutzes“ und V-Mann des Verfassungsschutzes war Besitzer eines Hauses in Hardthausen nördlich von Heilbronn von 2004 bis 2008. Laut Innenministerium und laut Brandt selber habe er nicht in dem Haus gewohnt. Unklar ist bis heute, wer sich möglicherweise dort aufgehalten hat und wofür das Haus genutzt wurde.

Theoretisch vorstellbar ist, dass es sich um eine konspirative Wohnung gehandelt hat, in der Treffen von V-Mann-Führern mit V-Leuten stattfanden. In Hardthausen lebt der ehemalige NPD-Aktivist und V-Mann des LfV, M. L. Und es gibt Hinweise auf einen weiteren V-Mann dort in der NPD. Die Person M. L., ehemals Landeschef der NPD-Jugendorganisation JN, hatte Kontakte nach Thüringen, u. a. zu P. W. aus Eisenach, früherer JN-Chef von Thüringen, heute NPD-Landeschef. W. zählt zum NSU-Umfeld. Mit ihm wiederum hängt C. S. zusammen, ehemals zweiter JN-Chef von Thüringen, heute Angeklagter in München – und mittendrin der Spitzel und NPD-Funktionär Tino Brandt. Brandt hat in München vor dem OLG ausgesagt, er habe das Haus in Hardthausen damals für einen Geschäftsmann aus Thüringen gekauft. Wer ist dieser Geschäftsmann, und was tat er?

Der Fall F. H.: Dazu an dieser Stelle nur ein Gedanke: Die Todesermittlungen wurden von der Stuttgarter Polizei durchgeführt. Die Ermittlungen im Zusammenhang mit NSU und dem Heilbronn-Mord liegen jedoch in den Händen der Bundesanwaltschaft. Dort liegen mindestens zwei Vernehmungen mit H. vor, die bisher nicht bekannt sind und auch dem Untersuchungsausschuss des Bundestags nicht zur Verfü-

gung gestellt wurden. Auch hier gilt: Lassen Sie sich die Akten aus Karlsruhe kommen – ungeschwärzt.

Der Innenminister hat dem Ausschuss Zehntausende Aktenseiten geliefert. Überprüfen Sie, ob sie vollständig sind. Akzeptieren Sie keine Herausnahmen von Blättern und keine Schwärzungen durch Behörden, die Ihr Untersuchungsgegenstand sind. Akzeptieren Sie keine geheimschutzlichen Einstufungen durch Organe des Sicherheitsapparats, die an der Verhinderung der Aufklärung beteiligt sind und die sogar im Verdacht stehen, in die Mordserie verstrickt zu sein, keine Aussagegenehmigungen, die nämlich immer Aussageeinschränkungen sind. Geheimschutz ist Täterschutz. Sie sind als Gremium des Parlaments unabhängig und nicht der Exekutive nachgeordnet.

Auch nach drei Jahren wissen wir nicht, was der NSU-Komplex genau war und ist. Wir kennen aber Bestandteile: Das sind Neonazis, der Verfassungsschutz, die organisierte Kriminalität sowie die Polizei. Wie sie zusammenhängen, das müssen wir alle herausfinden. Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe waren ein Teil dieses Geflechts.

Schlussbemerkungen: Im Januar 2012 hat der Bundestag seinen Untersuchungsausschuss zum Thema NSU eingesetzt. Seine Fortsetzung ist nur eine Frage der Zeit. Im Februar 2012 folgte der Ausschuss in Thüringen, dessen Fortsetzung bereits beschlossen ist. Im April 2012 begann der U-Ausschuss in Sachsen, im Juli 2012 der in Bayern. Im Jahr 2014 rangen sich die Parlamente in Hessen, NRW und Baden-Württemberg zu einem U-Ausschuss durch – nach drei versäumten Jahren.

Was geschah in Baden-Württemberg? Nach dem Bekanntwerden des NSU im November 2011 erklärte der Innenminister, alle Ermittlungen seien von da an darauf ausgerichtet gewesen, die Täterschaft von Böhnhardt und Mundlos nachzuweisen. Das war tendenziös und ist gescheitert. Es erbrachte quasi sogar den Gegenbeweis.

Ermittlungsbericht BKA, Oktober 2012, im Wortlaut:

Ein eindeutiger Nachweis, dass Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos am Tattag in unmittelbarer Tatortnähe in Heilbronn waren, konnte bislang nicht erbracht werden.

Fragen Sie sich, warum die Bundesanwaltschaft das Gegenteil behauptet. Die Frage steht zwar nicht im Untersuchungsauftrag, aber sie steht für alle sichtbar im Raum.

Vor zwei Jahren setzte der Innenminister dann die sogenannte Ermittlungsgruppe „Umfeld“ ein, um den NSU-Komplex aufzuklären – eine Ermittlungsgruppe, die ihren Namen nicht verdient hat. Sie hat nicht ermittelt, sondern lediglich Befragungen durchgeführt – Etikettenschwindel und Hochstapelei, könnte man sagen. Etwa ein Drittel der KKK-Mitglieder – Ku-Klux-Klan – verweigerte gegenüber der EG schlicht die Antwort. KKK-Mitglied und V-Mann „Corelli“ wurde nicht mal angesprochen. Jetzt geht es nicht mehr.

Vor einem Jahr veröffentlichte der Innenminister den Bericht dieser EG „Umfeld“. Er wurde durch alle Fraktionen hindurch hoch gelobt. Besser könne es ein Untersuchungsausschuss nicht machen, erklärte ein SPD-Abgeordneter, der heute als Obmann hier in diesem UA sitzt. Im O-Ton sagte er u. a.: Der Bericht der EG „Umfeld“ ist gerade deshalb so gut, weil er nicht alle Fragen beantwortet.

Ähnlich der Obmann der FDP/DVP. Auch er sprach sich entschieden gegen einen Untersuchungsausschuss aus und sagte wörtlich:

Natürlich sind nicht alle Rätsel gelöst – sie können wahrscheinlich auch nicht gelöst werden.

Und der CDU-Vertreter, der heute der stellvertretende Vorsitzende dieses Untersuchungsausschusses ist, meinte, ein Untersuchungsausschuss bringe keinen Gewinn.

Wie es weiterging, ist inzwischen Landesgeschichte: Nach der EG „Umfeld“ kam die Enquetekommission, um zu verhindern, dass ein UA eingerichtet wird. Diese Kommission fiel zusammen wie ein Kartenhaus. Dass dann urplötzlich, wie Phönix aus der Asche, dieselben Abgeordneten einen NSU-Untersuchungsausschuss installierten, die ihn bis dahin energisch bekämpften, macht uns, macht mich misstrauisch. Ich sehe ein Problem darin, wenn Abgeordnete ihr eigenes früheres Regierungshandeln aufarbeiten sollen.

Ich vermissе andererseits hier Abgeordnete, die in den letzten drei Jahren nicht untätig herumsaßen oder mauerten, sondern die sich bemühten, aufzuklären, z. B. den Abgeordneten Daniel Lede Abal. Er forderte seit Jahren diesen U-Ausschuss. Er hat sich in der Materie kundig gemacht, Gespräche geführt, recherchiert – vielleicht der Abgeordnete des Landtags, der sich am besten im NSU-Komplex auskennt. Er sitzt nicht in diesem Ausschuss, weil ihn der Bannstrahl der größten Fraktion traf.

Er hat gelogen, richtig, das gehört sich nicht. Doch die CDU misst mit zweierlei Maß. Die Unwahrheiten des Innenministers akzeptiert sie, sie passen ihr ins Konzept. Obendrein wage ich zu bezweifeln, dass einer Partei, die ebenfalls drei Jahre lang die Aufklärung verhinderte, die Legitimation fehlt, in dieser Weise zu richten. Wollte sie die Affäre benutzen, um einen qualifizierten Abgeordneten loszuwerden? Kurz: Beenden Sie den kleinkarierten Bannstrahl gegen Daniel Lede Abal, und sorgen Sie dafür, dass er hier Platz nehmen und mitarbeiten kann. Sie brauchen seine Kompetenz. Sie haben keine Ressourcen zu verschleudern.

Vorletzter Punkt: Eine Initiative von Bürgern begleitet und beobachtet diesen Ausschuss kritisch, protokolliert das Gesagte und kommentiert es. Das ist gut. Sehen Sie darin nicht lästige Störenfriede, sondern begreifen Sie diese Öffentlichkeit als Ihren Bündnispartner.

Wir Journalisten, die Dutzende von engagierten Opferanwälten, Abgeordneten und auch tatsächliche Ermittler – wir allein können den NSU-Komplex nicht lösen. Wir brauchen die maximale Öffentlichkeit. Die Aufklärung muss zur nationalen Sache werden.

Und deshalb ein allerletzter Vorschlag: Übertragen Sie die Ausschusssitzungen live im Fernsehen und Radio.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und stehe jetzt Ihren Fragen zur Verfügung, auch zu unbeantworteten Fragen vom Montag.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Moser. – Ich möchte mal gleich eine Frage stellen. Sie haben ja einige Fragen schon von sich aus beantwortet.

Den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses kommentieren Sie in einem Artikel von Juli 2013 mit den Worten, das Dokument sei widersprüchlich, und der Ausschuss wisse einerseits mehr, als er erklärt, und andererseits weniger, als er vorgebe. Können Sie uns diesen Satz erläutern?

Sv. Thomas Moser: Er hatte mehr Unterlagen zur Verfügung, die er nicht mehr bearbeitet hat, bzw. die Erkenntnisse, die er nicht zur Verfügung gestellt hat. Er hatte z. B. Akten von der Bundesanwaltschaft, in der es um diese FBI-Geschichte ging, vorliegen. Er wusste weniger, als er vorgibt. Das heißt – ich führe das übrigens in dem Artikel aus –, er hätte im Prinzip sich zu den weißen Flecken, die der Ausschuss auch hatte, bekennen müssen. Er hätte sagen müssen: Viele Sachen haben wir nicht herausgefunden aus diesen und jenen Gründen, weil die Behörden blockieren, und wir sind nicht weitergekommen.

Mein Kommentar zu diesem Ausschuss ist sogar: Der Ausschuss hätte – – Im Herbst 2012 entbrannte ein fürchterlicher Machtkampf zwischen Exekutive und diesem Ausschuss. Und im Endeffekt hat der Ausschuss den Machtkampf gegen die Exekutive verloren. Die Exekutive hat Informationen zurückgehalten mit allen möglichen Methoden, und der Ausschuss hätte an einem bestimmten Punkt sagen müssen: Wir werden blockiert. Wir können es nicht lösen. Er hätte im Prinzip in den Streik treten sollen und hätte sagen müssen: Unter diesen Voraussetzungen können wir den NSU-Komplex nicht aufklären. Wir beenden unsere Tätigkeiten. Wir brauchen mehr Möglichkeiten.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Pröfrock.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Herr Moser, haben Sie im Rahmen Ihrer journalistischen Arbeit vor dem 4. November 2011 schon mal etwas von dem NSU oder dem Nationalsozialistischen Untergrund gehört?

Sv. Thomas Moser: Nein.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Hat Ihnen NSS was gesagt?

Sv. Thomas Moser: Nein.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Haben Ihnen die Namen Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe etwas gesagt?

Sv. Thomas Moser: Auch nicht, nein.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Auch nicht. Danke schön. – Sie haben in einem Beitrag für die KONTEXT: Wochenzeitung am 19. Juni 2013 sich mit den Angaben der VP „Krokus“ beschäftigt. Sie haben vorher berichtet, dass „Krokus“ ihrem VP-Führer O. eine Woche nach dem Attentat in Heilbronn berichtet haben soll, eine Krankenschwester aus der rechtsextremistischen Szene habe versucht, M. A. in diesem bereits benannten Ludwigsburger Krankenhaus auszuspähen.

In dem Artikel schreiben Sie auch, dass auf der Garagenliste des Mundlos mehrere Namen aus dem Kreis Ludwigsburg aufgelistet seien und dass sich darunter auch eine Frau befinde, die tatsächlich als Krankenschwester in diesem Klinikum Ludwigsburg gearbeitet habe. Können Sie uns sagen, um welche Frau es sich dabei gehandelt hat oder handelt? Und haben Sie auch recherchiert, falls es diese Frau gibt, ob diese Frau im April, Mai 2007 in diesem Ludwigsburger Krankenhaus gearbeitet hat, in dem M. A. lag?

Sv. Thomas Moser: Diese Auskunft möchte ich nicht geben, also wer diese Frau ist.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Dann habe ich keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Filius.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Herr Moser, Sie haben zunächst erwähnt, dass Akten nicht vollständig seien. Ist das jetzt Ihre Erkenntnis? Haben Sie das selbst überprüfen können in den Bereichen, oder sind das jetzt Informationen, die Ihnen zugetragen worden sind?

Sv. Thomas Moser: Ich habe ja die Beweisführung angetreten. Also ich habe aus den Ermittlungsakten vor 2011 zitiert, habe die studiert, analysiert. Wenn Polizeibeamten ihre angebliche Erstvernehmung vorgehalten wird – das heißt, die Vernehmerin liest daraus vor –, und nach den Protokollen der vorliegenden Akten bestätigen die auch ihre Unterschrift, und Sie finden dann diese Akten nicht oder finden diese Protokolle nicht in den vorliegenden Akten, dann müssen sie nachher rausgenommen worden sein. Das heißt, sie sind unvollständig. Sie sind nicht da.

Es gibt noch weitere Beispiele. Der mehrfach angesprochene Patenonkel von M. K., M. W., wurde auch vernommen. Wenn Sie diese Vernehmung lesen, dann werden Sie feststellen, dass die keinen Anfang und kein Ende hat. Also, die beginnt mittendrin im Prinzip. So gesehen sind die Akten unvollständig.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Okay. Danke. – Dann habe ich eine Frage – Sie haben es kurz auch gestreift gehabt; das war der Prozess in München. Und jetzt in der Konstellation, was können Sie denn sagen zu dem Verhalten der Anwälte, zu dem Komplex, als der Vorfall Heilbronn aufgerufen worden ist? Wie ist dort die Verteidigung vonstattengegangen?

Sv. Thomas Moser: Ja, Sie spielen auf eine Beurteilung meinerseits ab. Es ist auffällig gewesen – – Oder sagen wir mal so: Die Anklage behauptet, Mundlos und Böhnhardt waren die Täter, Zschäpe hat zu diesem Trio gehört, deswegen Mittäterschaft. Wenn es jetzt Hinweise darauf gibt, dass Mundlos und Böhnhardt gar nicht die Täter waren, dann muss natürlich auch in dem Fall die Mittäterschaft von Zschäpe wegfallen. Und deswegen war das Verhalten der Verteidiger von Zschäpe – – Also es gab ein Nichtverhalten. Sie haben keine einzige Frage gestellt, keinen Beweisantrag formuliert usw. Deswegen war dieses Nichtverhalten auffällig, dass jemand, der eigentlich jemanden verteidigen soll, in dem Fall gar keine Verteidigung vornimmt, sondern einfach schweigend dabei sitzt.

Was das zu bedeuten hat, weiß ich nicht, aber als Chronist ist es meine Pflicht, solche Dinge auch zu berichten.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Also eine Erklärung haben Sie dazu nicht? Oder – –

Sv. Thomas Moser: Sie fordern mich jetzt auf, eine Theorie oder eine Hypothese zu formulieren. Wenn es so explizit gekennzeichnet ist, mache ich das gern.

Beate Zschäpe weiß viele Dinge – es gibt auch viele Dinge, die sie sicher nicht weiß –, und unter diesem Wissen befinden sich Sachen, Dinge, die möglicherweise auch für Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik nicht angenehm sind. Und dann ist das Schweigen das Beste, sowohl für sie als auch für diese Sicherheitsbehörden.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Jetzt gehe ich zurück zu dem Komplex, auch nochmals Heilbronn, aber jetzt nicht bei der Verhandlung in München, sondern jetzt – – Ich habe hier auch noch etwas dann halt gefunden. Sie haben in der „taz“ 2012 geschrieben, es gibt noch sechs offene DNA-Spuren am Streifenwagen und an der Bekleidung des schwer verletzten Beamten.

Da haben Sie ja schon eine Position nochmals dazu genannt gehabt. Ist jetzt aus Ihrer Sicht da nochmals Weiteres dazu zu erklären über das, was Sie gesagt haben?

Sv. Thomas Moser: Ich habe berichtet. Das war über diese Sitzung im Untersuchungsausschuss im September 2012, als Herr S. anwesend war, Herr M., Herr Schmalzl und in dem Fall Herr M.. Herr M. hat von offenen Spuren gesprochen, sechs offenen DNA-Spuren. Das sind übrigens nicht die von den Polizeibeamten. Es gibt nach wie vor sechs offene DNA-Spuren mehr. Ich weiß nicht, ob die inzwischen geklärt sind. Weiß ich nicht. Man liest nicht alles. Aber ich habe bisher dazu nichts zur Kenntnis genommen.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Gibt es über das, was Sie jetzt schon uns mitgeteilt haben, nochmals Hinweise, wo Sie sagen, da könnte man nochmals nachfassen? Also, welche Personen müssten denn aus Ihrer Sicht befragt werden noch zusätzlich? Oder war das jetzt allumfassend?

Sv. Thomas Moser: Von Ihrem Ausschuss aus hier? Also ganz viel. Sie müssten diese Polizeivernehmungen durcharbeiten und dann entsprechend Polizeibeamte vorladen. Es gibt Ungereimtheiten, Fragen, z. B. auch, was die Familie A. angeht. Da wurden auch Umfeldermittlungen vorgenommen. Auffällig ist, dass keine Vernehmung mit seiner Mutter stattgefunden hat und keine Vernehmung mit seinem Stiefvater, der beim BfV gearbeitet hat.

W. habe ich angesprochen. Interessant ist, dass neben M. K. es vielleicht ein Dutzend Polizeibeamten gab oder noch gibt, die auch aus Ostdeutschland kommen, wie M. K.. Die Y. M. habe ich angesprochen. Es gibt andere, die aus Orten kommen – Hoyerswerda, Greiz, Stollberg, Eisenach –, in denen auch Neonazis aktiv sind. Das wären möglicherweise lohnende Umfeldermittlungen. Ich weiß es nicht.

Uns fallen immer nur Widersprüche auf. Wir haben ja keine Theorie, sondern uns fallen Widersprüche auf, und wir sind zu der Erkenntnis gekommen, die Theorie der Bundesanwaltschaft stimmt nicht.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Dann habe ich keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Moser, ich habe vorhin nicht geschaltet. Die Antwort, die Sie verweigerten auf die Frage von Herrn Pröfrock, die haben Sie aus Quellenschutzgründen verweigert?

Sv. Thomas Moser: Ich möchte nicht sagen, wer diese Frau ist. Genau.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ja, ist okay.

Sv. Thomas Moser: Aus Quellenschutzgründen. Genau.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Genau, so. Danke. – Herr Sakellariou.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Moser, zunächst mal vielen Dank für die Anregungen in dem Komplex „Erbse“, denen wir nachgehen werden, und zwar, denke ich mal, auch mit Ihrer Hilfe, mit dem, was Sie heute gesagt haben.

Jetzt habe ich aber eine Frage. Sie haben formuliert, dass das Landesamt zahlreiche Quellen in der rechten Szene hat – was es bestreitet. Könnten Sie das ein bisschen konkretisieren, dass Sie mir eine Zahl nennen oder, ähnlich, wie Sie es vorhin gemacht haben, dass Sie einer Person zwei Buchstaben zuordnen? Meinen Sie da eine Person? Meinen Sie zehn Personen? Meinen Sie 15 Personen? Können Sie das in irgendeiner Form konkretisieren?

Sv. Thomas Moser: Bei welcher Person habe ich zwei Buchstaben zugeordnet?

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: M. L ...

Sv. Thomas Moser: Ja.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: ... im Zusammenhang mit einem – –

Sv. Thomas Moser: In Hardthausen, genau. Das ist eine Person, genau. M. L., der ist wohl ausgestiegen. Aber, gut – – Man könnte sagen, wer einmal lügt, dem glaubt man nicht – Behördenvertretern nicht glauben. Besser ist, man überzeugt sich anhand der Akten. Auch da würde es sich dann lohnen, die Akte zu ziehen, zu gucken: Stimmen die Personaldaten? Wann wurde er angeworben? Wann wurde der Dienst beendet? Das muss alles niedergelegt sein eigentlich. Man muss sich dann mit der Aktensystematik vertraut machen.

Ich habe auch da konkrete Angaben gemacht, was N. S. angeht. Da geht es um Karlsruhe, um die Neonaziszene von Karlsruhe. Die Kollegin Röpke hat heute Morgen von dem „Swastika-Cup“ berichtet. Um N. S. herum sind es mindestens sechs bis sieben V-Leute, allein für die Karlsruher Ecke. Dann können Sie sich vorstellen – also allein diejenigen, die wir schon aufgezählt haben, T. O. usw. –, da kommen wir auf jeden Fall auf eine Menge, die nicht mit dem übereinstimmt, was Herr Rannacher und Frau N. und Herr Schmalzl uns vor diesem Ausschuss in Berlin erklärt haben.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Dann eine zweite Frage, die heute auch Herrn Professor Funke gestellt wurde. Kennen Sie die V-Frau „Krokus“ persönlich? Haben Sie sie schon mal persönlich gesprochen? Und können Sie – –

Sv. Thomas Moser: Nein.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Haben Sie noch nicht gesprochen? – Okay.

Dann haben Sie, Herr Moser, ausgeführt, dass mehr baden-württembergische Polizeibeamte als die zwei, die uns bekannt sind, beim Ku-Klux-Klan aktiv waren oder in irgendeiner Form eingebunden waren. Können Sie uns dazu Erkenntnisse noch geben oder eine Richtung, an der wir weiterermitteln können, wie wir da, sage ich mal, aus den zweien mehrere machen?

Sv. Thomas Moser: Das sind Erkenntnisse aus dem Untersuchungsausschuss in Berlin. Da war von sicher drei weiteren die Rede, darunter eine Frau, und noch von, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, fünf Kandidaten.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Also diese Zahlen kennen wir. Aber Sie haben darüber hinaus keine eigenen Erkenntnisse, ...

Sv. Thomas Moser: Nein, habe ich nicht.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: ... sondern Sie haben die zitiert, die Sie aus dem Bundestagsuntersuchungsausschuss – – Okay.

Sv. Thomas Moser: Genau, keine eigenen Erkenntnisse darüber hinaus.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Dann sind wir da auch d'accord. Alles klar. – Dann bedanke ich mich. Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Dr. Bullinger.

Abg. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Moser, Ihre sehr umfangreichen Ausführungen werden wir natürlich im Protokoll noch nacharbeiten müssen. Das ist sehr viel an Information, vor allem gespickt mit sehr vielen Fragezeichen und sicherlich einem Berg von Hausaufgaben, die wir da dann, wenn wir das abarbeiten, machen.

Ich habe nur mal die Frage zu „Krokus“. Ich frage Sie: Wie bewerten Sie eigentlich – weil sehr unterschiedlich die Glaubwürdigkeit auch bewertet wird – die Glaubwürdigkeit von „Krokus“?

Sv. Thomas Moser: Also bestätigt ist, dass sie V-Frau war. Das ist bestätigt. Da gibt es schon mal eine Deckungsgleichheit. Die Deckungsgleichheit besteht nicht mehr, was den Zeitpunkt und das Ende angeht. Das habe ich ja ausgeführt. Sie sagt Dinge, die man überprüfen kann unter Umständen. Also, sie sagt z. B., dass ein V-Mann-Führer in Heilbronn war. Sie macht Aussagen zu Ludwigsburg.

Sie müssen sie anhören. In welchem Verfahren, weiß ich nicht, weil sie nicht nach Deutschland kommen will offensichtlich. Dann müssen Sie sie halt, wenn Ihnen das wichtig ist – meiner Meinung nach wäre es wichtig –, aufsuchen. Es kann nicht sein, dass man, wenn objektiv Aussage gegen Aussage steht – objektiv –, das so stehen

lässt. Man muss sie befragen, und Sie müssen sich natürlich selber ein Bild von der Glaubwürdigkeit machen.

Das ist immer so eine Sache mit der Glaubwürdigkeit. Wir suchen immer nach Kriterien, nach Sachargumenten, und sie liefert einfach Informationen ab, die sie aus eigenem Wissen haben muss im Prinzip.

Jetzt das Verhalten von ihr oder ihrem Lebensgefährten, das möchte ich jetzt gar nicht bewerten. Das ist für mich auch nicht unbedingt wichtig, weil ein dubioses Verhalten sehe ich überall. Das sehe ich auch bei staatlichen Vertretern im Prinzip, die sich auf eine Art und Weise verhalten, wo ich sagen würde, von dem würde ich nichts annehmen. Aber das ist nicht das Kriterium.

Abg. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Noch eine kleine Nachfrage, und zwar: Holger Schmidt sagte am Montag vor dem Untersuchungsausschuss, dass Brandt die Schlüssel zu dem Haus in Hardthausen nie erhalten hätte. Wie bewerten Sie eigentlich diese Aussage oder diese Erkenntnis?

Sv. Thomas Moser: Ja, das ist Poesie vielleicht, weil – – Also er hat objektiv das Haus ersteigert. Ich weiß jetzt nicht, wann es in Zwangsverwaltung gegangen ist. Es kann auch sein, dass er selber sagt, er hatte die Schlüssel nicht. Aber das ist sozusagen – – Das kann nicht das Kriterium sein, sondern auch das kann man eventuell überprüfen. Es gibt ja sozusagen Dokumente über die Schlüsselgewalt.

Und interessant fand ich halt, dass Tino Brandt selber eine Aussage macht, die sich bisher nicht deckt mit dem, was bekannt ist, dass er also einfach das Haus für den Vormieter übernommen hätte. Er redet von einem Thüringer Geschäftsmann. Man muss einfach fragen: Wer ist dieser Thüringer Geschäftsmann – das muss ermittelt werden –, und in welchem Kontakt, in welcher Beziehung steht er zu ihm? Was tat der beruflich, politisch usw.? Das sind die Dinge.

Also ich habe auch von meinem Kollegen Schmidt erstaunt zur Kenntnis genommen, dass er da zwar recherchiert hat, und er wollte – das hat er auch in seinem Blog-Eintrag gemacht – Tino Brandt eigentlich aufsuchen und ihn interviewen, dass aber auch er nicht sagen kann, für wen das Haus eigentlich gewesen sein soll, obwohl er ins Grundbuch geguckt hat. Also Holger Schmidt kann nicht sagen, für wen Tino Brandt das Haus gekauft haben soll. Tino Brandt sagt, für einen Geschäftsmann in Thüringen. Der Richter Götzl hat nicht nachgefragt, wer dieser Geschäftsmann in Thüringen ist. Sie können Tino Brandt aufsuchen – ich weiß nicht, in welcher JVA er gerade sitzt – und ihn fragen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Frau Haller-Haid.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Herr Moser, Sie haben gesagt oder die Frage aufgeworfen: Haben die Ermittler in Heilbronn Spuren verwischt? Dahinter steckt ja ein ziemlich

harter Vorwurf. Und Sie haben ein paar Punkte aufgeführt, wie z. B., der Angler wurde nicht gefunden, die Verhöre, die Phantombilder. Ich würde von Ihnen gern noch mal genauer hören, ob Sie noch nähere Angaben, weitere Aussagen genau dazu machen könnten.

Sv. Thomas Moser: Es ist meine Expertise im Wesentlichen der Ermittlungsakten, und ich habe auch mit Leuten vom LKA gesprochen. Diese Spur, Heilbronn, ist bisher nicht in der öffentlichen Debatte. Offensichtlich wird diesen Spuren nicht nachgegangen. Also, Spur Polizei ist nicht in der öffentlichen Debatte. Diesen Spuren wird offensichtlich nicht nachgegangen.

Mir sind diese Dinge beim ersten Mal auch nicht unbedingt aufgefallen. Aktenstudium ist eine komplizierte Geschichte, vor allem, wenn Sie ergebnisoffen rangehen wollen. Sie wissen ja nicht – ich hab keine Hypothese sozusagen, die ich abarbeite –, wonach Sie suchen und was z. B. widersprüchlich ist und wo sich ein Bild fügt.

Aber irgendwann verdichten sich Dinge, und wenn man dann – – Jede einzelne Polizeispur für sich ist vielleicht Zufall oder könnte abgetan werden. Aber wenn es sich dann verdichtet und mehrere kommen zusammen, und Sie lesen es dann noch mal mit einem anderen Vorzeichen vielleicht, oder dann kommt dieser Zeuge in München, der Herr S., der die Toten zuerst gesehen hat und Meldung gemacht hat, und der macht solche Aussagen, und dann sehen Sie: „Hoppla, das passt doch eventuell mit dem zusammen, was die Polizeibeamtin Y. M. geäußert hat“, dann entsteht plötzlich ein Bild:

Und man geht dem NSU-Trio nach, also der Neonaziszene. Auch die Verstrickung des Verfassungsschutzes ist Thema, die organisierte Kriminalität, aber wir haben die Täter nicht. Nach wie vor haben wir die Täter nicht. Mundlos und Böhnhardt waren es meiner Meinung nach nicht, zumindest nicht die unmittelbaren Schützen. Ich kann auch ausführen, warum nicht. Das heißt, wir müssen noch weitersuchen.

Und die Bereitschaftspolizei Böblingen ist zu Teilen undurchschaubar. Die haben da eine Doppel- und Dreifachstruktur. M. K. war nicht nur in der BFE-Einheit, Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit, sie war noch Streifenpolizistin und dann noch im Zivilen Aufklärungstrupp z. B. Das ist eine Sondereinheit innerhalb der BFE. Sie war nicht offen ermittelnde Beamtin. Sie war verdeckte Ermittlerin. Das sind alles Schattenbereiche, die durchleuchtet werden müssen, und das kann natürlich nur ein Ausschuss.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Sie haben gerade angedeutet, dass Sie noch Ausführungen machen könnten, warum Sie nicht davon ausgehen, dass die beiden, Mundlos und Böhnhardt, diese Täter von Heilbronn waren.

Sv. Thomas Moser: Also unabhängig jetzt von den Phantombildern, von denen keines die beiden zeigt: Die Bundesanwaltschaft behauptet in ihrer Zwei-Täter-Theorie – also

Mundlos und Böhnhardt haben geschossen und nur sie, und sie haben auch die Tat begangen ohne Zutun ortskundiger Dritter –, Mundlos habe links des Wagens M. K. ermordet und Böhnhardt auf der rechten Seite auf M. A. geschossen.

Die Bundesanwaltschaft muss sich deshalb in dieser Weise festlegen, weil es ja diese Hose gibt, diese Camouflage-Hose mit nachgewiesenermaßen Blut von M. K.. Also derjenige, der die Hose getragen hat, muss da gestanden haben. Ob er der Schütze war, ist nicht ganz sicher, aber er muss dabei gewesen sein. Und diese Hose ordnet die Bundesanwaltschaft Uwe Mundlos zu, weil ein Zellstofftaschentuch gefunden wurde mit DNA-Fragmenten von Mundlos. Also, es ist kein Vollmuster, sondern es sind Fragmente. Interessanterweise hat man auf der ganzen Hose keine DNA-Spuren von Mundlos gefunden. Aber die Bundesanwaltschaft legt sich fest: links Mundlos, also rechts Böhnhardt.

Nun muss man wissen, dass Böhnhardt Linkshänder war. Und wenn er mit links geschossen hätte und es müsste mit dem Schusskanal in Übereinstimmung sein, dann hätte er im Prinzip an M. A. vorbeigehen müssen und von vorne auf ihn geschossen haben, bzw. – mein Kollege Thumilan Selvakumaran hat das auch ausgeführt – er wäre dann in der Schusslinie des Kollegen gewesen. Also muss eigentlich ein Rechtshänder geschossen haben, und die ganzen Analysen der Gutachter gehen auch davon aus, dass es zwei Rechtshänder waren. Damit würde aber Böhnhardt wegfallen. Und wenn Böhnhardt wegfällt, fällt auch Mundlos weg.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr von Eyb.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Herr Moser, Sie haben vorhin ausgeführt, dass drei Polizeibeamten ein Vorhalt gemacht wurde über eine Vernehmung, die nicht stattgefunden hat. Wissen Sie, wie die drei Polizeibeamten darauf reagiert haben dienstlich?

Sv. Thomas Moser: Empört. Also erst – – Entschieden. Sie haben entschieden reagiert: Sie wurden damals nicht vernommen. Also, 2007 wurden sie nicht vernommen, sondern erst jetzt, 2010. Also man muss halt wissen, dass zunächst die Sache in Händen der Soko „Parkplatz“ Heilbronn lag, und dann kam man nicht weiter. Dann war die Sache mit dieser unbekanntem weiblichen Person, die Phantomspur. Dann hat das LKA übernommen und viele, viele Vernehmungen noch mal durchgeführt, auch mit den Polizeibeamten.

Sie haben also entschieden abgelehnt, dass sie zum zweiten Mal vernommen wurden. Es sei jetzt die erste Vernehmung. Und dann auch empört – empört, dass sozusagen so was da behauptet wird, was sie gesagt hätten. Aber sie haben ihre Unterschrift bestätigt. Und das kam eben der Kriminalkommissarin R. – sie war es, glaube ich – komisch vor, und sie hat einen extra Vermerk angefertigt, wo drinsteht, diese drei Beamten bestreiten ihre Erstvernehmung. Und es gibt noch zwei andere Beamte, die nicht in diesem Vermerk stehen, die auch sagen, sie werden jetzt im November oder Oktober 2010 zum ersten Mal vernommen. Also offensichtlich kein Einzelfall.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. Keine weiteren Nachfragen mehr. – Vielen Dank, Herr Moser, auch für die geduldige Beantwortung der Fragen. Sie sind damit entlassen. – Vielen Dank.

Ich würde jetzt bitten, dass der Sachverständige Schorlau nach vorn kommt.

Sachverständiger Wolfgang Schorlau

Ich stelle fest, dass der geladene Sachverständige zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß erschienen ist.

Herr Schorlau, Sie haben ja heute Morgen – wir haben darüber gesprochen – die Belehrung der ersten Sachverständigen mitbekommen. Haben Sie zu dieser Belehrung noch Fragen?

Sv. Wolfgang Schorlau: Keine Fragen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut, dann kommen wir zur Vernehmung Ihrer Person. Ich darf Sie zunächst bitten, dem Ausschuss Vor- und Zunamen, Ihr Alter und Ihre Berufsbezeichnung mitzuteilen und dann noch zu ergänzen, ob die für die Ladung verwendete Anschrift nach wie vor aktuell ist.

Sv. Wolfgang Schorlau: Mein Name ist Wolfgang Schorlau. Ich bin 63 Jahre alt, von Beruf Schriftsteller, und die Anschrift stimmt noch.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Sie haben ja auch signalisiert, am Anfang zusammenhängend berichten zu wollen. Da bitte ich Sie jetzt, den Bericht abzugeben, und anschließend stellen wir dann Fragen.

Sv. Wolfgang Schorlau: Ja, vielen Dank. – Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich freue mich sehr, bei Ihnen geladen zu sein, auch wenn das für einen Schriftsteller wahrscheinlich noch etwas unvermuteter kommt als für einen Journalisten, dass man auf einmal sozusagen sich mit dem realen Verbrechen beschäftigt. Ich freue mich wirklich sehr, dass Sie diesen Untersuchungsausschuss gegründet haben, weil es in der Tat noch viele ungeklärte und offene Fragen gibt.

Der NSU-Komplex ist der größte Kriminalfall in der deutschen Nachkriegsgeschichte, und er hat die Zutaten zu einem wirklich großen Stoff: die deutsche Wiedervereinigung sozusagen als großen Hintergrund, eine ruchlose Mörderbande, die zehn Jahre lang unerkannt mordet und raubt, Geheimdienste mit einer unklaren Rolle.

Ein großer Stoff erzählt aber auch immer etwas Neues über unser Land und über unsere Art des Zusammenlebens. Und deshalb hat diese Erzählung über den NSU sozusagen einen eigenen und sehr speziellen Subtext. Dazu vielleicht später etwas mehr.

Ich schreibe derzeit an einem Roman über diesen Komplex, und hinter mir liegen zwei Jahre intensivster Recherchen. Und ich möchte eigentlich – nicht zuletzt auch aus Gründen der Verhandlungsökonomie – nicht etwas sagen über die erstaunliche These der Bundesanwaltschaft, dass es sich bei dem Mord an M. K. um einen

Zufallsmord gehandelt hat. Ich möchte auch nicht mich äußern zu dem Themenkomplex „Ku-Klux-Klan“, sondern ich möchte ein Thema ansprechen, das noch nicht zur Sprache kam, und ich meine damit die Auffindesituation der Waffe von M. K..

Ich möchte Ihnen diese Auffindesituation der Waffe schildern. Ich habe mich sehr intensiv damit beschäftigt; denn diese Situation ist zentral für die Bewertung und Rezeption des Falles, mit dem Sie zu tun haben.

Es gibt eine Erzählung vor der Auffindung, nämlich die Arbeit der Kriminalpolizei in Heilbronn und des hiesigen LKA, und es gibt eine ganz andere danach. Und nach der Auffindung der Waffe änderten die Ermittlungen ja vollständig ihre Richtung. Vieles, wenn nicht gar alles hängt also ab von dieser Auffindesituation der Pistole, die Frau K. nach ihrer Ermordung abgenommen wurde. Und entscheidend ist, zumindest in meinen Augen: Wie glaubhaft ist die Erzählung über die Auffindesituation dieser Pistole?

Deshalb bitte ich Sie, dass Sie mir einen Augenblick folgen und mit mir zurückgehen an jenen denkwürdigen 4. November 2011, an dem Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt zu Tode kamen und an dem der NSU überhaupt erst ein Begriff wurde.

Nur noch mal zur Erinnerung: Am Vormittag überfallen zwei bewaffnete Männer eine Sparkasse in Eisenach. Die Täter fliehen auf Fahrrädern. Ein Zeuge sieht die Täter, wie sie die Fahrräder in einen Camper packen und wegfahren. Er erinnert sich an Teile des Nummernschilds. Und nun konzentriert sich die Fahndung auf diesen Kfz-Typ, ein Camper des Typs „Fiat“.

Gegen 12 Uhr entdecken zwei Polizeibeamte einen solchen Camper in dem Eisenacher Stadtteil Stregda in der Straße Am Schafrain. Die Polizisten nähern sich auf Straßenmitte diesem Fahrzeug, etwa gegen 12 Uhr, und sie hören dann in schneller Reihenfolge erstens einen Schuss, vielleicht aber auch einen Knall, sie gehen dann in Deckung hinter einem Papiercontainer, sie hören unmittelbar danach einen zweiten Schuss und einen dritten Schuss. Der erste Polizist sagt, zwischen diesen beiden Schüssen habe eine Zeitdistanz von drei bis fünf Sekunden gelegen, der zweite Polizist schätzt sie auf zehn bis 15 Sekunden ein – Abstand zweiter und dritter Schuss, wie sie sagen –, aus einer schwereren Waffe. Und unmittelbar nach dem dritten Schuss steigt Rauch aus dem Fahrzeug auf.

Das folgende Geschehen habe ich in acht Punkte gegliedert, die ich Ihnen gern vortragen möchte.

Erster Punkt: der Feuerwehreinsatz. Die Feuerwehr wird unmittelbar nach Austreten des Rauchs gerufen, erscheint relativ schnell, und die Feuerwehr beginnt mit den Löscharbeiten, und die Feuerwehr dokumentiert ihren Einsatz mit einer Kamera. Noch während gelöscht wird, betritt der Polizeidirektor M. M., Polizeichef von Gera,

die Szene und übernimmt das Kommando am Tatort. Er beschlagnahmt die Kamera der Feuerwehrleute, und seither sind diese Bilder verschwunden. Das heißt, wir wissen bis heute in der Tat nicht, wie die Situation im Camper beim Feuerwehreinsatz war. Das heißt, wir haben keine Kenntnis darüber, ob die Waffe von M. K. zu diesem Zeitpunkt bereits im Camper lag.

Zweitens: das Auffinden der Waffe. Nach der Brandlöschung betritt Polizeidirektor M. den Camper, und nach der Aktenlage macht er zwei Dinge: Er findet unmittelbar, fast schlafwandlerisch, eine Waffe, die er als Polizeiwaffe vermutet, und nimmt sie an sich. Zweitens: Er schaltet einen Generator aus und verlässt dann wieder den Camper. Diese Waffe, die er an sich genommen hat, wird dann sehr schnell als eben die vermisste Pistole von M. K. identifiziert.

Drittens: die Zerstörung des Tatorts. Bereits kurz nach seinem Eintreffen am Tatort ordert Polizeidirektor M. einen Abschleppwagen. Das tut er bereits um 13:22 Uhr nach Aktenlage von dem Abschleppdienst; ich glaube, T. heißt der. Der Camper mit den beiden Leichen wird dann auf den Abschleppwagen gezogen, und die Rampe hat einen Aufwärtsgrad von 40, also 40 Grad aufwärts. Das heißt, in diesem Camper purzelt alles durcheinander, was sich darin befindet, die Leichen und andere Beweismittel.

Erstaunlicherweise wird der Camper dann auch nicht etwa ins Polizeipräsidium Gera gebracht, was man vielleicht vermuten würde, sondern er wird in die Halle des Abschleppdienstes verbracht, und dann am nächsten Tag findet man in diesem Wagen im Grunde genommen alles, worauf sich die Anklage im Münchner Prozess heute bezieht.

Viertens: die Zeitabfolge. Ich möchte Sie noch einmal kurz bitten, Ihren Blick noch mal zu konzentrieren auf die Zeitabfolge in diesem Camper, der von diesen beiden Polizisten wahrgenommen wird. Zwischen dem zweiten und dritten Schuss liegen etwa 30 Sekunden, maximal. In dieser Zeit sollen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt erstens die Entscheidung zum Suizid getroffen haben. In dieser Zeit soll der erste Schuss gefallen sein, Mundlos tötet Böhnhardt. In dieser Zeit soll Uwe Mundlos ein Papier entzündet haben und mit diesem dann anschließend den Camper in Brand gesteckt haben. Und zum guten Schluss erschießt sich Uwe Mundlos selbst. In diesem kurzen Zeitraum, der dort zur Verfügung steht, ist das nicht möglich.

Fünftens: Den fünften Punkt habe ich überschrieben mit „Rauchgase“. Es gibt Vitalwerte, die eindeutig feststellen können, ob ein Toter ein Branderlebnis hatte oder nicht. Es gibt von der Rechtsmedizin in Jena – – Die haben die Obduktion durchgeführt. Hätte Uwe Mundlos sozusagen das Feuer in dem Camper gelegt, hätte er nachweislich Rauchgase, Abhaftungen auf dem Zahnfleisch oder CO₂ im Blut haben müssen, und das hatte er nicht. Mit allen Rechtsmedizinern, mit denen ich gesprochen habe, war die Auskunft eindeutig: Uwe Mundlos hat diesen Brand nicht erlebt. – Und dadurch stellt sich die Frage: Wer hat den Camper angezündet?

Sechstens: die Munition im Camper. Bei der Tötungswaffe von Mundlos und Böhnhardt handelt es sich um eine Winchester Modell 1 300. Diese Waffe – das sind auch die beiden letzten Schüsse, die die Polizisten vernommen haben – wirft die Patrone nach dem Schuss und nach dem Nachladen aus. Also können Sie sich vorstellen: Mundlos erschießt Böhnhardt, lädt nach – erste Patrone. Mundlos legt Feuer in Windeseile, und sodann erschießt Mundlos sich selbst. Ich frage Sie: Wo kommt die zweite Patrone her?

Es gibt umfangreiche Erklärungen, die der Polizeidirektor M. einem Politiker in Thüringen gegeben hat, der mir das erklärt hat, wie das irgendwie doch noch gewesen sein soll. Aber das ist völlig unklar, und von daher stellt sich dort auch die Frage: Wer erschoss Uwe Mundlos und in dem Zusammenhang dann eben auch den Böhnhardt?

In diesem Fall – siebtens – berichten Nachbarn darüber, dass es einen dritten Mann gegeben habe, der gesehen wurde, wie er den Camper verlassen habe und dann geflohen sein. Ich glaube, der „Stern“ war es, der darüber berichtet hat.

Der Polizeidirektor M. erklärte in Interviews, aber auch vor dem Untersuchungsausschuss Ihrer Kollegen in Thüringen, das könne nicht möglich sein, weil der Camper vor einem Zaun und einer Baugrube stand, die 2 m tief sei, und dort sei eine Flucht nicht möglich gewesen. Ansonsten hätte er sich vom Camper rechts oder links entfernen müssen, und dort hätten ihn die beiden Beamten gesehen.

Ich war am Tatort, und ich habe Ihnen etwas mitgebracht und würde Ihnen das gern zeigen. Das ist nämlich der Ort – Herr Vorsitzender, ich darf Ihnen das vielleicht geben; eins brauche ich selber – –

(Sv. Wolfgang Schorlau übergibt Herrn Richter L. Farbkopien, die dieser an die Ausschussmitglieder verteilt.)

Was Sie dort sehen, sind zwei Fotos. Das erste, das kleine, stammt – ich möchte das aus Urheberrechtsgründen sagen – aus der Zeitschrift „Focus“. Dort sehen Sie den brennenden Camper. Das untere Foto ist, was Sie an der laienhaften Aufnahme sehen, von mir selber gemacht. Es ist eine Handyaufnahme von mir. Ungefähr von der gleichen Stelle habe ich mich bemüht das aufzunehmen. Es ist aufgenommen im Sommer des letzten Jahres.

Der Polizei – – Also es gibt einen Vermerk; sowohl Polizeidirektor M. als auch ein Vermerk des Bundeskriminalamts sagt – ich zitiere das kurz mal –: Die Eingangstür des Wohnmobils befand sich zwar auf der Seite des Wohnmobils, die die eingesetzten Beamten – die heißen M. und S. – aber nicht einsehen konnten. Jedoch befindet sich ein maximal 1 m breiter Bürgersteig und direkt dahinter ein 1 m hoher Zaun, der eine ca. 2 m tiefe Baugrube sichert, in der es steil bergab geht. Sollte eine Person daraus geflüchtet sein, so wäre sie am vorderen oder hinteren Ende des Fahrzeugs in das

Sichtfeld der Beamten gelaufen, da eine Flucht über den Zaun und durch die Baugrube unmöglich ist.

Wenn Sie sich dieses Bild anschauen – oben den Zaun –, und wenn Sie sich diese angeblich steile Grube angucken, die ich fotografiert habe, dann, Herr Vorsitzender, werden Sie wahrscheinlich zugeben, dass wir beide das noch im hohen Alter gemütlich dort runtermarschieren – was ja erfreulicherweise noch lange hin ist, bis das so weit ist.

(Heiterkeit)

Das Schlimme dabei ist – – Der Thüringer Ausschuss hat auch festgestellt, dass das nicht so sein kann. Aber das Schlimme ist – das wird ja auch immer wiederholt –, dass wir hier davon ausgehen müssen, dass der Polizeidirektor M., der ja dort war, sich nicht geirrt hat. Er hat nicht die Wahrheit gesagt vor dem Untersuchungsausschuss.

Und dann gibt es noch etwas: den achten und letzten Punkt, und über den habe ich wirklich lange, lange gegrübelt. Was würden Sie machen, wenn Sie Polizist wären? Sie sehen ein brennendes Fahrzeug. Sie wissen, vermutlich sind dort zwei bewaffnete Bankräuber drin. – Sie würden das machen, was M. – wahrscheinlich – auch gemacht hat. Er hat die Feuerwehr gerufen, er hat das SEK gerufen, danach aber schnell wieder eingestellt. Aber sagen Sie mir ehrlich: Hätten Sie nicht auch einen Notarzt gerufen? – Und das ist in der Tat nicht geschehen. Zumindest aus der Aktenlage ist eindeutig: Niemand kam auf die Idee, in diesem Szenario, Ärzte zu verständigen.

Und darüber kann man wirklich lange, lange nachdenken und interpretieren. Aber das Entscheidende vor diesem Hintergrund ist – und darauf würde ich Sie gern hinweisen –: Was sagen uns all diese Dinge über die Auffindesituation? Ist die Erzählung des Polizeidirektors M., dass er in den Camper geht und sofort die Waffe findet, glaubhaft? – Ich weiß es nicht. Ich habe meine Zweifel. Wenn Sie glauben, dass es für Ihren Auftrag relevant ist, würde ich Ihnen vorschlagen: Laden Sie ihn vor, fragen Sie ihn, und vielleicht wäre es sinnvoll, ihn zu vereidigen.

Erlauben Sie mir zum Schluss vielleicht noch eine fast persönliche Abschlussbemerkung. Ich frage mich – Stand von heute –: Haben aus all dem, was uns hier beschäftigt, die Sicherheitsbehörden etwas Positives gelernt? Ich komme leider, wie Stefan Aust Ihnen am Montag ja auch erzählt hat, zu dem Schluss, dass ich befürchte, das ist nicht der Fall.

Stefan Aust hat ja den Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz zitiert, der durch die Lande zieht und erzählt: Im Grunde genommen haben wir alles richtig gemacht. Und ich sehe im Augenblick sozusagen bei den Sicherheitsbehörden eine Verteidigungslinie, die wir ihnen nicht durchgehen lassen sollten, nämlich den NSU als singuläres Phänomen im deutschen Rechtsextremismus zu betrachten, das so außergewöhnlich war, dass man ihm nicht hat auf die Spur kommen können.

Sie können diese Verteidigungslinie u. a. nachlesen in einer Festschrift des hiesigen Landesamts zum Jubiläum – ich weiß nicht, 50 oder 60 Jahre, weiß ich nicht mehr – in einem Aufsatz von C. M., manchmal auch bekannt als „Egerton“ vom Bundesamt – –

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Aus welchem Jahr ist das?)

Also der Name ist ja heute schon gefallen, mehrmals. Der beschreibt genau, dass der NSU ein singuläres Problem war, und die Dienste hätten keine Chancen gehabt. Vertreten wird sozusagen die merkwürdige Theorie, dass das Trio gewissermaßen ein Einzeltäter gewesen war.

Und das Zweite, das mich wirklich umtreibt, ist, dass die entscheidenden Kernfragen des NSU-Komplexes, nämlich „Handelt es sich um ein Trio oder ein Netzwerk?“, „Wie ist die Rolle lokaler Nazistrukturen?“, „Wie waren die Hinweise auf Combat-18-Strukturen?“, „Welche Rolle haben das Landesamt in Thüringen und das Bundesamt beim Aufbau der Naziszene in Thüringen gespielt?“ – – Und im Grunde genommen nach dem Vortrag eben von Moser eigentlich auch, dass derzeit die entscheidenden Fragen heute nahezu ausschließlich von Wissenschaftlern, von Journalisten, von Medienvertretern und – entschuldigen Sie – manchmal eben auch von einem Schriftsteller diskutiert werden.

Und wissen Sie was? Über die Einzeltäter-Theorie, die hier wieder so gewissermaßen als Subtext im Raum steht, habe ich schon mal einen Roman geschrieben, „Das München-Komplott“, nämlich über den Anschlag aufs Oktoberfest 1980. Auch dort ging die Bundesanwaltschaft sozusagen wider erkennbare Belege davon aus, es habe sich um einen Einzeltäter gehandelt, nämlich den Gundolf Köhler. Und jetzt erst, vor wenigen Monaten, nach 34 Jahren, rückt die Bundesanwaltschaft langsam von dieser Einzeltäter-Theorie wieder ab und gesteht diesen frühen Irrtum sozusagen ein.

Ich möchte meine Ausführungen wirklich mit einem Appell an Sie schließen: Lassen Sie es nicht zu, dass wir wieder 34 Jahre warten müssen, bis wir erfahren, was dort passiert ist.

Herzlichen Dank.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Schorlau. Ich hätte mal zwei Fragen. Laut Ihren Angaben haben Sie sich ja u. a. auch Tatorte angesehen, wie z. B. auch Heilbronn, und mit ermittelnden Polizisten gesprochen; zumindest haben Sie das in einem Interview, glaube ich, in der „Stuttgarter Zeitung“ ausgeführt. Haben Sie auch mit Kollegen von M. K. und von M. A. gesprochen, und was sind die Erkenntnisse?

Sv. Wolfgang Schorlau: Nein. Ich habe, was die Gespräche mit Polizisten, Ermittlungsbeamten – – Das bezieht sich auf meine Ermittlung, Recherche in Thüringen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: In Thüringen. Danke. – In einem weiteren Interview bezeichnen Sie den Mord an M. K. als einen „Schlüsselmord im NSU-Komplex“.

Sv. Wolfgang Schorlau: Ja. Der Mord an M. K. ist so außergewöhnlich, aus verschiedenen Gründen. Erstens wurde eine andere Tatwaffe verwendet, nicht die berühmte Ceska. Es wurde eine Polizistin ermordet, kein Mitbürger, kein Migrant. All das ergibt eine – – Und dann natürlich, die Auffindesituation der Waffe ist höchst dubios. Alles das gibt eben sozusagen diesem Mord möglicherweise – lässt ihn in einem anderen – – Der muss anders betrachtet werden. Das wollte ich damit ausdrücken.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut, danke. – Herr Pröfrock.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Herr Schorlau, Sie haben vorher die Situation dargestellt, dass zwei Patronenhülsen aufgefunden wurden in diesem Camper. Das sind also zwei Spuren, 1.4/3.0 und die Spur 1.4/11.0-1. Das sind zwei Patronenhülsen, die – – Jetzt komme ich zu dem Zitat von Ihnen in der „Stuttgarter Zeitung“ – ich zitiere –:

In dem Camper, in dem sich die Burschen erschossen haben sollen und der danach abgebrannt ist, hat man zwei Patronenhülsen

– die habe ich gerade angesprochen –

zu den Geschossen gefunden. Der Laie denkt: okay, für jeden eine. Stimmt aber nicht. Das Gewehr, das benutzt worden ist, wirft die Patrone erst aus, wenn es nach dem Schuss wieder durchgeladen wird. Das heißt: um auf zwei Patronen zu kommen, hätte einer der beiden Toten, dessen Kopf schon weggeputzt ist, nochmals laden müssen. Weil das nicht geht, muss eine dritte Person im Camper gewesen sein.

Das war jetzt Ihr Schluss: Zwei Patronen; er konnte nicht mehr nachladen, stattdessen muss eine dritte Person im Camper gewesen sein. Von einer solchen dritten Person gibt es aber keinerlei Spuren, die man in dem Camper möglicherweise gefunden hat.

Was Sie auch nicht ausgeführt haben, ist, dass es zwei Pumpguns in diesem Wohnmobil gab, nicht nur ein Gewehr, sondern zwei, in das die Patrone gepasst hat. Es gibt Erklärungen von Sachverständigen, dass möglicherweise die Patrone auch ausgeworfen wird, wenn von unten nach oben geschossen wird und nicht waagrecht oder nach oben, wie das im Normalfall möglicherweise so ist, oder dass sie auch beispielweise durch einen Aufprall auf den Boden – – Sie haben vorhin das Verladen angesprochen, in dem alles durcheinandergewirbelt worden ist.

Halten Sie es nicht für möglich, dass es möglicherweise auch dadurch passiert ist? Und halten Sie das nicht vielleicht sogar für wahrscheinlicher als die These vom dritten, unbekanntem Mann? Oder anders noch mal gefragt: Wäre es nicht auch möglich, dass sich bereits eine Patrone im Patronenlager befunden hat und bereits vor dem ersten Schuss die erste Patrone ausgeworfen wurde und nach dem ersten Schuss die zweite Patrone ausgeworfen wurde? Und sind das nicht Möglichkeiten, die diese zwei Patronen erklären, die wahrscheinlicher sind als die These vom unbekanntem dritten Mann?

Sv. Wolfgang Schorlau: Ja, dass die beiden Patronen aus diesem Gewehr stammen und dass sie im Zusammenhang mit dem Tod der beiden Uwes stattfinden, ist eigentlich unbestritten, auch von Polizeidirektor M. nicht. In der Tat, ich gebe zu: Es kann sein, dass durch einen Zufall – – Also dass, nachdem – – Wenn Mundlos sich selber erschießt, von unten die Waffe irgendwie auf den Boden – – Aber diese Wahrscheinlichkeit schätze ich in etwa so groß ein, wie als hätten Sie oder ich einen Sechser im Lotto.

Hinzu kommt, dass – – Ich zitiere jetzt aus DIE ZEIT. Dort gibt es einen, ich glaube, BKA-Beamten – ich bin mir nicht sicher; ich habe gleich den Namen – S. M.. Der weist darauf hin, dass eben im Wohnmobil tatsächlich eine unbekannte DNA-Spur gefunden wurde. Also die These von dem dritten Mann ist nicht so aus der Luft gegriffen, wie Ihre Frage nahelegt.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Herr Vorsitzender, ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Filius.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Herr Schorlau, Sie sprachen vorher an, nach Aktenlage wäre das jetzt so, was Sie gelesen haben, jetzt dieser gesamte Komplex, der ja von Ihnen ausführlich beschrieben worden ist mit den entsprechenden Punkten, also wie sie, Mundlos und Böhnhardt, zu Tode gekommen sind. Lagen Ihnen alle Akten denn vor?

Sv. Wolfgang Schorlau: Na ja, ich darf ja keine Akten besitzen. Aber, wie soll ich sagen – –

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Deswegen frage ich ja nach.

Sv. Wolfgang Schorlau: Ja, ja. Ich möchte die Frage so beantworten, Herr Filius: Ich kenne die Literatur im weiteren Sinne, in umfänglichem Sinne. Ich weiß nicht, ob Sie das befriedigt, aber mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Okay. – Dann habe ich eine weitere Nachfrage, und zwar haben Sie sich auch in einem Gastbeitrag in der „Stuttgarter Zeitung“ im November 2011 geäußert über die Arbeit des Verfassungsschutzes im Allgemeinen. Können Sie

dazu noch mal etwas auch ausführen? Ich kann es Ihnen natürlich auch noch mal vorhalten.

Sv. Wolfgang Schorlau: Die Arbeit des Verfassungsschutzes im Allgemeinen – – Bin ich, glaube ich, nicht kompetent. Aber ich kann Ihnen in diesem Zusammenhang sagen: Ich bin der – – Nach dem, was ich weiß, nicht zuletzt durch Befragung von oder Gesprächen mit unterschiedlichen Leuten in Thüringen, bin ich mir ziemlich sicher, dass das Landesamt für Verfassungsschutz in Thüringen die Bildung des „Thüringer Heimatschutzes“ erst ermöglicht hat.

Sie müssen sich vorstellen die Lage unmittelbar nach der Wende. Es gibt Neonazis in den Plattenbauten, insbesondere in der Gegend um Saalfeld-Rudolstadt. In dieser Zeit kann man nicht in den Bus steigen, um nach Jena zu fahren. Es gibt keine geordneten Busverbindungen, es gibt keine – – Die hatten keine Autos. Die Infrastruktur lag am Boden. Das heißt – – Und die Leute, um die es dort geht, sozusagen orientierungslose Jugendliche, die bereits in der DDR rechtsradikal waren, die dort an den Getränkestützpunkten rumhingen – so muss man das sagen –, konnten D. und Brandt nur einsammeln und organisieren, indem sie ausgestattet wurden mit erheblichen Finanzmitteln, mit erheblichen Sachmitteln.

Der Verfassungsschutzpräsident von Thüringen, Roewer, sehr schwieriger Charakter, hat vor dem Untersuchungsausschuss in Thüringen die Summe von 3 Millionen DM damals in den Raum gestellt. Wir wissen, dass Tino Brandt etwa eine Viertelmillion bekommen hatte. Zur Verfügung gestellt wurden Pkws, Computer, Handys usw. Und nach meiner Einschätzung hätte es ohne diese organisierende Kraft wahrscheinlich diesen „Thüringer Heimatschutz“ nicht gegeben.

Und es wurden ja die unterschiedlichsten Typen zusammengeführt. Das ist eine große organisatorische Leistung, die dort auch sozusagen der Geheimdienst vollbracht hat. Wissen Sie, Böhnhardt war ja sehr nah an der organisierten Kriminalität. Ich habe irgendwo gelesen, er hat für irgendein Bordell Geld eingetrieben. Unmittelbar nach der Wende war diese Türsteherszene und rechtsradikal – – Die war sehr eng. Und daraus sozusagen eine doch schlagkräftige Szene von etwa 170 Mann zu organisieren, das hat Arbeit und Mühe und Geld gekostet.

Und in Thüringen – – Von diesen 170 Leuten – – Ich weiß nicht, war es die Frau Marx aus Thüringen oder Frau König? Weiß ich nicht mehr genau. Jedenfalls im Untersuchungsausschuss kam, dass von diesen 170 Leuten ungefähr 45 V-Leute waren. 45, sozusagen nahezu ein Drittel dieser Nazibande, standen auf der Paylist entweder des Landesamts oder des Bundesamts.

Und daraus ziehe ich den Schluss: Diese Ämter haben diese Bewegung insgesamt geführt und organisiert. Ich verstehe es sogar. Sie müssen sich vorstellen, unmittelbar nach der Wende kommen westdeutsche Beamte, Herr Roewer aus dem Innenministerium, Herr Nocken aus Hessen, beide sozusagen tief in der Wolle gefärbte „Kalte Krie-

ger“. Herr Roewer publiziert heute in einem rechtslastigen Verlag „Erinnerungen“ und andere Bücher.

Stellen Sie sich mal vor, wie die Thüringen gesehen haben. Die sagten: Hier gibt es noch die Stasi, hier gibt es die NVA, hier gibt es unzuverlässige Volkspolizisten, hier gibt es Sozialisten, Kommunisten. Und ich glaube, die wollten sozusagen möglicherweise eine eigene Gegenmacht aufbauen. Das ist ein Motiv. Und wenn Sie Roewers „Erinnerungen“ lesen, sehen Sie, vor was der sich gefürchtet hat – übrigens ähnlich wie die Stasi in der DDR. Die hatten aus Gründen, die ich Ihnen nicht erklären kann, Angst vor dem Punker in Jena. Das haben die als Gefahr gesehen. Und Roewer hat die „Antifa“ in Jena, Studenten meistens, für eine größere Gefahr angesehen als die „Fa“. Auch das kann man, glaube ich, unschwer seinem Erinnerungsbuch eben in diesem rechtslastigen Verlag entnehmen.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Dann habe ich noch eine letzte Frage. Haben Sie jetzt in dem Zusammenhang Ihrer Recherchen auch nochmals Bezüge direkt nach Baden-Württemberg dann festgestellt, die Sie uns hier berichten könnten?

Sv. Wolfgang Schorlau: Also ich habe jetzt nichts Neues hinzuzufügen, was der Herr Moser gesagt hat oder hier schon gesagt worden ist. Es ist natürlich – – Ku-Klux-Klan – –

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Deswegen habe ich es auch so gefragt.

Sv. Wolfgang Schorlau: Vielleicht Ku-Klux-Klan. Ist natürlich interessant auch. Wissen Sie, der Herr Binninger hat – ich habe da sehr drüber nachgedacht – ja diese Honigtopf-Theorie, „Honeypot“. Und das ist natürlich sehr interessant, wenn man sagt, Ku-Klux-Klan ist natürlich eine amerikanische Erfindung. Aber ich bewege mich jetzt im Bereich der Spekulation. Aber haben möglicherweise unsere amerikanischen Freunde dort auch Interessen? Aber ich spekuliere, und das will ich eigentlich nicht.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Vielen Dank.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Abg. Sakellariou.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Schorlau, Sie haben in den Mittelpunkt oder in den Beginn Ihrer Ausführungen gestellt, dass eine zentrale Situation die Auffindsituation der Waffe der M. K. war in dem Wohnwagen oder Wohnmobil. Und am Ende haben Sie dann gesagt, worauf Sie letztlich rauswollen. Ich habe die ganze Zeit gewartet, weil ich immer dachte: Wann kommt denn jetzt der zentrale Punkt? Weil ich das nicht ganz begriffen habe. Aber zum Schluss haben Sie gesagt, wir sollen den Polizeidirektor M. fragen, weil er gesagt hat, er hat die Waffe sofort gefunden. Das sei quasi der Anknüpfungspunkt, an dem Sie anfangen zu zweifeln, dass jemand in einer solchen Situation rauskommt und sagt: Hier habe ich die Waffe.

Da haben Sie sich doch jetzt sicher Gedanken gemacht, wenn Sie dies als eine der zentralen Fragestellungen an diese Auffindesituation haben. Deswegen würde mich einfach mal Ihre Hypothese interessieren, die Sie anhand dieser Geschichte entwickelt haben. Habe ich Sie da richtig verstanden, dass Sie es auch für möglich halten, dass die Waffe da quasi auch untergeschoben hätte worden sein können?

Sv. Wolfgang Schorlau: Eine Frage: Wenn der Herr M. sozusagen vor dem Untersuchungsausschuss in Bezug auf den Tatort wahrscheinlich nicht die Wahrheit gesagt hat, wenn er den Tatort so gründlich zerstört hat, wie er es dann tatsächlich getan hat, wie glaubwürdig halten Sie ihn dann?

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Wissen Sie, ich will Sie auch abschöpfen. Wenn Sie eine These haben, eine Theorie haben, dann möchte ich der auch nachgehen können. Dazu muss ich aber wissen, ob Sie das für möglich halten, damit wir es womöglich auch erforschen können.

Sv. Wolfgang Schorlau: Sie wollen von mir hören, ob er sie möglicherweise selbst hingelegt hat? – Ja.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ich habe mir überlegt: Was könnten Sie denn darunter verstehen? Was könnten Sie da meinen?

Sv. Wolfgang Schorlau: Ja.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ich habe versucht, dem zu folgen.

Sv. Wolfgang Schorlau: Wir wissen es nicht. Ich weiß es nicht. Aber ich weiß nur, dass das dann einige der wenigen Punkte wären, wo er irgendwie was Ordentliches gesagt hätte. Und dazu müsste man ihn selber befragen. Vor allem wäre es natürlich interessant, die Bilder wiederzufinden, die er beschlagnahmt hat. Wo hat er die hin? Ich meine, das ist doch unfassbar. Es ist doch unfassbar, dass diese Fotos weg sind.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Absolut.

Sv. Wolfgang Schorlau: Es ist doch unfassbar. Ich habe mit Polizisten geredet und habe ihnen geschildert, wie mit diesem Tatort umgegangen worden ist. Ich meine, jeder Polizeischüler hätte das nicht überlebt.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Danke.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. – Herr Dr. Bullinger.

Abg. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich habe zwei Vorbemerkungen, zumal Sie ja einmal darauf hingewiesen haben mit diesem Notarzt, der nicht explizit angefordert

wurde. Also wenn ich es richtig weiß, ist es so, dass, wenn so ein Fall gemeldet wird, dann rücken Feuerwehr, Polizei, Notarzt und Sanitäter automatisch aus. Da brauche ich nicht einzeln noch einen Hausarzt oder einen Notarzt extra anrufen. Das ist unüblich, glaube ich, in der Praxis. Deshalb ist das für mich kein Indiz.

Zweiter Punkt. Sie haben gesagt, es sei auch fremde DNA gefunden worden. Also ich gehe davon aus, dass dieses Fahrzeug nicht irgendwie ein verplombtes Reinraumlabor war vorher, sondern das ist ganz normal. Da kann ja vorher auch schon mal jemand drin gewesen sein. Das ist für mich auch ein sehr schwaches Argument.

Für mich ist jetzt allerdings noch die Frage, weil Sie ja auch gezweifelt haben an der Theorie „drei Personen“: Die beiden Polizisten, die als Erste am Fundort der Leichen eintrafen, sagten ja aus, sie hätten das Wohnmobil gut einsehen können – ich wiederhole: gut einsehen können – und keine flüchtende Person beobachtet. Auf der einen Seite des Wohnmobils sei ja zudem diese Baugrube gewesen, die eine mögliche Flucht erschwert hätte. Schließlich seien rasch weitere Kräfte am Wohnmobil gewesen, so dass das Fahrzeug faktisch umstellt gewesen sei.

Zweifeln Sie an der Aussage der Polizisten, oder wie kommen Sie eigentlich so stark in dem Argument hin, dass es hier mehr als zwei Personen waren?

Sv. Wolfgang Schorlau: Die unbekannte DNA ist in der Tat ein schwaches Argument. Aber das bezieht sich ja auf das Argument – – Das richtet sich gegen das, was der Herr Pröfrock gesagt hat. In der Tat gibt es dort fremde DNA. Das heißt, es können andere Leute drin gewesen sein.

Die beiden Polizisten, die dort waren – – Nur noch mal eine andere Ungereimtheit: Es wird immer wieder kolportiert, die beiden Polizisten, die dort kamen, Streifenpolizisten, seien aus dem Camper beschossen worden. Ich glaube, der Herr Holger Schmidt hat Ihnen ja versucht, das auch glaubhaft zu machen.

Entscheidend ist: Die beiden selber haben vor dem Thüringer Untersuchungsausschuss ausgesagt, sie hätten keinen Beschuss auf sich selber wahrgenommen und wären erstaut gewesen, dass das später kolportiert wurde, im Übrigen von dem Herrn M..

Von daher habe ich in der Tat Anlass, diesem Herrn M. nicht – – Also sehr sorgfältig dessen Aussagen zu überprüfen, um das höflich zu sagen.

Abg. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich habe da noch einmal eine Frage, und zwar haben Sie ja diesen hessischen Beamten gerade auch noch mal genannt. Unterstellen Sie eigentlich, dass der Verfassungsschutz gezielt diese rechte Szene versucht hat aufzubauen? Habe ich das richtig so entnommen, wie Sie es dargestellt haben?

Sv. Wolfgang Schorlau: Ja, das glaube ich. Darüber bin ich mir ziemlich sicher. Man kann sich – – Also ich habe ja versucht, es Ihnen zu erklären, auch die Motivationslage sozusagen, in der das Amt war.

Der Herr Nocken: Bevor er in Thüringen war, war er in Hessen. Er ist aufgefallen bei der Geschichte „Herrhausen“, wo er einen kranken Zeugen manipuliert hat, den Zeugen N., und ihn gezwungen hat, Falschaussagen zu machen, die N. dann vor laufender Kamera – des WDR in diesem Fall – widerrufen hat.

Damit Sie vielleicht einen Eindruck haben von dem Personal, das dort im Hessischen Amt für Verfassungsschutz tätig war, möchte ich Ihnen nur mal ein Zitat vorlesen, was der Herr Roewer im Thüringer Untersuchungsausschuss von sich gegeben hat. Dort wurde er befragt, nämlich wie er Präsident des Verfassungsschutzes in Thüringen wurde. Darauf antwortet Herr Roewer:

Wie ich Verfassungsschutzpräsident wurde? Es war an einem Tag nachts um 23 Uhr, da brachte mir eine unbekannte Person eine Ernennungsurkunde vorbei, in einem gelben Umschlag. Es war dunkel, ich konnte sie nicht erkennen. Ich war außerdem betrunken. Am Morgen fand ich den Umschlag jedenfalls noch in meiner Jacke.

Ich kann Ihnen Zitate aus diesem Untersuchungsausschuss in dieser Qualität mehrfach – –

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Das Protokoll haben wir vom Untersuchungsausschuss. Das können wir auch alles nachlesen. Jetzt haben Sie uns gesagt, wo wir diese Ungeheuerlichkeiten finden. – Gibt es noch weitere Fragen, Herr Dr. Bullinger? – Nicht. Dann der Herr von Eyb.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Herr Schorlau, ich will noch mal zurückkommen zu der These „Notarzt“. Wenn man – zumindest könnte man auf den Gedanken kommen, dass Sie in diese Richtung denken – das mal weiterspinnt, dann müsste man ja meinen, dass die beiden Polizeibeamten deshalb den Notarzt nicht gerufen haben, weil sie bereits wussten: Den brauche ich da drin nicht mehr.

Das würde aber bedeuten, dass die beiden zufälligen Polizisten, die da unterwegs waren, tatsächlich in das Gesamtgeschehen, vom Ende her bereits gedacht, eingeweiht gewesen sein müssten. Das ist doch eher sehr – –

Sv. Wolfgang Schorlau: Abwegig. Ja, das glaube ich. Bei den Polizisten glaube ich das nicht. Aber die standen natürlich in Funkverbindung vermutlich zu dem Leiter der Operation, und das war der Herr M.. Der hätte das machen müssen. Ich meine, das hätte natürlich der verantwortliche Polizeioffizier – nicht die beiden Polizisten – –

Ich meine, die haben wahrscheinlich einen Höllenschreck bekommen, als sie vor dem Camper waren. Der Herr M. hat – –

Und soweit ich weiß, wurde der Tod von Mundlos und Böhnhardt auch nicht durch einen Arzt festgestellt, sondern durch eine mehr oder weniger zufällig in der Nähe sich befindliche Rechtsmedizinerin.

Also, man kann wirklich über diese Frage, warum die Notärzte nicht – – Man kann lange philosophische Betrachtungen darüber anstellen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr von Eyb.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Aber es ist doch anzunehmen, dass nicht der Polizeidirektor M. die Rettungseinrichtungen informiert hat, sondern die vor Ort dagewesenen Polizeibeamten, dass die jetzt über ihr Handy 110 oder 112 wählen – wenn das da drüben auch dieselbe Nummer ist –, und nicht der Polizeidirektor M.. Also es kann doch anders im Prinzip gar nicht sein.

Sv. Wolfgang Schorlau: Wie auch immer.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Oder wissen Sie aufgrund der Aktenlage, dass es tatsächlich in diesem Fall anders war?

Sv. Wolfgang Schorlau: Nein. Wie auch immer, es gab keine – – Ich glaube nicht, dass die Polizisten dort – – Dass man denen das vorwerfen kann. Die befanden sich sozusagen in einer außergewöhnlichen Situation.

Aber was der Polizeidirektor M. gemacht hat, ist, den Abschleppdienst zu rufen. Dafür – – Ich meine, das konnte er. Um Himmels willen, wieso nicht den Notarzt? Ich meine, der wusste doch, da sind zwei Bankräuber drin. Selbst wenn man annimmt, da sitzen zwei üble Burschen drin, will man die doch nicht verbrennen lassen. Wenn man weiß, die sind bewaffnet, die können noch irgendwas machen – – Da waren ja Leute drum rum, Passanten, die geguckt haben. Ich meine, die können doch zu Schaden kommen möglicherweise. Ich meine, das ist irgendwie nicht zu erklären.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Dann jetzt der Herr Pröfrock.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Herr Schorlau, Sie haben vorhin ausgeführt, Sie hätten keinen Gerichtsmediziner getroffen, der Ihnen nicht bestätigt hätte, dass die zwei zu Tode Gekommenen irgendwie, wenn sie den Brand selbst gelegt hätten – – Dass man dann Rauchgas oder Rauchpartikel in ihren Lungen hätte finden müssen.

Welche Rechtsmediziner waren das, die Ihnen das so nicht bestätigen können? Und haben Sie die Aussagen des zuständigen Rechtsmediziners im Prozess am OLG München verfolgt und nachgeprüft, was der Rechtsmediziner in München ausgesagt hat?

Sv. Wolfgang Schorlau: Ja. Ich würde mit der letzten Frage anfangen, weil ich die erste nicht beantworten möchte aus Quellenschutzgründen. Aber die Rechtsmediziner in München haben dasselbe gesagt. Man kann das auch nachlesen. Es steht in den Obduktionsberichten: eindeutig kein Rauchgas. Und das haben die Mediziner auch in München dem Gericht zu verstehen gegeben.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Jetzt habe ich dazu noch einen Satz. Das ist jetzt zwar aus einer Medienveröffentlichung über diese Aussage des Rechtsmediziners:

Der zuständige Rechtsmediziner aber betonte, es sei nicht auszuschließen, dass die beiden kurz vor ihrem Selbstmord noch Rauchgas eingeatmet haben – und dies bei der Obduktion nicht mehr nachweisbar war.

Sv. Wolfgang Schorlau: Ja.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Können Sie diese Aussage widerlegen?

Sv. Wolfgang Schorlau: Da haben Sie recht. Deshalb ist Rauchgas nicht – – Also ich bin da jetzt so ein bisschen Spezialist geworden. Es ist in der Tat so: Rauchgas ist nicht der entscheidende Vitalparameter. Es gibt andere. Ich kann Ihnen jetzt leider nichts dazu – – Es gibt andere, eindeutiger.

Mein Vorschlag ist, wenn Sie das interessiert: Lassen Sie beide – – Holen Sie sich noch mal einen Rechtsmediziner, der das einfach noch mal beurteilen soll, der Ihnen noch mal ein Gutachten macht. Also es gibt ausgezeichnete.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Keine weiteren Wortmeldungen mehr? – Vielen Dank, Herr Schorlau, für Ihr Erscheinen, für die Auskünfte. Ich darf Sie hiermit entlassen und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

Sv. Wolfgang Schorlau: Ich danke Ihnen. Vielen Dank.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Jetzt würde ich den Sachverständigen Nübel bitten, nach vorn zu kommen. – So, der Sachverständige Nübel ist erschienen.

Sachverständiger Rainer Nübel

Herr Nübel, vor Ihren Ausführungen als Sachverständiger möchte ich Sie zunächst formal belehren. Es ist kein Misstrauen, sondern wir machen das mit allen Sachverständigen und Zeugen, die zu uns kommen.

Sie müssen als Sachverständiger die Wahrheit sagen, dürfen nichts hinzufügen und nichts Wesentliches weglassen. Nach dem Untersuchungsausschussgesetz besteht die Möglichkeit, dass Sie als Sachverständiger vereidigt werden. Ob die Vereidigung zulässig ist, ist mittlerweile rechtlich umstritten. Die damit zusammenhängenden Fragen müssen aber heute nicht erörtert werden; denn üblicherweise wird über eine Vereidigung erst am Ende der Beweisaufnahme des Ausschusses entschieden. Eine vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Aussage vor dem Ausschuss ist aber immer strafbar, und zwar auch dann, wenn Sie nicht vereidigt werden.

Gemäß § 17 Absatz 3 Untersuchungsausschussgesetz und den §§ 72, 55 StPO können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Daneben möchte ich auch an dieser Stelle nochmals auf den § 53 StPO hinweisen. Hierzu hat zwar von Gesetzes wegen keine Belehrung zu erfolgen. Mir ist es aber trotzdem wichtig, dieses ausdrücklich anzusprechen. Journalisten und Mitarbeiter der Presse haben das Recht, eine Quelle zu verschweigen. Es besteht daher ein Zeugnisverweigerungsrecht über die Aufdeckung der Identität von Informanten selbst oder allen anderen Informationen, die die Aufdeckung mittelbar ermöglichen.

Wir sind deshalb dankbar über alle Informationen, die Sie uns freiwillig zu geben bereit sind. Soweit Sie Quellen schützen möchten, respektieren wir das selbstverständlich, bitten Sie aber doch, so weit wie möglich Angaben zu Ihren Erkenntnissen zu machen, ohne die Quelle aufzudecken.

Soweit Sie bezüglich einzelner Tatsachen aufgrund des Quellenschutzes wünschen, in nicht öffentlicher Sitzung Angaben zu machen, können wir auch einzelne Fragen zurückstellen und in einer nicht öffentlichen Sitzung behandeln. Ich bitte Sie, das dann entsprechend anzuzeigen.

Die Beweisaufnahme erfolgt nach § 8 des Untersuchungsausschussgesetzes öffentlich. Ich schlage vor, das so zu handhaben, dass während der Beweisaufnahme Ton-, Bild- und Filmaufnahmen durch die akkreditierte Presse grundsätzlich zulässig sind, es sei denn, Sie wünschen während Ihrer Vernehmung keine derartigen Aufnahmen zum Zwecke der Veröffentlichung.

Sie haben noch Nachfragen? – Keine.

Sv. Rainer Nübel: Nein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. Dann kommen wir zu der Vernehmung zur Person.

Ich darf Sie zunächst bitten, dem Ausschuss Ihren Vor- und Zunamen, Ihr Alter, Ihre Berufsbezeichnung mitzuteilen und auch, ob die für die Ladung verwendete Anschrift nach wie vor aktuell ist.

Sv. Rainer Nübel: Mein Name ist Rainer Nübel, ich bin 55 und Journalist. Die Ladungsanschrift ist noch aktuell.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Sie haben vorab auch signalisiert, dass Sie zunächst von sich aus im Zusammenhang berichten wollen und anschließend Fragen gestellt werden können. Also bitte.

Sv. Rainer Nübel: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte Ihnen ein paar Recherche- und Fallkomplexe nahebringen, die für Ihre Arbeit eventuell relevant sein können. Ich möchte dabei chronologisch vorgehen, beginnend mit dem Phantom von Heilbronn.

Im Januar 2009 erhielt ich von Informanten, die sich im Nachgang als sehr gute Informanten herausgestellt haben, die Information, dass es das Phantom nicht gab. Ich sage ganz offen als Journalist: Ich gehörte natürlich auch zu allen Journalisten, die glaubten, dass es dieses Phantom von Heilbronn, die gefährlichste Phantomkillerin Mitteleuropas, wie wir Medien es hier apostrophiert haben, gibt, weil es – ich glaube, das gehört zur Ehrlichkeit von Journalisten – nun mal auch eine spektakuläre Thematik war.

Dies änderte sich, weil diese Informanten es möglich machten, dass ich Einblick in polizeiinterne Akten bekam, aus denen hervorging, dass es DNA-Spuren gab, die in der Tat bizarr und grotesk waren und die aufzeigten, dass es das Phantom von Heilbronn so nicht geben kann, die aber bis dahin nicht kommuniziert worden waren. Dazu gehört u. a. die erst später bekannt gewordene Spur in Saarbrücken, die aussagte, dass eine der gefährlichsten Frauen Mitteleuropas mit zwölfjährigen Kindern in eine Realschule eingebrochen sein soll und eine Cola-Dose geklaut haben soll. Es gibt noch mehrere. Ich kürze das aber bewusst ab.

Die Recherche, die Gegenrecherche zu solchen Informationen dauert natürlich ein Stück weit. Das heißt, bis wir veröffentlicht haben, wurde es Ende März, und in dieser Zeit habe ich – nennen wir es mal so – kommunikatives Verhalten, auch mediale Strategien von Behörden und vor allem von Behördenspitzen realisiert, die zumindest Fragen aufwerfen. Ich halte dies deshalb für relevant, weil nach meiner Wahrnehmung diese Strategien bis heute anhalten und, wenn meine Wahrnehmung zutrifft, dies mit ein Grund ist, warum die versprochene rückhaltlose Aufklärung bis heute eher behindert oder gar verhindert wird.

Dazu gehört, dass es im Februar 2009, als die Ermittlungen von der Polizei Heilbronn auf das LKA übergangen, eine Pressekonferenz gab, bei der der damalige Landespolizeipräsident und der damalige LKA-Präsident den Satz prägten – Zitat –:

Die Schlinge um diese Frau zieht sich immer enger.

Jeder in der Öffentlichkeit hat das natürlich auf die potenzielle Mörderin von M. K. bezogen. Ich frage mich in dem Auenblick: Wie kann man so einen Satz prägen im Wissen, dass es Spuren gibt, die so abstrus sind – was im Übrigen der LKA-Präsident dann auch später eingeräumt hat, dass er da sehr schnell drauf gekommen sei –? Warum dann diese Aussage?

Ich habe daraufhin gefragt bei dieser Pressekonferenz, ob es denn Spuren gebe dieser DNA dieser UwP, die noch nicht veröffentlicht worden seien, und dann haben beide verneint mit dem Satz: „Wir betreiben hier mit Ihnen, mit der Öffentlichkeit, keine Salamatik.“ Das, mit Verlaub, war eine nachweisbare Falschdarstellung, die aus meiner Sicht auch nicht aus ermittlungstaktischen Gründen motiviert sein konnte.

Als wir dann berichtet haben Ende März, dauerte es ein paar Stunden, bis dann das LKA in einer Pressemitteilung angedeutet hat, dass es so sein könne. Das LKA hat dann, glaube ich, ein oder zwei Tage später eine Pressekonferenz gegeben und den – in Anführungszeichen – „Erfolg“ mitgeteilt, dass man jetzt die Lösung habe. Der LKA-Präsident von damals hat das tatsächlich als Erfolg gewertet, und als dann von Medienleuten gefragt wurde, was daran, dass man zwei Jahre verunreinigte Wattestäbchen gejagt hat, ein Erfolg gewesen sein, hat er den Satz geprägt: „Wir haben eine Frau gesucht, und wir haben eine Frau gefunden.“

Ich halte es nach wie vor – das sage ich ganz ehrlich – aus menschlichen Gründen für einen zynischen Satz im Hinblick darauf, dass die hohen Herren der Innenpolitik bei der Trauerfeier von M. K. den menschlichen und beruflichen Wert dieser Frau hochgehalten haben. Dann kann man nicht sagen: „Wir haben eine Frau gefunden.“ Man hat die Mörderin von M. K. gesucht.

Dieser Satz brachte dann relativ kritische Kommentare in der Medienwelt zutage, so dass dann im chronologischen Ablauf – nach meiner Kenntnis eines Teilnehmers dieser

Hintergrundgespräche – die LKA-Spitze mehrere ausgewählte Journalisten eingeladen hat und im direkten Anschluss an dieses Hintergrundgespräch ein Betrugsvorwurf gegen die Firma – ich weiß nicht, ob ich sie noch nennen soll – in Frickenhausen, die Zulieferer dieser Wattestäbchen war, in den Raum gestellt wurde.

Das hatte auch den Effekt, dass fortan auch überregionale Medien berichteten: Jetzt ist es nicht mehr die Affäre des LKA oder des Innenministeriums, sondern jetzt sei es die Affäre der Firma. Dieser Betrugsvorwurf wurde ausgeräumt durch ein aufwendiges externes Gutachterverfahren der Firma – natürlich sehr spät. Diese mediale Strategie hat gegriffen, und es ist eine Strategie, die eben in der Struktur her auch in den vergangenen drei Jahren nicht unüblich war.

Im Fortgang habe ich dann natürlich weiter recherchiert und habe dann aus dem Umfeld dieser sehr qualifizierten Informanten, aber – so weit kann ich es sagen – auch aus juristischen Kreisen – wobei ich da aufpassen muss, da sowohl der Quellenschutz als auch der Mandantenschutz eine Rolle spielt –, mehrere Informationen bekommen, darunter die, dass zwei Islamisten unmittelbar nach der Tat am Tatort aufgefunden worden sein sollen; einer davon der Europachef der Amal-Miliz, zum anderen eine zweite Person, die ich jetzt nicht namentlich nennen werde, die aber aus den Akten hervorgeht, die schon in einem vorangegangenen BKA-Verfahren als ein Radikalislamist zu definieren ist, der im Raum Heilbronn mit dabei, präsent war, als junge Dschihadisten, willige Leute, auf die Koranschule nach Alexandria beordert wurden, also der mit entschied offensichtlich, der also ganz stark verankert war in der radikalislamistischen Szene. Man weiß, dass viele Absolventen dieser Koranschule oder einige zumindest in die Terrorcamps gelangt sind. – Das war die eine Information.

Die andere Information war, dass im Frühjahr 2007, also zeitnah zu dem Polizistenmord, ohne dass das damals genau terminiert hätte werden können, arabische Personen bei einer regionalen Bank im Raum Heilbronn erschienen mit jeweils einmal 12 Millionen €, einmal mit 14 Millionen € Cash im Koffer dabei habend, die dann diese Summen transferiert haben. Es wurde betont, dass die Spitze dieser Bank keine Geldwäschescheverdachtsanzeige gehabt habe. Es spielt von daher eine Rolle, weil nachher das LKA eine ganz merkwürdige Exegese dieser Information betrieben hat.

Weitere Information war – und da spielen jetzt eben die angedeuteten juristischen Informationskreise eine Rolle –, dass es auch zur Überraschung dieser Kreise im Umfeld des Sauerlandprozesses, der damals 2009 in Düsseldorf stattfand, bekannt wurde, dass ein Radikalislamist aus dem unmittelbaren Dunstkreis – man könnte es sogar noch akzentuierter sagen, aber aus Mandantenschutzgründen kann ich das in diesem Fall nicht –, dass jemand, der sehr stark in der Szene drin ist, die Kenntnis hatte, dass beim Polizistenmord von Heilbronn eine Tokarew verwendet worden sei. Die Tokarew war damals im Prozess ein Thema, weil die sogenannten Sauerland-Terroristen mit Fritz Gelowicz und Co. im pakistanischen Lager damit ausgebildet wurden.

Es gab eine weitere Anfrage bezüglich dieser Person, und dann stellte sich heraus, dass von dieser Person auch die Darstellung ausging, dass M. K. in irgendeiner nicht definierbaren Weise in den Polizistenmord, in die Ereignisse auf der Theresienwiese, um es mal so auszudrücken, involviert gewesen sei. M. K. – zum Verständnis: Deutschtürke aus Ludwigshafen – war der fünfte Mann der Sauerland-Gruppe. Er hat die Zünder beschafft, und zwar sämtliche, hatte sie auch nach Deutschland expedieren lassen, er ist aber gleichzeitig, wie Aussagen eines Mannes, nämlich Attila Selek, der bei ihm in der Türkei war, einer der Sauerland-Terroristen, auch ein Mann der organisierten Kriminalität, der mit Drogen, mit Waffen handelte, der eine osteuropäische Bande anführte, über die im Übrigen auch ein Teil der Zünder dann nach Deutschland im August 2007 gebracht worden war. – Das war der andere Informationskomplex.

Und es gab noch einen Komplex zur organisierten Kriminalität allgemein. Auch der „Stern“, für den ich als freier Mitarbeiter arbeite, hat immer wieder berichtet, dass es nach Ermittleraussagen eine relativ ausgeprägte OK-Struktur in Heilbronn gebe. Dies wurde regelmäßig von den entsprechenden Behördenvertretern dementiert. Es passe nicht. So hatte sich, glaube ich, auch mal der erste Soko-Leiter, Herr H., gegenüber einem Kollegen von mir geäußert.

Langer Rede kurzer Sinn. Ich habe diese Komplexe, die für mich relevant waren in meiner Einschätzung, in einem Buchkapitel 2010 in dem Buch „Die Taschenspieler“ veröffentlicht, mit der Reaktion, dass z. B. Polizeifunktionäre in Heilbronn sagten, es gebe kein Islamistenproblem in Heilbronn. Ich kann nur sagen, dass Verfassungsschützer, mit denen ich vorher Kontakt hatte, mir gesagt haben, dass Heilbronn hinter Ulm Nummer 2 in Baden-Württemberg gewesen sei. Es wurde in Abrede gestellt, dass es eine OK-Struktur gebe, und es dauerte im Übrigen bis – ich glaube – Ende 2011, Anfang 2012, als der Bundestagsuntersuchungsausschuss tagte, bis dann auch das Landeskriminalamt endlich bestätigte, dass zumindest ein Islamist am Tatort aufgefunden wurde und registriert wurde, nämlich dieser schon genannte Europachef der Amal-Miliz.

Der andere von mir Genannte – auf Anfrage des BKA war ich bereit, diesen Namen zu nennen – wurde dann vernommen, und die Vernehmung ist auch wiederum ein Sittengemälde dessen, was wir hier immer wieder gehört haben: Wie rückhaltlos wurde denn aufgeklärt? Der Mann wurde gefragt, fünf Jahre nach dem Polizistenmord in Heilbronn: „Herr Soundso, wo waren Sie denn am 25. April 2007?“ Dann sagte derjenige, wie offensichtlich laut Protokoll, ad hoc: „Da war ich in Frankfurt.“ Mir sagen Ermittler, die dieses Vernehmungsprotokoll auch gelesen haben, natürlich ist die nächste Frage: „Können Sie das belegen? Warum können Sie sich so gut erinnern daran?“ Das wurde nicht gefragt. Er hat dann die Möglichkeit gehabt, über seine soziale Lage nachzudenken – nicht nachzudenken, sondern zu referieren –, und er hat auch die bemerkenswerte Aussage getroffen, mit dem Ort Theresienwiese fange er nichts an. Die Örtlichkeit, an der er in seiner Tätigkeit aktiv war, liegt wenige Kilometer von der Theresienwiese entfernt. Dennoch wurde bis heute die Anwesenheit dieses Mannes von allen Behörden dementiert.

Zum Stichwort OK – da greife ich ein bisschen voraus – möchte ich Ihnen einen Hinweis geben, in der Überlegung, dass es vielleicht relevant sein könnte. Sowohl die Frau Marx als Sachverständige als auch Stefan Aust haben hier mehrfach betont, dass es Sinn macht, die Frage einer möglichen Verbindung zwischen Neonazis in Thüringen oder Neonazis insgesamt und organisierter Kriminalität zu eruieren. Dazu gibt es, finde ich, einen bemerkenswerten Hinweis der hier schon mehrfach angesprochenen LKA-Beamtin R., die unmittelbar, nachdem es das Phantom nicht mehr gab, im April 2009 eine Mail an Kollegen schickt mit dem Hinweis, dass man doch Kreuztreffer zur OK von Europol aus der Handyauswertung bekommen habe, schon 2007, und zwar für die Zeit zwischen 13 Uhr und 14:30 Uhr. Es handelt sich dabei – ich zitiere gleich aus den Quellen, warum ich darauf komme – um die Europol-Abteilung Osteuropäische organisierte Kriminalität, und sie regte damals an: Sollen wir nicht auch bei Europol die Handydaten der Zeit vor 13 Uhr, also morgens, hingeben, da ja das Fahrzeug von M. K. und M. A. schon da einmal auf der Theresienwiese war?

Zu diesem Aktenstadium quasi wurde das eher abgelehnt, aber ich glaube, unter Umständen wichtig könnte es sein, dass es damit Namen geben muss von ganz konkreten Vertretern der osteuropäischen organisierten Kriminalität, die unmittelbar um die Tatzeit herum, zwischen 13 Uhr und 14:30 Uhr, in Heilbronn und speziell im Bereich der Theresienwiese präsent gewesen sein müssen.

Das geht daher hervor, weil die Betreffzeile von der Mail von Frau R. heißt: „Europol AWF EEOC Target Group STORK“. Wenn man dem nachgeht – das kann man durch bloßes Googeln machen –, dann stößt man darauf, dass das die Abteilung von Europol ist, die sich ausschließlich mit osteuropäischer organisierter Kriminalität beschäftigt. – So weit zu diesem Komplex.

Dann kommt der Komplex, der Sie wahrscheinlich am meisten interessieren würde, kann ich mir vorstellen. Mitte November 2011 erhielt ich eine Nachricht von der „Stern“-Redaktion in Hamburg, dass ein Papier vorläge, das ein mutmaßliches Observationsprotokoll des amerikanischen Militärgeheimdienstes DIA darstelle, aus dem hervorgehe, dass zur Tatzeit eine Observation stattgefunden habe von US-Agenten. Operationsziel sei M. K. gewesen und eine nicht näher definierte Person. Diese Personen hätten – – Oder eine der beiden Personen hätte zuvor bei der Santander-Bank 2,3 Millionen – ich glaube, 2,3 Millionen – \$ oder € abgeholt, aber entscheidend war, dass auch Verfassungsschützer oder – sagen wir mal – Sicherheitsbeamte entweder aus Baden-Württemberg oder Bayern präsent gewesen sein sollen und dass diese Operation aufgrund eines Shooting Incident abgebrochen worden sei, und zwar eines Shooting Incident zwischen Neonazis, zwischen Rechten, wenn die Übersetzung richtig getroffen wurde – ich glaube, es heißt „White Wings“ –, und einer Polizeistreife.

Da ich nach Kenntnisnahme dieses Papiers Schnittmengen zu meinen Recherchen sah, die ich ja in diesem Buchkapitel 2010 veröffentlicht hatte, schickte ich das Buchkapitel zu unserer „Stern“-Redaktion nach Hamburg. Weitere sechs feste „Stern“-Redakteure haben dann selber weiterrecherchiert, und am Ende hat sich die Redaktion

entschieden, dieses Papier zu veröffentlichen. Der Bericht dürfte Ihnen bekannt sein. Ich fand es und finde es bis heute gut und richtig, dass in diesem Bericht von dem, der das zusammengeschrieben hat, mehrfach mögliche Zweifel an dem Papier formuliert wurden. Das ist professionell, weil Sie – ich glaube, das hat schon auch die Sitzung in Ihrem Ausschuss gezeigt – bei Geheimdienstpapieren und bei Geheimdienstaktivitäten immer Zweifel haben müssen. Nichtsdestotrotz hat sich die Redaktion entschieden aufgrund dieser Schnittmengen, aufgrund weiterer Recherchen, aufgrund der Frage „Gab es eine solche Operation?“ – das war der Anlass –, dies zu veröffentlichen.

Die Reaktion dürfte auch bekannt sein, aber vielleicht nicht en détail. Der „Stern“ ging am 30. November über „stern.de“ zum ersten Mal raus, um etwa 11 Uhr. Nach meiner Erinnerung keine zwei Stunden später erschien auf der Homepage eines Senders die Abhandlung, der Bericht eines einzelnen Journalisten, dem man, glaube ich, nicht zu nahe tritt, wenn man sagt, dass er einen regen Kontakt auch zur Bundesanwaltschaft und zum Bundeskriminalamt hat, mit dem Inhalt da schon, dass es sich offenbar um eine Fälschung handelt. Ich halte es bis heute für ein Mirakel, wie man in zwei Stunden eine solche investigative Recherche führen kann. – Sei es, wie es will. Am Abend dieses Tages habe ich von mehreren Journalisten erfahren, dass genau diese Interpretation, dass es sich bei diesem Papier um eine Fälschung handle, sowohl von Vertretern der Bundesanwaltschaft als auch von Vertretern des Bundeskriminalamts – so Journalisten bei Hintergrundgesprächen –, gesagt worden sei.

Dies hat sich ja fortgesetzt. Es gab dann mehrere Berichterstattungen, immer wieder. Darunter – Sie können sich am besten informieren – gab es einen „taz“-Bericht im Oktober 2012, in dem dann die sogenannte Begründung, warum es eine Fälschung sein soll, aufgelistet wurde, 1 : 1 übernommen, relativ willig, wie ich im Nachgang interpretierend sagen würde. Zu den einzelnen Punkten, inwieweit das eine Fälschung sein kann, also die Darlegung der Bundesanwaltschaft, kann ich in der Fragerunde gern noch was sagen.

Für viel wichtiger halte ich den Punkt, dass die Bundesanwaltschaft bis heute nicht davon gesprochen hat, dass sie nicht publik gemacht hat, was hinter den Kulissen passiert ist. Dazu gibt es Akten, die dem Bundestagsuntersuchungsausschuss in Berlin vorlagen, die aber aus Gründen, die ich nachher versuche auszuführen, nicht eingeführt wurden, über die nur sehr kryptisch für die Öffentlichkeit und für die meisten Journalisten auch nur unverständlich gesprochen wurde. Das hat Gründe. Und da bei diesen Kontexten, wie Sie wissen, sehr gern von Verschwörungstheorien und von Spekulationen oder Ähnlichem geredet wird, halte ich es für angebracht, dass ich Ihnen diesen Vorgang, der in diesen Akten dokumentiert ist, durch Zitieren von Quellen nahebringe.

Es ist eine interne Korrespondenz, die einen Tag nach Veröffentlichung des „Stern“-Artikels am 1. Dezember – also in der Printausgabe – 2011 zwischen BND, MAD, Kanzleramt und dann auch Generalbundesanwalt vor sich ging. Aus diesen Akten geht hervor, dass sich ein Verbindungsoffizier der amerikanischen Geheimdienste in Südwestdeutschland, ein Mister L., zunächst einmal telefonisch an die MAD-Dienststelle in der

Theodor-Heuss-Kaserne in Stuttgart gewandt hat, dann auch für Herrn Uhrlau, ehemals BND-Präsident, noch nicht klärbaren Gründen – – Der die MAD-Stelle sofort weiterverbunden hat in den Keller, also in die BND-Verbindungsstelle Süd. Und dann kam es zu einem Gespräch – nach diesen Unterlagen – zwischen diesem Verbindungsoffizier der amerikanischen Geheimdienste in Südwestdeutschland und diesem BND-Mitarbeiter.

Es ging sehr schnell, dass die Relevanz dieses Anrufs so groß eingeschätzt wurde, dass es relativ schnell nach wenigen – ich glaube, nach einer Stunde schon – auf dem Tisch von dem damaligen BND-Präsidenten Uhrlau lag. Ich zitiere jetzt mal aus dem E-Mail-Verkehr, der da anfiel am 02.12.2011. Um 15:32 Uhr mailt – – Ich glaube, beim BND sind es lauter Tarnnamen, aber ich möchte dennoch nicht den vollen Namen sagen, aber es ist I. C. von der Abteilung, die tatsächlich die Tarnbezeichnung der Verbindungsstelle Süd ist, nämlich 2170. Sie mailt an die Zentrale nach Berlin, an eine Frau T., die das dann weiterleitet an das Vorzimmer von Ernst Uhrlau – ich zitiere –:

Am 30.11.2011 erschien in der Zeitschrift „Stern“ ein Artikel über angebliche Verstrickungen des US-Militärdienstes in die Ereignisse um den Mord an einer Polizistin in Heilbronn im Jahre 2007. Darin wird geäußert, dass aus einem Protokoll einer Spezialeinheit des US-Militärgeheimdienstes hervorgeht, dass am 25.04.2007 diese Einheit SIT

– so stand es in diesem Papier –

zwei Personen observiert habe, die in einer Bank 2,3 Millionen € eingezahlt hätten. An der Observation sollen auch Mitarbeiter des LfV BW beteiligt gewesen sein. Ein Mitarbeiter von 2171 rief mich heute zu diesem Sachverhalt an, mit der Bitte, zu klären, ob die Verbindungsstelle sich mit Mister L. über diesen Sachverhalt unterhalten dürfe, was in früheren Zeiten untersagt wurde, weil die Sache – –

Und dann kommt eine Einheit, die BND-spezifisch ist, die ich so nicht erklären kann. Das heißt, es wird noch mal auf den Vorgang abgehoben des Anrufs des Verbindungsoffiziers. Und jetzt führt diese Verbindungsreferentin für den Freistaat Bayern und das Bundesland Baden-Württemberg – so steht es in den Akten drin –, was teilweise Inhalt dieses Gesprächs war:

Er, Mister L., teilte vorab mit, dass nach den derzeitigen Untersuchungsergebnissen die US-Geheimdienste nicht beteiligt waren und SIT keine Spezialeinheit, sondern ein Operationsname sei. Man hat offenbar Hinweise darauf, dass möglicherweise das FBI im Rahmen einer Operation auf deutschem Boden zwei Mitarbeiter nach Deutschland hat reisen lassen und diese nach dem Scheitern der Operation wieder abgereist seien.

Noch mal: 2. Dezember, unmittelbar nach der „Stern“-Berichterstattung seinerzeit, als schon Vertreter der Bundesanwaltschaft von Fälschung sprachen in Bezug auf das Papier, das der „Stern“ veröffentlicht hat, dieser Vorgang. Es wird aber noch konkreter.

Am 05.12.2011 gibt es einen Mailverkehr von einem A. R. an B. F., alles beide BND-Mitarbeiter, mit folgendem Wortlaut um 9:20 Uhr:

Sehr geehrte Damen und Herren, vor dem Hintergrund einer Veröffentlichung des „Stern“ einer früheren Observation eines US-Dienstes in Baden-Württemberg fiel hier folgender Sachverhalt an: Mister

– geschwärzt; das ist Mister L. –

von der US-Verbindungsstelle in Stuttgart sprach bei einem Treffen in der MAD-Dienststelle in Stuttgart einen ihn bekannten BND-Ermittler auf die jüngsten Presseberichte des „Stern“ an, in denen auf eine US-Observation in zeitlicher und räumlicher Nähe zur Ermordung einer Polizistin bei Heilbronn verwiesen wird. Der US-Mitarbeiter ließ dabei erkennen, dass eine eigene Untersuchung der Ereignisse die Beteiligung von zwei Mitarbeitern des FBI ergeben habe, und regt in diesem Zusammenhang ein offizielles Gespräch zu den Hintergründen an. Aufgrund der BND-internen Weisungslage, die grundsätzlich inhaltliche Kontakte des Verbindungswesens zu den US-Diensten unterbindet, wurde seitens des Ermittlers das Gespräch nicht fortgesetzt. Ein Eingehen auf das Gesprächsangebot des Mitarbeiters des US-Dienstes ist von hiesiger Seite nicht vorgesehen.

Sie mögen Ihre eigenen Schlüsse ziehen. Fakt ist, dass nach dieser Darstellung nicht irgendwie mit dem Wort „möglicherweise“, sondern in der direkten Explizierung von einer eigenen Prüfung der Amerikaner die Rede ist, mit dem Ergebnis, dass zwei FBIler vor Ort waren und nach dem Scheitern der Operation außer Landes gebracht worden seien. Es geht auch da hervor, dass der Verbindungsbeamte der amerikanischen Geheimdienste angeboten hat, über die Hintergründe der Operation in Heilbronn am Tattag, am 25. April 2007, zu reden, was vom BND offensichtlich abgelehnt wurde. Es gibt aber daran noch Fragezeichen, weil es einen BND-Mitarbeiter gibt, der später, nach diesen Vorgängen bei der MAD-Stelle wohl in Stuttgart angefragt hat, ob er Kontakt zu Mister L., zu diesem Verbindungsoffizier der US-Geheimdienste, bekommen kann.

Dies blieb auch nicht nur beim BND, sondern es wurde in der Präsidentenrunde im Kanzleramt besprochen am 6. Dezember. Da hat Ernst Uhrlau, damals Präsident des Bundesnachrichtendienstes, nicht diese explizite Nachrichtenlage thematisiert, aber mögliche Hinweise des FBI zum Thema gemacht. Daraufhin – wohl auch deshalb, weil der damalige MAD-Chef Brüsselbach bei dieser Präsidentenrunde im Kanzleramt nicht dabei war – hat er dann am 8. Dezember einen Brief an den damaligen Präsidenten des MAD, Herrn Brüsselbach, geschrieben, wo er noch mal auf den Inhalt dieses Telefonats einging. Auch hier Zitat:

Herr L. sprach im folgenden Gespräch die im „Stern“-Artikel suggerierten Bezüge zu den Ereignissen in Heilbronn an. Man hätte auf US-Seite Hinweise darauf, dass möglicherweise das FBI im Rahmen einer Operation auf deutschem Boden zwei Mitarbeiter nach Deutschland habe reisen lassen und diese nach dem Vorfall in Heilbronn wieder zurückbeordert habe

Am 9. Dezember geht derselbe Brief vom BND-Chef Uhrlau an den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Herrn Harald Range – Adresse usw. Noch mal das Zitat, das zeigt, dass Herr Range, also Generalbundesanwalt, da am 9. Dezember 2011 über die Hinweise – – Nicht nur Hinweise, sondern – ich zitiere es noch mal – die Ergebnisse einer eigenen Prüfung und der Umstand, dass FBI-Beamte in Heilbronn gewesen seien, werden dem Herrn Range auch da noch mal mit dem gleichen Wortlaut nahegebracht.

Herr ...

– dieser Verbindungsoffizier der amerikanischen Geheimdienste –

... sprach im folgenden Gespräch die im „Stern“-Artikel suggerierten Bezüge zu den Ereignissen in Heilbronn an. Man hätte auf US-Seite Hinweise darauf, dass möglicherweise das FBI im Rahmen einer Operation auf deutschem Boden zwei Mitarbeiter nach Deutschland habe reisen lassen und diese nach dem Vorfall in Heilbronn wieder zurückbeordert habe. Dem BND liegen zum geschilderten Sachverhalt keine weiteren Erkenntnisse vor. Ich darf daher anregen, in diesem Fall Kontakt zum MAD, gegebenenfalls auch zur amerikanischen Seite aufzunehmen.

Erinnern Sie sich? Die US-Botschaft hat auch sehr, sehr schnell von einer nicht realisierten Operation in Heilbronn gesprochen, hat dann auch sehr schnell von einer Fälschung gesprochen. Hinter den Kulissen lief genau das Gegenteil ab. Man hat Inhalte des Papiers – – Ohne dass damit gesagt ist, dass es – ein Geheimdienstprotokoll – als solches nicht ohne Fragezeichen zu bleiben hat. Aber der eigentliche Sachverhalt, die Frage „Hat eine Operation der Amerikaner zeitgleich zum Polizistenmord stattgefunden?“, wurde hier von der amerikanischen Seite intern selbst bestätigt.

Die Generalbundesanwaltschaft ging dann zumindest so weit in den Ermittlungen, dass sie diesen Verbindungsoffizier, Mister L., sieben Monate später, im Juni 2012, vernommen hat, mit dem Ergebnis, dass sich Mister L. nicht mehr erinnern konnte. Ich zitiere auch da aus der Vernehmung:

Ich zeige Ihnen jetzt den „Stern“-Artikel „Mord unter den Augen des Gesetzes“.

So ist die Einführung.

Ist das der Artikel, den Sie meinen?

Da sagt er:

Ja, der Artikel ist mir bekannt. Ich kann mich aber nicht erinnern, dass ich mich in dieser Angelegenheit an den MAD oder sonst eine Behörde gewandt habe. Es tut mir leid. Ich kann mich nicht erinnern.

Das heißt, nach sieben Monat eine Amnesie von Mister L. Er kann sich aber sehr gut erinnern, dass die Nachrichtendienste nicht – das hat er extra betont bei dieser Vernehmung – präsent gewesen seien. Die vernehmenden Beamten haben ihm nicht die Unterlagen vorgelegt. Es wäre ein Vorhalt gewesen. Gucken Sie mal, das ist, vermerkt worden innerhalb des Bundesnachrichtendienstes, nicht passiert. Aber sinnfälligerweise hat Mister L. den folgenden Satz noch geprägt:

Ich könnte mir vorstellen, dass es eine Sondereinheit gibt vom FBI, die direkt über die Botschaften kommen, die ich nicht kenne. Ich würde davon keine Kenntnis erhalten.

Also zumindest ein Hinweis auf das FBI.

Sie wissen – ich weiß nicht, ob Sie das wissen –, die Berichterstattung zu diesem Thema ging immer in die gleiche Richtung von einzelnen Journalisten. Diese Unterlagen aber, die geheim sind – so viel kann man sagen –, liegen, lagen dem Bundestagsuntersuchungsausschuss vor. Wenn Sie den Abschlussbericht lesen, stellen Sie fest, dass sehr häufig „gesperrt“ dransteht und dass es eigentlich in nur extrem kryptischer Weise um einen Vorgang ging innerhalb des MAD, ob jetzt der BND den MAD angerufen hat oder umgekehrt, was darauf schließen lässt, dass tatsächlich ein BND-Mitarbeiter offensichtlich doch Kontakt zu diesem Verbindungsoffizier eingehen wollte.

Aber über den eigenen Sachverhalt, über diese Akten, wurde im Bundestagsuntersuchungsausschuss nicht gesprochen. Zu vermuten ist – – Aber das wäre die Frage vielleicht auch an die Sachverständigen Binninger und Högl, warum dies nicht passiert ist. Aus der Tatsache, dass im Abschlussbericht mehrfach „gesperrt“ steht, könnte man schließen, dass die Geheimhaltungsstufe nicht heruntergesetzt worden ist. Das heißt, dass sich die Legislative der Exekutive in dem Fall gebeugt hat. Ich halte es von dem her, dass hier eine mögliche Zeugenschaft vorliegen könnte – zumindest die ermittelt werden könnte –, bis heute für relevant.

Noch zwei Komplexe. Das eine ist, dass die Rolle des Verfassungsschutzes in Baden-Württemberg, LfV und Innenministerium – – Ein Aspekt, warum man beim GBA zu dem Ergebnis kam, dass das vom „Stern“ veröffentlichte Papier eine Fälschung sei, war auch die Tatsache, dass das Innenministerium und das LfV sich per Pressemitteilung geäußert haben im Dezember 2011, dass kein Verfassungsschutz vor Ort gewesen sei.

Das Prozedere war so, dass ein „Stern“-Kollege in Stuttgart das Innenministerium gefragt hatte, und zwar mit dem ganz klaren Satz: „Waren Verfassungsschützer des LfV Baden-Württemberg in Heilbronn zur Tatzeit anwesend?“ Das Wort „anwesend“ ist nicht unwichtig. Die gleiche Anfrage hat der Kollege auch an das LfV Bayern gestellt. Die heutige Darstellung, wie Sie wissen, geht dahin, dass Frau Bube sagt: Ja, an diesem Tage – – Das hat sie erst sehr, sehr spät – – Das wurde wohl erst durch die Berichterstattung der „Stuttgarter Nachrichten“ evident. Ganz anders, als das damals Herr Gall noch publiziert hat, räumte dann Frau Bube ein, dass ein Verfassungsschützer den Auftrag hatte, in Heilbronn am Tattag einen Islamisten zu treffen. Dann gingen die Aussagen durcheinander. Eine Fraktion sagt, der Mann war auf der Anreise, aber sei aufgrund des Staus, der dann durch den Polizistenmord und durch die Ringfahndung ausgelöst wurde, nicht mehr reingekommen. Herr Schmalzl, damals immerhin leitender, amtierender LfV-Präsident, sagte im Bundestagsuntersuchungsausschuss das Gegenteil. Er sagte, der Mann war schon in Heilbronn, kam aber nicht mehr heraus

Was bei all dem vergessen wird, ist ein E-Mail-Verkehr, den der CDU-Abgeordnete Schuster im Bundestagsuntersuchungsausschuss thematisiert hat, der dahin geht, dass es nach der Konfrontation des „Stern“ oder nach der Frage des „Stern“ an beide LfVs eine Absprache, eine Kommunikation gab zwischen einem Mitarbeiter des LfV Baden-Württemberg und des LfV Bayern, dessen Inhalt der Frau Bube nahegebracht wurde. Da zitierte Herr Schuster aus diesem Mailverkehr. Satz eins – das kann ich nur sinngemäß wiedergeben; ich habe es zwar mitgeschrieben, aber ich will das nicht als direktes Zitat, wenn ich es nicht direkt mitschreiben konnte oder protokollieren konnte – – Sinngemäß sagte der LfV-Baden-Württemberg-Mann zu seinem bayerischen Kollegen: Wir werden dieses Thema, diesen Artikel des „Stern“ ins Reich der Fabel verweisen.

Und was viel gravierender ist: Er sagte laut dem Zitat von Herrn Schuster: Gegenüber dem Kollegen X von Bayern wurde – Zitat – „die Anwesenheit von Herrn ...“ – vom Kollegen des LfV Baden-Württemberg – „... nicht erwähnt“. Ich bin zwar Germanist, aber ich glaube, man muss kein Germanist sein, um zumindest die Frage zu stellen, ob das Wort „Anwesenheit“ in irgendeiner Weise kompatibel ist zu der heutigen Darstellung des LfV, dass dieser Verfassungsschützer auf dem Weg nach Heilbronn gewesen sei. Die Frage des „Stern“ ging ganz klar explizit auf die Anwesenheit auf der Theresienwiese. Auch dies ist, glaube ich, ein Punkt, den man dadurch aufgreifen kann, indem man diesen Verfassungsschutzmitarbeiter genauso wie Frau Bube danach noch mal fragt.

Sie wissen wahrscheinlich, dass die Akten leider nicht mehr verfügbar sind. Die wurden zerstört, nach offizieller Darlegung aus Termin-, also aus Fristgründen. Aber auch dies wäre für mich ein Punkt, dem man nachgehen könnte.

Letzter Punkt ist ein Bereich, der parallel quasi zu sehen ist, zumindest in der Frage seiner möglichen Relevanz: Es wurde eine Stunde vor dem Polizistenmord von Heilbronn ein Mann geblitzt auf der Autobahn, der ein Stuttgarter Tarnkennzeichen trug – dessen Fahrzeug natürlich. Herr M. brauchte lange beim Untersuchungsausschuss in Berlin, bis er endlich auf mehrfache Anfrage des Ausschusses einräumte, es

sei wohl ein Mann des US-Militärs gewesen. Das könne man durch reines Googeln sehr schnell deutlich mehr konkretisieren. Es handle sich um Master Sergeant A. H., dessen voller Name in den Akten steht, einem Vertreter der 10. Division der Special Forces Group, stationiert in Böblingen.

Nun kann das alles Zufall sein. Nur muss man als Hintergrund – – Zumindest ticken wir Journalisten so: Kann so was möglich sein? Hat das eine Relevanz? Man muss, glaube ich, oder sollte zur Kenntnis nehmen, dass laut Berichterstattung von SPIEGEL und „Focus“ im Sommer und im Herbst 2014 – was nie dementiert wurde – berichtet wurde, dass im Frühjahr oder im ersten Halbjahr 2007 in der Phase dieser intensivsten Ermittlungen gegen die islamistische Sauerland-Terrorgruppe bis zu hundert US-Agenten auf deutschem Boden operiert hätten. Sie waren lokalisiert u. a. in einer Immobilie der Kreissparkasse Neuss im Wissen des Bundesinnenministeriums und des Bundesverfassungsschutzes. Geschützt worden seien diese US-Agenten von Elitesoldaten.

Zufall oder nicht? Dieser A. H., Master Sergeant, ist ein solcher Elitesoldat. Man findet in den Akten die, wie wir finden, durchaus relevanten Fragen des BKA und – ich glaube – auch des LKA: Welchen Einsatz hatte Master Sergeant H. an diesem Tag? Was waren die Gründe, warum er unterwegs war? Ich sage es mal im Zitat:

Mit welchen Aufgaben war die Einheit

– dann kommt eben die 10. Division der Special Forces Group –

im Jahr 2007 beschäftigt? Welchem Auftrag ging MSG H. am 25.04.2007 nach? Gibt es Zusammenhänge zwischen der Tätigkeit des MSG H. im Raum Heilbronn und der im Artikel des „Stern“ beschriebenen Observation in Heilbronn?

Das Einzige, was aus den Akten hervorgeht, was Ermittler taten, war, eine amerikanische Militärbehörde, nämlich die Military License Office, anzuschreiben, und diese Behörde gab dann bekannt, dass der Master Sergeant H. 2009 „retired“, also in Ruhestand gegangen sei. Wenn man googelt, stößt man auf diesen Mann, der heute in Colorado lebt, keine 10 km, glaube ich, nach meiner Erinnerung, von der Zentrale der Special Forces Group entfernt. Special Forces Group, ähnlich wie KSK in Deutschland, hat, wie man nachlesen kann, u. a. die Aufgabe der Islamistenabwehr.

Der Master Sergeant war sowohl im Irak als auch in Afghanistan hoch dekoriert, wie es aus Internetberichten hervorgeht, und er hat wohl in Afghanistan die sogenannte Taliband gegründet. Das heißt, offensichtlich haben solche Spezialsoldaten, die ja auf die Taliban angesetzt waren oder sind, entweder aus Langeweile Musik gemacht und sich damit als Taliban verkleidet oder die Musik als irgendein psychologisches Mittel eingesetzt. Zumindest gibt es Bilder im Netz, die Herrn H. als Mitglied dieser „Taliband“ zeigen. – So weit die Punkte.

Das heißt zusammenfassend: Die kommunikative Strategie in all diesen Punkten – – Oder anders ausgedrückt: All diese Punkte könnten Ansätze sein, um mit zu eruieren: Was ist an diesem Tag passiert? Gab es Zeugen? Vor allem diese Einlassungen des Verbindungsoffiziers des amerikanischen Geheimdiensts würden dafür Anlass geben.

In der medialen Strategie der Bundesanwaltschaft lief es aber so, dass diese Akten sehr spät erst dem Bundestagsuntersuchungsausschuss vorlagen, und wenn Sie die Berichterstattungen sehen, dann geht es immer nur in die eine Richtung. Das heißt, während man diese Kenntnis hatte – schon frühzeitig –, dass es die Hinweise auf die Operation gab, hat man sich in Medienberichten – – Ich betone: nur bei einzelnen Journalisten einzelner Medien; ich will nicht die Medien als solche in eine gewisse, finde ich, auch teilweise beängstigende Behördenaffinität und -willigkeit sehen. Man hat das ausgenutzt. Es gibt dazu auch noch andere Vorgänge; die könnte ich in der Fragerunde unter Umständen noch näher beleuchten.

Insgesamt halte ich es für eine Strategie, die zeigt, dass es Sinn macht – – Immer dann, wenn z. B. in Verlautbarungen der Bundesanwaltschaft der Terminus auftaucht: „Dieser Ansatz war nicht tragfähig“, oder wenn bei Ihnen im Regierungsbericht unter Umständen drinsteht, all dies sei widerlegt, oder, wie im EG-„Umfeld“-Bericht steht, eine eindeutige Fälschung – „eindeutig“ –, dann hätte ich meine Zweifel an Ihrer Stelle. Das heißt, das sind eher Hinweise, dass aufgrund einer medialen Strategie, das heißt, unter Anwendung von Berichterstattung, diese politisch natürlich – das ist uns allen bewusst – nicht unbrisante Nachrichtenlage, was die mögliche Operation des FBI angeht, vertuscht wird, und diese Struktur hält sich bis heute.

Ich sage es auch deshalb, weil damit rückhaltlose Aufklärung nicht nur inhaltlich behindert wird, sondern auch in der Form, dass Informanten – das gilt auch für meinen Fall – – Es gibt Informanten – oder es gab Informanten, muss man mehr oder weniger sagen –, die bereit gewesen wären, schon im Bundestagsuntersuchungsausschuss zur Verfügung zu stehen. Als sie aber realisierten, welche Strategie gewisse Behörden fahren, haben sie davon abgesehen.

Einer der Betroffenen im Übrigen ist auch der heute schon genannte G. S. Als G. S. im Januar 2012 diese Aussagen vor LKA-Beamten traf, hörte er nach dieser Vernehmung nichts mehr. Er hörte erst wieder was durch die Berichterstattung. Bevor er überhaupt geladen war, bevor er überhaupt beim Untersuchungsausschuss in Berlin auftrat, kam ein Bericht – in dem Fall, muss ich leider sagen, von der „Süddeutschen“ und von Hans Leyendecker formuliert – mit dem Inhalt, die Behörden – darunter auch das LKA Baden-Württemberg und LfV Baden-Württemberg – würden diesen Mann für unglaubwürdig halten. Die Quelle sei verwirrt. Da sei nichts dran. Wie eine Strategie funktioniert, die dazu führt, dass ein Zeuge schon diskreditiert wird, bevor er überhaupt auftritt – übrigens ein Umstand, den Herr Binninger relativ scharf in dieser Sitzung des Untersuchungsausschusses im September 2012 kritisiert hat –, ist ein Vorgehen, das auf beiden Seiten fragwürdig ist. Relevant für Sie wäre die Frage: Warum greift die

Bundesanwaltschaft – auch andere Behörden – zu dieser medialen Strategie der Diskreditierung?

Ich finde es beschämend in dem Fall, dass man einfach, wo man dem Legalitätsprinzip nachkommen könnte, diese Strategie anwendet. Deshalb würde ich Ihnen dringend raten, auch wenn im Regierungsbericht, den Sie erhalten haben, z. B. drinstehen würde – noch mal –, dass die Punkte widerlegt sind, dass kein Verfassungsschützer vor Ort war – – Die Faktenlage, wie Sie gesehen haben, ist eine andere.

Vielen Dank.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Nübel. Sie haben laut Medienberichten einmal bei der Podiumsdiskussion geäußert, dass es mindestens 25 V-Leute im Umfeld des NSU gegeben habe. Was für Erkenntnisse haben Sie zu dieser These?

Und insoweit würde uns noch interessieren, wie Ihre Erkenntnisse sind, ob auch V-Leute von baden-württembergischen Behörden betroffen waren.

Sv. Rainer Nübel: Diese Informationen können Sie nachlesen in unserem Buch „Geheimsache NSU“. Das hat u. a. Andreas Förster recherchiert, der über viele Monate hinweg ausschließlich die Operation „Heimatschutz“ recherchiert hat, und allein durch seine Berichterstattung wurde evident, dass es 25 V-Leute sind. Heute ist ja schon mal eine höhere Zahl genannt worden. Auch Stefan Aust und Dirk Laabs sprechen von einer ähnlichen Zahl. Wir haben ja solche V-Leute wie „Tarif“, wie eben auch T. R., „Correlli“, und andere Namen.

In der Summe – das ist aber das Ergebnis von Recherchen von Kollegen; deshalb ist hier der Experte ganz sicher Andreas Förster und nicht ich – sind es 25 V-Leute, die um das Umfeld des NSU im Kontext der Operation „Rennsteig“ platziert wurden, um eben – vielleicht kann man das im Nachgang zu der Aussage auch von Wolfgang Schorlau noch mal deutlich machen – die Strategie zu verfolgen: Wenn ich V-Leute in der Szene drin habe, bin ich quasi informiert. Dass das auch zur Radikalisierung des Heimatschutzes beigetragen hat, ist nach Darstellung des Untersuchungsausschusses Ihrer Kollegen in Thüringen keine Frage. Allein schon finanziell, aber auch wenn Sie Pamphlete sehen, wer dafür verantwortlich war – es sind zum Großteil V-Leute. Aber, wie gesagt, Experte in dem Fall ist Andreas Förster.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Aber konkret Baden-Württemberg jetzt, V-Leute im Umfeld NSU?

Sv. Rainer Nübel: Nein, ist mir selber nicht bekannt, sondern es ging damals – ich weiß nicht, welche Lesung Sie meinen – um die Frage: Wie ist der NSU aufgebaut worden? Wie kann es sein – das ist ja die Kardinalfrage, die Ihre Kolleginnen und Kollegen in Thüringen gestellt haben –, dass man mindestens – sagen wir mal – an die 25 V-

Leute im Umfeld hat und man nichts über die Präsenz dieser terroristischen Gruppe wusste?

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Dann haben Sie laut Medienberichten auch bei einer Podiumsdiskussion mal gesagt, dass nach Ihren Recherchen vor allem Sicherheitsbehörden und hohe Politikkreise versuchten, brisante Hintergründe der Mordserie im Verborgenen zu halten und den Fall abzumoderieren, obwohl er noch gar nicht gelöst sei. Können Sie das mal näher erklären, oder auf welchen Recherchen beruht die Erkenntnis?

Sv. Rainer Nübel: Das beruht auf der Recherche, speziell was die Dokumentenlage zu dieser mutmaßlichen FBI-Operation angeht. Wenn man sieht – deshalb bin ich dankbar für die Frage, obwohl ich nicht weiß, bei welcher Podiumsdiskussion das war –, wie die Politiker des Bundestagsuntersuchungsausschusses, dessen Arbeit ich übrigens sehr schätze, mit allen Defiziten, die, finde ich, zu Recht Thomas Moser auch dargestellt hat – – Wenn man sieht, wie die damit umgegangen sind – – Das war so, dass Kollegen von mir Vertreter des Bundestagsuntersuchungsausschusses auf diese zugegebenermaßen geheimen Akten angesprochen haben. Da gab es richtige Fluchreflexe. Das heißt, man wollte über diese Umstände, die, um es noch mal zu sagen, deshalb relevant sein können, weil sie eine Zeugenschaft zumindest mal evozieren, die Frage nach einer Zeugenschaft evozieren – – Sie wollten dieses Thema nicht angehen. Ein Ausschussmitglied hat sich sogar verstiegen, dass er diese Akten nie gesehen hat. Natürlich hat er sie gesehen.

Es waren zwar – und sie sind geheim – bis 2001 70 gesperrte Akten, aber sie sind so relevant, dass man in dem Augenblick – und das meine ich damit – der Exekutive – in dem Fall wohl dem BND – nicht hätte Genüge tun dürfen und sagen können: Wir halten uns daran, wir halten diese Akten gesperrt. Sondern wenn es Hinweise gibt – das wären die einzigen nach meiner Erinnerung – aktiv –, dass es Zeugen bei einem der zehn Mord gegeben hätte in dieser Qualität – – Wenn man dies nicht umsetzt und wenn man dann, was mir selber mehrfach passiert ist, die hochrangigen Bundespolitiker anspricht und der Satz kommt: „Wenn es stimmt, was in diesen Akten steht, wenn es stimmt, dass es eine Operation gab, vielleicht sogar noch unter Beteiligung von deutschen Verfassungsschützern, dann haben wir eine Staatskrise“ – – Das ist eine Denkweise, der ich jetzt sowohl als Journalist wie auch als Staatsbürger nicht nahetreten kann. Diese Gesellschaft würde es aushalten, wenn man die realen Hintergründe des Polizistenmords oder die Umstände, Begleitumstände des Polizistenmords von Heilbronn aufdeckt, und dazu wären die Akten im Bundestagsuntersuchungsausschuss sinnvoll gewesen. Nur, es wurde permanent abgeblockt.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Dann haben Sie noch in dem Buch „Geheimsache NSU“ berichtet, dass Sie im Zusammenhang mit dem Polizistenmord von Heilbronn von einem mysteriösen Anruf eines Politikers – – Das ist ja für uns auch interessant. Dieser habe gesagt, an jenem Tag ist in Heilbronn etwas völlig aus dem Ruder gelaufen und

passiert, was nicht hätte passieren dürfen. Die Sache sei auch politisch prekär. Mehr wolle und könne er nicht sagen. Und dann habe er aufgelegt.

Wie muss man sich das vorstellen? Da ruft irgendjemand an, sogar möglicherweise in der Nacht, meldet sich nicht und sagt den Satz und legt dann wieder auf?

Sv. Rainer Nübel: Nein. Es war so, dass ich die Person kenne.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ach so.

Sv. Rainer Nübel: Jetzt greift natürlich § 53.

(Zuruf – Heiterkeit)

– Nein, es war kein Ortschaftsrat. Aber die Hintergründigkeit erklärt eigentlich auch sein Verhalten. Wenn man sieht – noch mal –, welche Fluchreflexe gestandene Bundespolitiker hatten und auch Bundespolitikerinnen, wenn man sie auf diese Akten angesprochen hat, dann war es für ihn klar – so habe ich ihn interpretiert; das spricht auch für ihn –, dass er eigentlich in seinem Gewissen das so thematisiert, eigentlich müsste man es aufklären, und es ist nach seiner Kenntnis – – Wahrscheinlich meinte er – so habe ich es interpretiert im Nachhinein, im Nachgang, als ich dann endlich, nach drei Jahren diese Geheimakten einsehen konnte –, hier wäre eine Möglichkeit da, die aber vertan wurde, und hier sei was passiert an diesem Tag, und das interpretierte ich so. Jetzt, im Nachhinein – – Ich habe das damals, 2010, berichtet, ohne dass ich selber ein konkretes Bild davon hatte, was er meinte. Heute glaube ich, dass er damit meinte, hier gab es eine Zeugenschaft, und diese Zeugenschaft ist entsprechend dem Legalitätsprinzip nicht umgesetzt worden.

Übrigens, in dem Kontext fällt mir gerade ein – der Hinweis; das kann Zufall sein, aber vielleicht lohnt es sich, auch da nachzugehen –, sechs Wochen nach dem Polizistenmord, Anfang Juni, kamen, wie es in manchen Medienberichten heißt, ungefragt FBI-Leute und sagten plötzlich gegenüber Ermittlern, die den Fall der Migrantinnenmorde zu bearbeiten hatten: Nach unserer Einschätzung war Ausländerhass das Motiv. Also, die FBI-Beamten haben wenige Wochen nach dem Polizistenmord sich gegenüber deutschen Ermittlern dahin gehend geäußert, dass es eher eine rechtsradikale, rechtsextreme Gruppierung sei.

Sinnfällig übrigens: Keine zwei Tage, nachdem Medien das berichtet haben, als plötzlich die Amerikaner ein Thema wurden, als ich schon wieder angerufen wurde – jetzt spielen die Amerikaner doch eine Rolle –, publizierte ein Medium – in dem Fall war es der SPIEGEL, zwei SPIEGEL-Redakteure – aus Akten des GBA – ich sage jetzt mal ungeschützt nach dem, was mir Politiker sagen –, die noch gar nicht beim Ausschuss waren – zumindest nicht in deren Kenntnis –, dass die US-Botschaft von einer Fälschung ausgeht. Immer – – Das ist das, was mich auch so relativ leider überzeugt

macht, dass es eine ganz bewusste mediale Strategie war, dass immer dann, wenn das Thema „Amerikaner und deren Wissen“ aufkam, irgendeine Berichterstattung kam – wie gesagt, zum Glück waren es nur wenige Journalisten, die diese Strategie quasi transportiert haben –, aber immer auf den Punkt genau. Sie können – – Das würde ich anregen. Mich würde es interessieren, vielleicht auch Sie, den Pressechef der Bundesanwaltschaft zu hören, warum die Bundesanwaltschaft so frühzeitig von einer Fälschung sprach im Wissen dieser Unterlagen.

Ich will auch nicht verschweigen einen Vorgang, der, glaube ich, die Strategie noch evidenter macht: Im Herbst 2012 ist es gerade der von mir auch schon genannte Andreas Förster, der wohl als erster Journalist Einblick in die gesamten Akten, aus denen ich zitiert habe, bekommen hat. Er sollte für eine Sonntagszeitung daraus eine große Geschichte machen, hat freitags die Bundesanwaltschaft konfrontiert mit Detailfragen, aus denen klar hervorging, dass er Kenntnis hatte von dem, was ich jetzt auch teilweise vorgelesen habe. Was passiert? Am Samstagmorgen um 7:42 Uhr – ich glaube, er hat es im Buch akkurat beschrieben – kommt über SPIEGEL ONLINE eine Geschichte, die – ich zitiere jetzt Förster – wirklich im Duktus einer Pressemitteilung formuliert war, mit der medial-journalistisch legendären Überschrift „Bundesanwaltschaft beendet Spekulationen um FBI-Aktion“.

Bis dahin war von FBI zu keiner Sekunde irgendwie eine Rede. Medienwissenschaftsstudenten, die ich habe, die sich für den Fall interessieren, haben, ich glaube, über zwei Wochen alles im Internet geflüht, sind nicht auf das Wort „FBI“ gekommen, aber über SPIEGEL ONLINE – – Übrigens, zwei SPIEGEL-Print-Kollegen, die eigentlich – – Als Printredakteur ist man, glaube ich, eher interessiert, das im Heft unterzubringen. Nein, samstagsmorgens, wenige Stunden nach den zig Fragen von Andreas Förster an die Bundesanwaltschaft, kommt dieser „Bericht“ – in Anführungszeichen – mit der Überschrift „Bundesanwaltschaft beendet Spekulationen um FBI-Aktion“, und auch hier wieder der relativ bekannte Sprachduktus, dieser Ansatz sei nicht tragfähig.

Man hat sich da festgelegt. Es war, glaube ich, am 13. Oktober 2012. Wenn Sie die Akten lesen, kriegen Sie – – Erst am 15. Oktober teilt das FBI mit – auf Anfrage übrigens – mit: Wir haben keine Operation in Heilbronn gemacht. Aber schon am 13. legt sich die Bundesanwaltschaft fest und moderiert via eines Leitmediums, via des Sturmgeschützes der Demokratie die mögliche Zeugenschaft von FBI-Agenten ab. Das ist schon singular. Deshalb verstehen Sie, warum dieser Politiker aufgelegt hat, weil da wollte er dann auch nicht mehr dazu sagen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Abg. Pröfrock.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Herr Nübel, herzlichen Dank für die Ausführungen. Haben Sie vor dem 4. November 2011 irgendwann schon mal Begriffe wie „NSU“, Nationalsozialistischer Untergrund, NSS, Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe, gehört?

Sv. Rainer Nübel: In keiner Weise.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Seit wann haben Sie sich als Journalist mit dem Polizistenmord in Heilbronn befasst?

Sv. Rainer Nübel: Von Beginn an. Ich bin ja Mitglied der Reportageagentur „Zeitenpiegel“, und wir haben beim „Zeitenspiegel“ gleichzeitig auch die Korrespondenz des „Stern“ für Baden-Württemberg, die von I. E. wahrgenommen wird. In dem Fall war der Polizistenmord von Anfang an Thema. Wir haben auch gemeinsam eine Reportage mit anderen „Stern“-Kollegen recherchiert und glaubten – das war so eine typische Reportage –: Phantom. Ich glaube, sie endete mit der Frage: Wer wird ihr nächstes Opfer sein?

Natürlich glaubten wir daran, und, wie gesagt, das hat sich eben radikal geändert, als diese Informanten, die im Übrigen – das ist auch so ein Automatismus, zumindest in Baden-Württemberg – – Ich glaube, so wie mir eine Kanzlei das nahegebracht hat, per Akten – – Ich glaube, unmittelbar nach der Berichterstattung von uns, also in dem Fall vom „Stern“, wurde sofort ein Ermittlungsverfahren wegen Geheimnisverrats eingeleitet. Man hat wohl versucht, meine Informanten zu generieren. Das ist nichts Neues. Ich frage mich – das kann ich mir nicht verkneifen –, warum es nie Ermittlungen gegen die LKA-Spitze gab, die bei diesem Hintergrundgespräch nachweislich, als sie in der Breddouille waren, nicht nur einen falschen Betrugsvorwurf in den Raum stellten, sondern Personaldetails der vollkommen unschuldigen Frau, dieser Arbeiterin, dieser 71-Jährigen, die eben durch einen unglücklichen Umstand die Wattestäbe verunreinigt hat, preisgibt. Es gab nie ein Ermittlungsverfahren. Es gab eine Anzeige, von der ich Informationen erhielt. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat in dem Fall keine Veranlassung für ein Ermittlungsverfahren gesehen, aber offensichtlich in anderen Kontexten.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Sind Sie im Verlauf Ihrer Recherchen zu dem Polizistenmord bis in den Bereich 2011 hinein der These einmal nachgegangen, dass es sich um einen rechtsterroristischen Hintergrund gehandelt haben könnte, oder sind Sie als Journalisten auf die Idee auch nicht gekommen?

Sv. Rainer Nübel: Nein, muss man ganz, ganz klar sagen. Ich weiß, dass es Organigramme gab, dass es Überlegungen gab von einzelnen Ermittlern, die grundsätzlich sagen, ein extremistischer Hintergrund ist nicht auszuschließen, weil ja die Brutalität der Tat – am helllichten Tage – eigentlich nur entweder OK, als sogenannte Initiationstat, oder militante Extremisten – – Aber von Rechten nicht. Ich habe jetzt – das ist aber eher eine Anekdote –, ich habe in der Phase – weil man wartet ja immer darauf, bis man berichten kann – damals, als ich wusste, dass es das Phantom nicht gab, einen vollkommen amateurhaften Krimi angefangen, und da steht, wie ich jetzt vor Kurzem nachgelesen habe, tatsächlich in einem Dialog: Das könnten auch Neonazis gewesen sein. Aber das ist kein – – Das war nur eine reine Fiktion. Ich habe überhaupt keine Hinweise, auch, was aus dem Buchkapitel hervorgeht. Ich hatte null die Neonazis auf dem Schirm.

Übrigens noch vielleicht, auch im Hinblick auf Ihre Frage, damit ich es nicht vergesse: Was das FBI angeht – wenn Sie dem nachgehen, wofür ich Sie natürlich gern motivieren würde –: Vielleicht macht es Sinn, den Heilbronner Kripochef V. R. zu fragen, und zwar deshalb, wenn es mich nicht trügt – ich glaube, es ist kein Geheimnis –: Herr R. hat eine FBI-Special-Agent-Ausbildung. Ich weiß es nicht, deshalb sage ich es ungeschützt; man hört immer nur, dass er seit einer gewissen Zeit mit dem FBI immer wieder irgendwie im Ausland, in Osteuropa, irgendwelche Fortbildungen betreibt. Das ist das eine.

Das andere ist, ich würde dringend raten, T. B., den Zugführer, als Zeugen zu vernehmen, und zwar aus zwei Gründen. Der primäre Grund ist: T. B. hat in seiner Vernehmung sehr früh nach dem Polizistenmord die These aufgestellt, dass er eigentlich gedacht gewesen sei als Opfer des Anschlags. Er hat das damit begründet, dass er einer osteuropäischen Bande durch informelle V-Leute oder Informanten auf die Spur gekommen sei – da gab es auch ein Ermittlungsverfahren –, und er sagte, dies alles habe er von seinem Freund, dem Special-Forces-Mann B. G. Das heißt, dieser T. B. hatte Kontakt zu den Special Forces. Es wäre vielleicht ganz interessant, ihn auch grundsätzlich zu fragen – diese Frage wurde ja durch die anderen Zeugenvernehmungen evoziert –: Gab es eine andere Operation noch an diesem Tag?

Ich weiß auch oder glaube zu wissen – ich muss es viel trennschärfer formulieren –: Es gibt Aussagen, dass es gemeinsame Feste zwischen der BFE und der Special Forces Group gab. Die Special Forces residiert in der Panzerkaserne in Böblingen, die BFE, wie man weiß, in der Wildermuth-Kaserne. Es sollen da Feste gemeinsam gefeiert worden sein, und – ich sage das einmal aber wirklich vollkommen ungeschützt, ohne dass ich es substantiieren könnte, weil es nur eine Quelle ist, was bei uns nicht ausreicht –

diese Feste, gemeinsamen Feste hätten 2007 geendet. Ich gebe es nur so weiter. Deshalb macht es aber ganz sicher Sinn, T. B. danach zu fragen.

Im Übrigen – damit ich es nicht vergesse; der Kollege Selvakumaran hat das schon am Montag ausgeführt –, was auch die Ermittler verblüfft hat: In der Tat war T. B. nach seiner Darstellung sehr früh am Tatort, und es steht – ich kann auch dies, damit ich es wirklich genau mache – – Es wurde festgehalten, dass um 15:26 Uhr das Handy von M. K., obwohl sie schon tot war, noch einmal da eingeloggt wurde, und das wurde zurückgeführt darauf, dass T. B., obwohl er am Tatort war, tatsächlich ihre Nummer angerufen hat.

In dem Zusammenhang auch noch einmal einen anderen Hinweis, gerade, was die Handyauswertung angeht: Herr Binninger hat ja schon darauf hingewiesen, dass es sich lohnt, die Nummern sich genau einmal anzuschauen. Sie wurde fünfmal von einer sehr schwierig rekonstruierbaren Nummer angewählt. Aber was – ich glaube, da ist Herr Binninger der deutlich bessere Experte, wenn ich seinen Andeutungen das entnehmen darf – vielleicht auch nicht uninteressant ist, ist, dass die M. K. natürlich Nummern gespeichert hatte, darunter auch zwei Nummern mit BB, Böblingen. Das könnte darauf schließen lassen – weil sie sehr viele Nummern ihrer Kollegen, auch von T. B., hatte –, dass das Polizeirevier oder Polizeipräsidium Heilbronn – Heilbronn ist also ihre eigene Einheit. Und eines dieser „BB“, nämlich BB 71, hat sie gegen 12 Uhr, zwischen 11:50 und 12 Uhr, ich glaube, zweimal angerufen. Ich habe bisher – – Vielleicht ist das etwas, was schon lange geklärt ist; aus den Akten geht es nicht hervor. Wer hat sie angerufen? Das war also, als sie noch morgens unterwegs waren. BB lässt, wie gesagt, darauf schließen, dass es vielleicht Kollegen aus Heilbronn waren. Waren es Kollegen, die vor Ort waren? Es muss ein Handy sein, das eben mit Böblingen, das mit der Polizei etwas zu tun haben könnte.

Ich glaube, durch Befragungen von – – Falls Sie T. H., der ja damals Einsatzleiter war, hier vorladen, der müsste das eigentlich auch sagen können, ob es noch vielleicht zwischen Kollegen der Einsatztruppe und ihr gegen 12 Uhr Kontakt gab.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Pröfrock.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Ich habe eine Verständnisfrage. Sie haben vorhin ausgeführt, dass nach dem Polizistenmord in Heilbronn – ist das so richtig? – Hinweise von FBI-Ermittlern an deutsche Behörden gingen und dass es sich dabei um einen rechtsextremistischen Hintergrund – – Zu welchem Zeitpunkt kamen die Hinweise? Könnten Sie das noch einmal kurz erläutern?

Sv. Rainer Nübel: Das können Sie der Berichterstattung entnehmen. Ich glaube, es waren u. a. die „Stuttgarter Nachrichten“, aber auch andere überregionale Blätter, die berichtet haben. Es wurde im Kontext des Untersuchungsausschusses in Berlin bekannt, dass FBI-Beamte – – Anfang Juni 2007, in der Tat also etwa sechs Wochen nach dem Polizistenmord und – Zufall wahrscheinlich – zeitnah zum Auffinden der

DNA-Spur – die wurde ja erst Anfang Juni oder Ende Mai bekannt gegeben – kamen FBI-Beamte. Es gibt da Divergenzen in der Berichterstattung. Die einen sagen – ich glaube, das waren jetzt wieder eher Kollegen, die behördenaffiner sind –, ja, das sei alles abgemacht gewesen mit dem BKA. Andere berichten wiederum, das sei – – Vollkommen ungefragt hätten die FBI-Beamten plötzlich gesagt: Wir haben unsere eigenen Profiler da angesetzt, und wir kamen zu dem Schluss, dass hinter der Ceska-Mordserie, hinter den Morden, der Mordserie, Ausländerhass als Motiv stehe, sprich: Rechtsextreme.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Haben Sie eine Erklärung dafür? Die Ceska-Morde enden im – – Wenn ich es richtig weiß, endet im April 2006 die Ceska-Mordserie. Fünfzehn Monate später, nach einem anderen Mord, der mit anderen Waffen begangen worden ist, kommen plötzlich Hinweise des FBI, die sagen zum einen, dass diese beiden Taten zusammengehören und es einen rechtsextremistischen Hintergrund gibt. Oder habe ich jetzt etwas falsch verstanden?

Sv. Rainer Nübel: Ja, also, nach meiner – – Das ist ja reine Lektüre. Ich habe ja die Akten dazu nicht, aber die kriegen Sie ja wahrscheinlich problemlos, so der Vorgang BKA – oder nicht BKA, sondern FBI in Verbindung mit entweder BKA-Beamten oder Beamten der BAO Bosphorus. Nach meiner Lektüre war es nicht so, dass sie sagten: „Auch der Heilbronner Mord gehört in diesen Kontext“, sondern so, wie ich es gelesen habe, geht es dahin, dass sie sechs Wochen danach sagten: „Unsere Profiler gehen davon aus, dass die Mordserie“ – – Aber das müsste man aus den Akten – – Ich kann jetzt nur wiedergeben, was ich gelesen habe; da bin ich überhaupt keine Primärquelle. Es hat zumindest wohl einige Ermittler gewundert, wie plötzlich die Amerikaner um die Ecke kamen und sagten: Eigentlich können wir eure – – Eigentlich haben wir einen Ansatz für eure Ceska-Mordserie.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Dann wäre es also auch ein zeitlicher Zufall sozusagen.

Sie haben vorhin ausgeführt, mehrfach aus den E-Mails zitiert, dass FBI-Beamte zu einer Operation in Deutschland wohl gewesen sein sollen, und haben aus – – Also nach allem, was Sie zitiert haben, hieß es, es war eine Operation auf deutschem Boden. Ich glaube, so haben Sie sich ausgedrückt und haben dann aber wieder mehrfach von der Schlussfolgerung gesprochen, dass diese FBI-Beamten in Heilbronn waren. Ist das Ihre Schlussfolgerung, oder geht es aus den Dokumenten hervor, dass die – sofern wir jetzt einmal die Authentizität unterstellen – – Waren die tatsächlich in Heilbronn? Gibt es einen Hinweis von US-amerikanischer Seite, sie waren in Heilbronn? Oder gibt es immer nur die Formulierung „auf deutschem Boden“?

Sv. Rainer Nübel: Nein, nein. Gute Frage. Dann habe ich defizitär zitiert oder mich ausgedrückt. Es geht ausschließlich um Heilbronn. Es geht da – – Wenn Sie den Brief von Ernst Uhrlau sowohl an den GBA, also an Herrn Range, als auch an Herrn Brüsselbach lesen – einen Augenblick, jetzt beginnt die Suche –, steht ganz klar drin im Betreff:

Mögliche Kenntnisse des FBI von den Ereignissen in Heilbronn – in Klammern: 2007. Es ging ausschließlich um den Polizistenmord.

Es steht sogar was – – Das sage ich auch ganz ehrlich, ohne dass ich als Journalist das einschätzen kann: Juristen irritiert das Wort „Beteiligung“. Und es gibt auch ein weiteres Papier von den Geheimakten, da steht: „Mögliche Involvierung des FBI“. Das ist eine BND-Akte; ich zitiere nur. Juristen – Herr Drexler, Sie wissen es und können es deutlich besser analysieren – sehen in dem Wort „Beteiligung“ etwas eher strafrechtlich Relevantes. Aber das kann eine reine Sprachregelung sein.

Ich weiß nur, dass der Entwurf des ersten Schreibens an den Generalbundesanwalt Range am 5. Dezember – – Der war da schon von einer BND-Mitarbeiterin formuliert; da stand noch drin, dass der Verbindungsoffizier Mister L. sich dahin gehend geäußert habe, dass der Verdacht der möglichen Beteiligung naheläge. Dieser wurde aber geändert. Am 9. Dezember wurde dann das, was ich Ihnen vorgelesen habe, an Herrn Range gegeben. Ich bin kein Jurist, deshalb kann ich das nicht einschätzen.

Ich ging immer in meiner Lektüre davon aus: Präsenz – gemeint ist, nach eigenen Prüfungen der Amerikaner, eine Präsenz von FBI-Beamten – und ein Scheitern der Operation, wie es wörtlich heißt, aufgrund des Polizistenmords.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Darf ich da noch einmal ganz präzise nachfragen – denn ich glaube, das ist schon wichtig –: Die deutsche Seite hat nachgefragt, ob US-amerikanische Behörden an dem Tag – –

Sv. Rainer Nübel: Nein, das Prozedere war ganz anders. Der „Stern“ berichtet, und daraufhin kommt der Verbindungsoffizier der US-Geheimdienste in Südwestdeutschland – in Klammern gesprochen, oder als Frage: der macht das nicht ohne Absprache normalerweise; so kennt man zumindest die hierarchischen Strukturen bei Behörden, auch der Amerikaner. Er geht proaktiv auf – – Er will eigentlich auf den MAD zugehen. Er ruft den MAD, die MAD-Dienststelle an, und man weiß bis heute nicht, warum die Person, die am Telefon war, putativ und sofort das Gespräch weitergab an den BND; das ist bis heute nicht erklärbar.

Deshalb finden Sie auch in diesen Akten oder Darlegungen – – Im Abschlussbericht des Untersuchungsausschuss geht es bei Herrn Brüsselbach immer nur um die Frage: Wer rief jetzt wen an? Sondern Fakt ist nach dieser Darlegung – – Also ich kann immer nur aus dem, was intern hier – was ich ja zitiert habe, sagen: Er geht proaktiv auf den MAD zu, wird mit dem BND verbunden. Er sagt: „Der „Stern“ hat ja diesen Bericht da gebracht; ich möchte mit euch darüber reden.“ Er sagt dann, dass man, eben – – Er korrigiert die „Stern“-Berichterstattung, das heißt, er sagt nicht – im Gegensatz zur US-Botschaft – „Fälschung“ oder sonst etwas, sondern er sagt, der „Stern“ hat da falsch berichtet. SIT – das stand auf dem Papier – bedeutet nicht Spezialeinheit – die „Stern“-Kollegen dachten: Special Investigation Team – sondern er sagte, SIT sei ein Operationsname. Und dann sagt er: Die Nachrichtendienste, die Militärdienste nicht vor Ort,

aber eben zwei FBlller, die dann nach Scheitern der Operation außer Landes gebracht worden seien. So war das Prozedere.

Und erst dann kam wohl vom BND, von der Spitze des BND, doch Interesse daran, mit dem Mann zu reden. Und dann hat ein laut – – Da gibt es zig EVs von MAD-Mitarbeitern. Dann hat der Herr D., der hier auch unter Umständen zu vernehmen wäre – in dem Fall kann man es, glaube ich, auch sagen, weil es Tarnnamen sind; es ist ein Herr D.. Er wurde wohl offensichtlich beauftragt vonseiten des BND – ein BND-Mitarbeiter –, doch mit Herrn L. ins Gespräch zu kommen: Was waren die Hintergründe dieser Operation?

Abg. Matthias Präfrock CDU: Es wurde ja verschiedentlich jetzt angesprochen die Frage: Ist dieses Observationsprotokoll nun echt, oder ist es eine Fälschung? Was ist Ihre persönliche Einschätzung? Ist es echt, oder ist es eine Fälschung?

Sv. Rainer Nübel: Ich glaube, es wäre wenig journalistisch und wenig seriös, dass ich irgendeine Einschätzung gebe. Ich kann Ihnen nur sagen, es hat mich natürlich – – Zum einen – das sage ich auch einmal persönlich – war es wirklich eine Perfidie dieser Strategie von gewissen Behörden. Das geht sogar aus den Unterlagen hervor, dass insinuiert wird in den Akten, dass ich zunächst einmal dieses Buchkapitel geschrieben hätte und dann die sogenannte Fälschung beschafft habe. Dieses wurde von der „taz“ zumindest thematisch aufgegriffen, deshalb kann man das auch nachlesen.

Das – – Ich will es einmal so sagen: Wenn alle Ermittlungsergebnisse, alle Ermittlungen des GBA und des BKA die Qualität haben, die sie hier bei nachweislichen Falschdarstellungen an den Tag gelegt haben, dann sind die Zweifel, die auch Herr Binninger oder Herr Aust formuliert haben, noch relativ diplomatisch ausgedrückt.

Was die – – Man kann es nur rational sehen. Ich habe natürlich – – Weil mir dämmerte im Lauf der Zeit, welche Strategie da gefahren wird, habe ich begonnen, die einzelnen Punkte – deshalb bin ich für die Frage sehr dankbar – einmal, soweit ich es kann, zu recherchieren. Und manches grenzt da, so ernst es ist, an Realsatire. Eines der Hauptargumente, die eben auch wohlfeil, wie gesagt, und sehr willig von der „taz“ damals, von zwei „taz“-Autoren dann formuliert wurden, war die Schreibweise der Uhrzeit. In diesem Papier steht nach meiner Erinnerung, ich glaube, irgendwie „13 Uhr“ und dann zwei Doppelpunkte und dann „51“ – oder irgendeine Uhrzeit eben, wann die Observation abgebrochen sein sollte.

Jetzt wurde immer argumentiert: Ganz klar ein Indiz für die Fälschung. Amerikaner schreiben – – Und jetzt geht es schon durcheinander. In den Akten findet sich ein Nachrichtendienstler der Amerikaner, der sagt: „Wir schreiben das nur mit Punkt, nicht mit Doppelpunkt“, und die anderen – das wurde dann die Sprachregelung, der sich der GBA gern anschloss – ohne alle Punkte, nur „13 50“. Aber im „Stern“-Papier, also in dem vom „Stern“ veröffentlichten Papier steht wohl „13:...“ .

So. Jetzt gibt es – ich habe es sogar dabei – – Beim Antwortschreiben dieser US-Militärbehörde, die zu Herrn H., zu diesem Master Sergeant der Special Forces Group, Antwort gab, steht, wie es der Teufel will, von der amerikanischen Behörde so formuliert, ein Doppelpunkt zwischen Stunde und Minuten. Also, das grenzt an Realsatire. Aber ich habe gelernt bei einer Lesung vor Kurzem in Göppingen, dass selbst der eigentlich von mir geschätzte Verfassungsschützer Dr. M. immer noch, auch coram publico, sagt: Das ist doch ein ganz klarer Hinweis, dass es eine Fälschung sei. – Das ist der Punkt eins.

Wir könnten viele andere Punkte aufgreifen. Ich habe den Punkt aufgegriffen mit dem Verfassungsschutz; der war mir viel wichtiger: diese defizitäre Aussage des Innenministers Gall, auch im EG-Umfeld-Bericht, was die mögliche Präsenz – das muss man ganz klar sagen – von Verfassungsschutz angeht. Ich verweise noch einmal auf das Zitat aus den Akten von Herrn Schuster, den man ganz sicher als Sachverständigen laden könnte. Dieser E-Mail-Verkehr mit dem Wort „Anwesenheit“ liegt vor. Da kann man heute zumindest sagen, dass dann die Darstellung, dass es widerlegt sei, zumindest defizitär ist. Und das, glaube ich – – Bei diesem historisch und politisch wirklich enorm konnotierten Fall verbietet es sich, in so einer exponierten politischen Rolle solche „Definitivheiten“ zu formulieren. Ich glaube, darüber sind wir uns einigermaßen einig.

Ein anderer Punkt – ich weiß nicht, welchen ich herausgreifen soll aus dem Ganzen. Es geht ja um M. K.. Das ist vielleicht nicht uninteressant. Da hat das BKA dann zum Besten gegeben – rekonstruiert –: Könnte denn M. K. überhaupt an dem Tag in Heilbronn gewesen sein? Man muss übrigens noch hinzufügen: M. K. war auch angebunden an den türkischen Geheimdienst MIT. Das ist bestätigt. Sowohl SPIEGEL als auch „Stern“ haben berichtet – da war ich einer der Autoren –, dass nach unseren Informationen er auch an die Amerikaner angebunden war. Wurde nie dementiert – nur zu Ihrem Hintergrund.

Das BKA hat dann nach ihrer Aktenlage, die im Übrigen auch meine ist, für den Sauerlandkomplex zu Recht dargestellt, dass M. K. am 21. April 2007 noch in Istanbul war, in der Türkei war, und im regen Mailverkehr mit Fritz Gelowicz, mit Attila Selek, mit Schneider und mit Yilmaz kundgetan habe: Ich, M. K., habe jetzt die Zündung. Und dann haben – das kann man aus diesen Tausenden von Akten lesen – die Sauerländer, die eigentlich aus Ulm kamen größtenteils, gesagt: Wir brauchen die sofort. Wir wollen die jetzt.

Und dann gibt es ein paar Tage überhaupt keine Spuren von M. K.. Das heißt – das hat das BKA eingeräumt –, wo er am 25. war, können sie nicht sagen. Sie haben nur wieder spekuliert und interpretiert, ein Mann, der mit internationalem Haftbefehl gesucht werde, werde ja nicht von der Türkei, wo er sich aufgehalten hat, nach Deutschland kommen. Wir, Kollegen von mir, haben von Ermittlern schon vor einem Jahr, schon vor längerer Zeit, die Information bekommen, das M. K. definitiv sich in Deutschland aufhielt, weil er bei einer Abhöraktion als solches evident gemacht worden sei.

Zurück zu M. K. möglichem Aufenthalt oder nicht: Fakt ist, dass er Anfang Mai 2007 interessanterweise an die Sauerländer mailt: „Jetzt kann ich die Zünder nicht mehr über den Landweg nach Deutschland transportieren.“ Die Zünder sollten zu dem Zeitpunkt sehr schnell an die Sauerländer gehen. Es dauerte dann drei Monate – so lange ließ er sich Zeit –, bis er eine ganz andere Strategie fuhr, nämlich zum einen, einen Teil der Zünder buchstäblich einem jungen Tunesier in die Schuhe zu schieben, der sie dann per Flugzeug nach Braunschweig brachte. Und der zweite Weg war, über seine serbische oder über seine Balkan-OK-Bande den Rest der Zünder über den Landweg nach Mannheim zu expedieren, wo sie dann auch an Fritz Gelowicz übergeben wurden. Das ist so ein weiterer Punkt.

Das, wo ich sonst so sage, es gab irgendwelche Zeichen – – Das kann ich nicht einschätzen. Ich habe nur, muss man auch sagen – – Einige Kollegen, die auch die Berichterstattung gerade vom SPIEGEL oder von der „taz“ einfach auch sehr stark kritisiert haben, haben mitgeholfen und haben festgestellt, dass irgendein – – Es gab zwei Geheimdienstler, und das finde ich ein Novum in der Präsenz der amerikanischen Geheimdienste in Deutschland, die haben sich selber proaktiv bei den Behörden gemeldet, um auszusagen, dass es nie eine Operation gegeben hat. Stellen Sie sich einmal vor, dass – – Wenn NSA-Agenten so etwas getan hätten, dann hätten wir viel früher – – Dann hätten wir auch Edward Snowden nicht gebraucht. Die sagen wiederum, dass es bei dem Stichwort „Secret“ – dass da irgendein „T“ anders geschrieben werden soll. Daraufhin haben mir Kollegen jenseits des „Stern“ und des „Zeitenspiegel“ mehrere Dokumente amerikanischer Provenienz gegeben, wo es genau so formuliert ist wie in dem Papier.

Man kann noch länger daran herummachen. Ich glaube nicht, dass es die hoch relevante Frage ist. Die Frage ist, was drinsteht. Gab es eine Operation in Heilbronn? Und noch einmal als Fazit: Wenn führende Behörden – die höchsten Ermittlungsbehörden Deutschlands, und zwar beide, sowohl die Bundesanwaltschaft als auch das BKA – sich frühzeitig festlegen, dass der Inhalt – und auch die Form; Stichwort Fälschung – überhaupt nicht zutrifft, und man gleichzeitig ganz konkrete Hinweise von amerikanischer Seite hat, es hat eine FBI-Aktion gegeben, dann ist das – da sind wir uns, glaube ich, einig – entweder verwegen, es ist fahrlässig, oder es ist eine Strategie. Und ich tendiere aus den Erfahrungen ganz klar zur Strategie.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Jetzt hätte ich bloß die Bitte: Herr Nübel, Sie wissen ja wahnsinnig viel, und wenn man wahnsinnig viel weiß, dann kann man Fragen auch sehr umfangreich und voluminös beantworten. Das ist alles wichtig. Aber meine Bitte wäre einfach, wenn jetzt Fragen kommen, etwas zentriert ...

Sv. Rainer Nübel: Gern.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: ... und kürzer auf die Frage zu antworten, und dann kommen nämlich noch die Kollegen dran, zu fragen.

Sv. Rainer Nübel: Ja, sehr gern.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Jetzt würde ich Herrn Filius bitten.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Herr Nübel, vielen Dank für Ihre Ausführungen, weil es ja noch einmal ein ganz anderer Ansatz ist, den Sie uns einfach mit auch auf den Weg geben, wenn Sie uns auffordern, hier diesen Spuren noch weiter nachzugehen.

Dazu passt ja auch gerade die aktuelle Meldung von „dpa“, dass eine mutmaßliche Al-Kaida-Unterstützerin in Heilbronn verhaftet worden sei, und die deutschen Behörden zehn Tage – – Also, es muss vor zehn Tagen gewesen sein, am 10., und es ist halt jetzt noch keine Stellungnahme von Deutschland dann vorliegend. – Das nur als kleiner Hinweis nochmals an der Stelle.

Sie haben auch in Ihrem Buch „Geheimsache NSU“ ausgeführt – ich darf darauf einfach kurz Bezug nehmen –, laut eines Informanten wüssten Islamisten aus dem direkten Umfeld der Sauerlandterroristen Details zum Polizistenmord. Frage jetzt an Sie – Quellenschutz, selbstverständlich, und anderes, aber wir haben ja tatsächlich die Aufgabe; wir wollen ja aufklären –, ob es Möglichkeiten gibt, uns nochmals in dieser Sache zu helfen, dass wir dort mehr Informationen bekommen können in diesem Bereich, was Sie da im Buch beschrieben haben.

Sv. Rainer Nübel: Das würde ich gern, aber ich habe vorher schon angedeutet, es greift hier nicht nur § 53, nicht nur Informantenschutz, sondern eben auch Mandantenschutz. Das heißt, die Qualität der Quelle steht außer Frage, nicht nur deshalb, weil die Person einem gewissen Berufsstand angehört, sondern weil sie seit Jahren – so weit kann ich es sagen – immer zutreffende Informationen geliefert hat.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Die Quellenbenennung muss ja nicht sein, aber dass man vielleicht doch weitere Hinweise bekommen kann. Denn es heißt ja hier, es wären hier – es könnten noch weitere Informationen gegeben werden, Details zu dem Polizistenmord.

Sv. Rainer Nübel: Details jetzt von dem Wissen, dem scheinbaren Wissen dieses Islamisten? Ich kann nur sagen – –

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: So ist es ja geschrieben: „Laut eines Informanten wüssten Islamisten aus dem direkten Umfeld der Sauerlandterroristen Details zum Polizistenmord.“

Sv. Rainer Nübel: Genau.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Laut eines Informanten.

Sv. Rainer Nübel: Dazu gehört die Tokarew, dass die Tokarew eingesetzt worden sei bei diesem Mord. Nach meiner Erinnerung – – Ich bin ja, als ich die Information bekommen habe, gleich einmal ins Netz gegangen. Da war die Kenntnis, die öffentliche Kenntnis darüber, dass eine Tokarew im Spiel war neben der Radom, sagen wir einmal vorsichtig, sehr rudimentär. Es war kein Hauptbestandteil der Berichterstattung. Ich glaube sogar, dass zu dem Zeitpunkt, wenn überhaupt, nur in einem Blog die Vermutung kam: „Gab es nicht eine Tokarew?“, weil dazu viele von uns Journalisten die Akten nicht hatten. Ich wusste, dass es eine Tokarew gab, weil das relativ frühzeitig dokumentiert war. Das war das eine.

Das andere war, dass natürlich – ich muss jetzt eben auf beide Schutzaspekte Wert legen oder Acht geben – – Aber es war dann so konkret, dass die Person, die eben, wie gesagt, die Qualität hat, eben im terroristischen Bereich angesiedelt gewesen zu sein, dann befragt wurde: „Ja, was ist denn da passiert?“ Und dann fiel eben der Name M. K.. Es fiel der Zusammenhang „Waffendeal“ mit einer gewissen Summe, die aber nicht näher definiert wurde. Aber Sie sehen, ich gehe jetzt schon relativ weit, weil, wie gesagt, Quellenschutz ist für mich das höchste Gut, aber Mandantenschutz ist einfach mindestens genauso wichtig. Deshalb kann ich den Namen nicht nennen. Aber selbst die Ermittler vom BKA, als die nach unserer Berichterstattung ja ermitteln wollten oder ermittelten, hätten eigentlich darauf kommen können, wer es ist. Dennoch, ich kann den Namen nicht – –

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Unser Interesse ist natürlich die Aufklärung an vorderster Linie.

Sv. Rainer Nübel: Ja, so ist es. Klar.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Am 13. September 2012 hätten – das sagten Sie auch in Ihrem Buch – Vertreter von CDU und FDP im NSU-Untersuchungsausschuss dann halt diesen Komplex – was Sie vorher ja mit dem Sergeant H. benannt hatten – erwähnt. Waren Sie selbst dort vor Ort an dem Tag?

Sv. Rainer Nübel: Ja.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Also im Untersuchungsausschuss.

Sv. Rainer Nübel: Ja. Ich war präsent und habe auch die Vernehmung von Herrn S. – –

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Jetzt ist ja Böblingen – – Das fällt ja einem ja auf, und Sie haben es auch schon einmal entsprechend erwähnt, mit den Bezügen zu M. K.. Und ist das jetzt nochmals in dem Bereich – helfen Sie mir noch einmal, vielleicht haben Sie es vorher auch schon weiter ausgeführt – im Untersuchungsausschuss auch angesprochen worden? Dann müsste es ja „Klick“ machen an der Stelle, wenn

man auf den Punkt kommt, dass M. K. auch in Böblingen war, dass hier Näheverhältnisse sich über den Bereich auch ergeben könnten.

Sv. Rainer Nübel: Das war leider nicht so; weil es war so, dass Herr M. immer rumdruckste, als die Frage kam – ich glaube, es kam von der CDU, von Herrn Binninger oder Herrn Schuster –: Da war doch – – Nein, es kam von der FDP nach meiner Erinnerung, der Herr Binninger war zu dem Zeitpunkt gerade draußen. Die FDP sagte zu Herrn M. bei dessen Vernehmung: „Da war doch noch etwas mit einem geblitzten Fahrzeug.“ Und dann hat er so herumgedruckt, und dann hat aus dem Hintergrund Ströbele von den Grünen gesagt: „Jetzt sagen Sie es doch einfach, woher er kam.“ Und dann sagte M.: „Ja, US-Militär.“ Aber er explizierte nicht, dass es diese Spezialeinheit ist, die man kennt. Er explizierte auch nicht, dass die in Böblingen stationiert sind. Er sagte eigentlich zu diesem A. H. so gut wie gar nichts, sondern nur, dass er geblitzt wurde mit einem Tarnkennzeichen und eben Stichwort „US-Militär“.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Also, dann werden wir der Sache noch einmal entsprechend weiter nachgehen. – Vielen Dank.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Sakellariou.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Nübel, nur zwei Fragen noch. Sie haben gesagt, das Mitglied der Sauerlandgruppe sei – jetzt zitiere ich Sie – wenige Kilometer von der Theresienwiese entfernt gewesen zum Zeitpunkt. So habe ich Sie jetzt wörtlich zitiert, was Sie vorher hier ausgesagt haben: wenige Kilometer von der Theresienwiese zum Zeitpunkt der Tat.

Sv. Rainer Nübel: Nicht das Mitglied der Sauerlandgruppe, sondern der geblitzte Master Sergeant war – wurde ...

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Okay.

Sv. Rainer Nübel: ... kurz vor der Ausfahrt Heilbronn auf der A 6 mit 25 km/h zu schnell geblitzt. Vielleicht ist es die deutsche Gründlichkeit, ...

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ja, ja. Okay.

Sv. Rainer Nübel: ... wenn sich daraus noch was ergeben würde.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Weil Sie ja unterstellt haben, dass auch der M. K. zum Zeitpunkt in Heilbronn war.

Sv. Rainer Nübel: Nein.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Okay.

Sv. Rainer Nübel: Herr Sakellariou, ich habe nichts unterstellt, sondern ich habe nur ganz sachlich dargestellt, dass niemand weiß, wo war er, ...

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Genau.

Sv. Rainer Nübel: ... also belegbar, aber dass es merkwürdig ist, dass er Anfang Mai plötzlich sagt, die Zünder kann ich jetzt nicht mehr über den Landweg transportieren. Warum?

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Gut, dann war das – – Wie gesagt, ich höre ja auch schon eine Weile zu. Da kann es schon sein, dass ich da Dinge auseinanderbringe.

Zweite Frage, die bezieht sich noch einmal auf dieses Observationsprotokoll des DIA, weil es interessiert mich natürlich schon, ob dieses Dokument jetzt gefälscht war oder nicht. Ich möchte Sie jetzt einfach fragen: Der Bundestagsuntersuchungsausschuss hat ja nicht nur die Dinge angeführt, die Sie jetzt gerade gesagt haben, mit der Zeitanangabe, sondern auf Seite 660 noch angeführt hat, dass deswegen dieses

Dokument als nicht authentisch einzustufen sei ...

Es

weise ... zahlreiche Widersprüche in Bezug auf das Format, die Terminologie und den Inhalt auf.

Weiter heißt es dort:

Zudem habe es im April 2007 keine Observationen durch US-Einheiten in Heilbronn gegeben und es habe auch niemals ein SIT in Stuttgart existiert. Ein SIT habe es lediglich in Augsburg gegeben. Dieses sei jedoch 1997 aufgelöst worden.

Das waren die Feststellungen, die in Berlin getroffen worden sind. Jetzt würde mich interessieren, ob Sie dann dem von sich auch noch einmal nachgegangen sind, wo Sie das Dokument herbekommen haben, ob Sie dann eigene Recherchen angestellt haben, um das zu überprüfen.

Sv. Rainer Nübel: Nein. Zum einen ist das nicht meine Sache, weil ich selber das Papier nicht bekommen habe.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Okay, wer hat es denn bekommen?

Sv. Rainer Nübel: So, wie ich es dargestellt habe, ein Vertreter der „Stern“-Redaktion, aber nicht ich.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Aha.

Sv. Rainer Nübel: Ich habe zum ersten Mal am 14. November 2011 durch einen Anruf aus der „Stern“-Redaktion von der Existenz des Papiers erfahren. Was Sie meinen, sehe ich keinen Widerspruch. Ich habe vorher ausgeführt: Der „Stern“ hat – – Also die sieben Autoren des „Stern“-Berichts haben, wir alle haben gemeint, dass SIT für Special Investigation Team steht – was in der Tat, als die 10. Division der Special Forces Group noch in Bad Tölz war, bis in die Neunzigerjahre, so war. Aber Sie sehen ja selber, dass der Experte, nämlich der Verbindungsoffizier der Geheimdienste der Amerikaner in Südwestdeutschland, sagte: Es ist nicht, wie der „Stern“ geschrieben hat, eine Einheit, sondern es ist ein Operationsname. Ich sehe jetzt da keinen Widerspruch zu –

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Gut, aber Sie sind dem nicht weiter nachgegangen? Also auch nicht – – Sie haben die Person, die das Papier bekommen hat, auch nicht in irgendeiner Form angegangen, sie möge dann vielleicht weiter recherchieren, wie es um die Echtheit dieses Dokuments steht?

Sv. Rainer Nübel: Die Frage Recherche – – Ich meine, in der Redaktion entscheidet sich ja irgendwann einmal: Bringen wir das, oder bringen wir das nicht?

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Genau.

Sv. Rainer Nübel: Die Recherche, ob es Sinn macht, das zu bringen – – Weil noch einmal: Bei allem Zweifel, den wir bis heute haben, den wir auch expliziert haben – nette Kollegen haben uns nie darauf hingewiesen – – Es steht zwar nach meiner Erinnerung zweimal im Text: „Wenn dieses Papier echt ist, dann stellen sich folgende Fragen:“ Jetzt haben wir aber den Sachverhalt, dass nur wenige Stunden, nachdem dieser „Stern“-Bericht veröffentlicht wurde, es die Bestätigung gibt, und zwar von der amerikanischen Seite aus selber. Warum soll man dann – –

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das ist ja etwas anderes.

Sv. Rainer Nübel: Also spätestens, wenn man das erfahren hat, dann recherchiere ich eher, wie die Strategie von Behörden stattfindet in Verbindung mit willigen oder gar willfährigen Journalisten, weil das meine eigene Branche betrifft und natürlich für mich auch schockierend ist, dass ein Teil der Branche, oder ein ganz kleiner Teil, so tickt. Das ist für mich das Primäre.

Die Frage, ob das Ding echt ist, wird sich dann definitiv entscheiden, wenn irgendein Amerikaner oder wenn Herr T. B. oder wenn durch Zufall jemand anderes sagt: Ja, was der Verbindungsoffizier sagte, hat nicht nur zugetroffen, wir sagen euch wirklich – – Also die Hintergründe.

Ich kann nur noch einmal anregen, den Herrn D., den Herrn D. vom BND zu vernehmen unter der Maßgabe oder unter der Fragestellung, ob er sich doch über die Hintergründe von der Operation kundig gemacht hat.

Was muss in einem Staat passieren, wenn ich bei einem Polizistenmord, der Bestandteil einer solchen Mordserie ist, die Möglichkeit bekomme, durch einen US-Agenten – was enorm selten ist – die Hintergründe über die Operation zu erfahren, und es nicht tue? Das halte ich für relevanter als die Frage, ob jetzt eine Uhrzeit, also eine Terminangabe...

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Nein, es geht nicht um die Terminangabe.

Sv. Rainer Nübel: ... mit Doppelpunkt oder mit Punkt zu versehen ist. Das würde – –

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Aber es wäre ja schöner gewesen, wenn man dem auch noch nachgegangen wäre, weil in der Summe brauchen wir ja insgesamt Fakten.

Sv. Rainer Nübel: Ich vertraue da den Kollegen, die die Genese – – Natürlich, wir waren ja sieben, und die Person, die es bekommen hat, die kann die Genese natürlich auch rekonstruieren. Und da, nach meiner Erinnerung, gab es kein Vertun. Aber, wie gesagt, ich glaube, das wäre wiederum die Strategie, deshalb bin ich fast gar nicht – – Ich bin eigentlich gewillt, wie Sie sehen, aber die Strategie würde ja weitergeführt, wenn wir uns jetzt immer wieder unterhalten: War es jetzt – lag es jetzt an der Uhrzeitangabe? Entscheidend ist doch, dass zur Bestätigung für die Operation von den Amerikanern selber kommt.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Vorsitzender Drexler, ich habe keine ergänzenden Fragen mehr.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Dann Frau Kollegin Häffner.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Danke schön. – Herr Nübel, ich habe eine Frage: Sie schreiben in Ihrem Buch – ich zitiere –:

Erst im Zuge der Snowden-Enthüllungen im Sommer 2013 wird bestätigt, dass im Frühjahr 2007, also zur Zeit des Polizistenmordes, mehr als 100 US-Geheimdienstler auf deutschem Boden verdeckt ermittelt haben.

Meine Frage dazu: Woher haben Sie die Snowden-Enthüllungen genau zu diesem Punkt, und wie sicher sind die Informationen, die Sie dazu haben, dass Sie das dementsprechend hier so als Fakt bestätigen können?

Sv. Rainer Nübel: Nein. Das habe ich vorher schon ausgeführt: Das geht aus der Berichterstattung des „Focus“ hervor. Die haben das als Erstes berichtet. Im Windschatten der NSA-Affäre, die damals durch den SPIEGEL oder Snowden hochkam, wurde das in der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen. Der SPIEGEL hat dann ein paar Monate später noch einmal ausführlichst über diese Operation der Amerikaner im ersten Halbjahr 2007 berichtet – wurde vom Bundesinnenministerium, vom Bundesverfassungsschutz nie dementiert.

Das wurde ganz aus den Snowden-Dokumenten – die ich nicht habe – – Das geht aber aus dem Buch hervor, dass das Berichterstattung war. Ich habe SPIEGEL und „Focus“ explizit genannt. Die haben das berichtet, dass sie eben bei dieser Immobilie in Neuss lokalisiert waren und dass es auf deutschem Boden Operationen der Amerikaner gab.

Zurückführend auf das, was Herr Sakellariou noch angedeutet hat: Sie sehen ja, dass die US-Botschaft da vielleicht defizitäre Angaben machte, weil da hieß es, dass man per se keine Operationen zu dem Zeitpunkt gemacht hat. Das ist für mich ein Indiz, dass man eher die Frage vielleicht aufwerfen sollte mittlerweile: Wie gefälscht, wie authentisch sind die Aussagen der US-Botschaft damals gewesen? Vielleicht wäre das relevanter.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Weitere Fragen? – Keine. Dann darf ich mich recht herzlich bei Ihnen, Herr Nübel, bedanken, würde Sie jetzt auch entlassen und würde mich auch dafür bedanken, dass Sie so geduldig Auskunft erteilt haben.

Die Fortsetzung des Untersuchungsausschusses ist voraussichtlich am 2. März 2015 um 10:00 Uhr im Plenarsaal.

Die öffentliche Sitzung ist hiermit geschlossen. Ich bedanke mich auch bei den vielen Zuhörern für ihr Interesse und wünsche eine gute Heimreise.

(Schluss des öffentlichen Teils: 17:36 Uhr)

– folgt nicht öffentlicher Teil –

Teil II – nicht öffentlich (Beginn: 17:45 Uhr)